



Magdeburg - Die Stadt des
Neuen Bauwillens
Zur Siedlungsentwicklung in der Weimarer Republik



Stadtplanungsamt Magdeburg

Hans-Reinhard Adler
Christa Anger
Peter Anger
Birgit Arend
Heidrun Bartel
Roswitha Baumgart
Monika Bohnert
Sylvia Böttger
Wolfgang Buchholz
Klaus Danneberg
Renate Dilz
Wilma Ebeling
Gabriele Eschholz
Klaus Eschke
Jutta Fittkau
Hannelore Friedrich
Peter Görke
Hans Gottschalk
Margot Gottschalk
Gabriele Grickscheit
Marlies Grunert
Andrea Hartkopf
Hans Heinecke
Anette Heinicke
Sabine Hlous
Heinrich Hölzje
Wilfried Hoffmann
Gudrun Hunger
Wolfgang Jäger
Heinz Jasniak
Heinz Karl
Krista Kinkeldey
Hannelore Kirstein
Jutta Klose
Helga Körner
Brigitte Koch
Dr. Günter Korbel
Christa Kummer
Peter Krämer
Thomas Lemm
Gisela Lenze
Marlies Lochau
Bernd Martin
Konrad Meng
Helmut Menzel
Angelika Meyer
Heike Moreth
Bernd Niebur
Doris Nikoll
Corina Nürnberg
Heinz-Joachim Olbricht
Dr. Carola Perlich
Dr. Eckhart W. Peters
Dirk Polzin
Liane Radike
Jörg Rehbaum
Karin Richter
Dirk Rock
Burkhard Rönick
Jens Rückriem
Karin Schadenberg
Hannelore Schettler
Günter Schöne
Monika Schubert
Helga Schröter
Klaus Schulz
Hans Joachim Schulze
Hannelore Seeger
Rudi Sendt
Siegfried Szabo
Heike Thomale
Judith Ulbricht
Wolfgang Warnke
Rolf Weinreich
Astrid Wende
Burkhardt Wrede-Pummerer
Marietta Zimmermann

Bisher erschienene Dokumentationen des Stadtplanungsamtes:

1990	Workshop - Die Zukunft des Magdeburger Stadtzentrums -
1/93	Strukturplan
2/93	Verkehrliches Leitbild
3/95	Landschaftsbild
5/93	Sanierungsgebiet Buckau
5/93	Kurzfassung Stadtsanierung Magdeburg-Buckau
7/93	Workshop - Nördlicher Stadteingang -
8/93	Städtebaulicher Denkmalschutz
9/93	Radverkehrskonzeption
10/94	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV-Konzept)
11/93	Workshop - Kaiserpfalz-
12/94	Kleingartenwesen der Stadt Magdeburg
13/94	Hermann-Beims-Siedlung
14/94	Siedlung Cracau
15/94	Städtebauliche Entwicklung 1990-1994
17/94	Schlachthof
18/I/94	Napoleonische Siedlung
18/II/94	Baugeschichte Neue Neustadt
18/III/94	Baugeschichte Sudenburg
19/94	Anger-Siedlung
20/95	Bruno Taut in Magdeburg
22/94	Curie-Siedlung
23/95	Gartenstadtsiedlung Westernplan
28/94	Bundesgartenschau 1998
29/94	Workshop - Siedlung der 20er Jahre -
30/95	Südwestliche Stadterweiterung
31/I/95	Historische Parkanlagen
33/95	Magdeburger Märktekonzept
35/95	Siedlungsentwicklung in Westerhüsen
37/95	Siedlung Farmersleben
38/95	Gartenstädte Lütgensalbke, Eichenweiler, Erwerbslosensiedlungen Birkenweiler, Lindenweiler, Kreuzbreite, Eulegraben
39/II/95	Magdeburgs Aufbruch in die Moderne
42/95	Buckau
43/I/95	Wohnungsbau im 3. Reich



Umschlag gedruckt auf
chlorfrei gebleichtem Papier
Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

Reklamegestell 1930
(Entwurf: Xanti SCHAWINSKY)

Landeshauptstadt Magdeburg

Stadtplanungsamt Magdeburg

Magdeburg - Die Stadt des Neuen Bauwillens

Zur Siedlungsentwicklung
in der Weimarer Republik

MARTA DOEHLER/IRIS REUTHER
BÜRO FÜR URBANE PROJEKTE



INHALT	SEITE
GRUSSWORT (Dr. Willi Pollte, Oberbürgermeister)	5
GELEITWORT (I. Buchholz)	6
VORWORT: „DIE STADT DES NEUEN BAUWILLENS“	11
- ZEITGENÖSSISCHE UND AKTUELLE IDENTITÄT VON MAGDEBURG (I. Reuther, E.-W. Peters)	19
1. WOHNUNGSFRAGE UND GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU	25
2. STADTERWEITERUNG ALS PLANUNGSPROBLEM UND BAUAUFGABE	
2.1. ZUR PLANUNGSGESCHICHTE ZWISCHEN JAHRHUNDERTWENDE UND DEM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK	25
Industrialisierung und Regulierung der wachsenden Stadt (Stadtbaurat O. PETERS)	26
Umbruch und Aufbruch nach dem I. Weltkrieg (Stadtbaurat B.TAUT)	28
Städtebauliche Moderne zwischen Aufschwung und Krise (Stadtbaurat J. GÖDERITZ)	30
Vereinigte Bauverwaltung und nationalsozialistische Siedlungspolitik	32
2.2. DAS STADTERWEITERUNGSSAMT 1921-33 UND SEINE WIRKUNGSFELDER	34
Zur Struktur	35
Zu den Arbeitsgebieten	38
Lichtbildnerei und Ausstellungswesen	41
3. GESAMTSTADTPLANUNG IN DEN 20ER JAHREN	47
Generalsiedlungsplanung	47
Grünflächenplanung und Netzplanung	50
Die Bauordnung vom 1.10.1928	51
Sanierung der Altstadt	53
Wirtschaftsplanung und Beiträge zur Landesplanung	55
4. BEBAUUNGSPLANUNG UND SIEDLUNGSKONZEPTE	59
Bebauungspläne und Siedlungskonzepte	59
Grünflächen im Detail	64
Grundrißarbeit, Typisierung und Haushaltsreform	65
Der Umschwung nach 1930	70
5. ÜBERSICHT ZU REALISIERTEN SIEDLUNGEN UND WOHNUNGSBAUTEN	72
5.1. WOHNUNGSREFORMPROJEKTE UM DEN I. WELTKRIEG	73
Von der Mietshausparzelle zur Blockrandbebauung	76
5.2. GARTENSTÄDTE	78
Einzelhaus und Kolonie	81
5.3. GROSSSIEDLUNGEN UND SIEDLUNGSBEREICHE DER 20ER JAHRE	84
Vom Fluchtlinienplan zur gemischten Bauweise	87
Die erste Magdeburger Großsiedlung	89
Gebäudestruktur und Bautechnologie	93
5.4. WOHNANLAGEN DER 20ER UND FRÜHEN 30ER JAHRE	96
Raumformen und Gebäudeideen	101
5.5. ERWERBSLOSENSIEDLUNGEN	102
Reichsprogramm und Selbsthilfeprojekt	104
5.6. SIEDLUNGEN DER 30ER JAHRE	107
Siedlungsarchitektur im Dritten Reich	116
5.7. EINZELBAUTEN UND SONDERFORMEN (EINE ÜBERSICHT)	119
Wohnung für das Existenzminimum	122
Sonderwohnformen für Bedürftige	126
Gedankengut der Moderne nach 1933	130
6. KOMMUNALE BAUTEN (EINE AUSWAHL)	132
ANHANG	142
Bildnachweis	142
Benutzte Archivalien und Dokumente	142
Literatur und Publikationen	143

DANK

Das Gutachten zur Gesamtbetrachtung der Siedlungsentwicklung in Magdeburg zwischen der Jahrhundertwende und den 30er Jahren wurde zu Beginn des Jahres 1995 im Auftrag des Stadtplanungsamtes durch das Büro für urbane Projekte erarbeitet. Trotz des angestrebten Übersichtscharakters war eine umfangreiche Recherche- und Abstimmungsarbeit zu leisten, bei der alle Beteiligten ihre Geduld bewahren mußten und ihre Materialien und Informationen in großzügiger Weise zur Verfügung stellten.

An erster Stelle sei einem Zeitzeugen und Weggefährten von Bruno TAUT und Johannes GÖDERITZ, dem Architekten Heinz MEYER in Magdeburg gedankt, der sich als beinahe Neunzigjähriger gemeinsam mit uns erinnerte und seine Fotos und Unterlagen aus den 20er Jahren, als er Mitarbeiter des Stadterweiterungsamtes war, zur Verfügung stellte.

Ein ganz besonderer Dank gebührt Frau Buchholz, der Leiterin des Magdeburger Stadtarchivs und ihren Mitarbeiterinnen, die Unterstützung bei der Einsichtnahme in zahllose Bauakten, in die zu sichtenden vielen Fotoalben und die nicht immer schnell zu findenden Plandokumente und Archivalien gewährten. Frau Buchholz hat in ihrer Einleitung zu dieser Publikation das Magdeburger Stadtarchiv als ergiebigen Arbeitsort zu For-

schungen über die Siedlungsentwicklung in den 20er Jahren vorgestellt. Die Autorinnen hoffen, daß mit der vorgelegten Arbeit ihre Ansprüche an den Umgang mit dem Archivbestand erfüllt werden können.

Ein ebenso freundschaftliches Dankeschön richtet sich an den profunden Kenner der Magdeburger Siedlungs- und Stadtgeschichte, Herrn Friedrich Jacobs, der mit seinen vielen Hinweisen und Materialien an der Erarbeitung der Siedlungs- und Bautenübersicht mitgearbeitet hat.

Herr Olbricht vom Stadtplanungsamt und Herr Meng von der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Magdeburg stellten dankenswerterweise Karten- und Informationsmaterial zur Verfügung.

Die Fotodokumentation vor Ort und die zahlreichen Reproduktionen im Archiv fertigte Frank-Heinrich Müller in seinem Photographiedepot.

Im Büro für urbane Projekte haben vor allem die Architektin Susanne Schickel an der Erarbeitung der Übersichten und die Praktikantin Katja Rappold an der Typologie zu den untersuchten Beispielobjekten mitgewirkt.

Iris Reuther

GRUSSWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

die vor Ihnen liegende Broschüre ergänzt die Dokumentation der Kommunalgeschichte Magdeburgs während der Weimarer Republik und widmet sich dem Baugeschehen in dieser Zeit.

Daß Magdeburg in den zwanziger Jahren als „Stadt des neuen Bauwillens“ deutschlandweit Zeichen setzte, ist weithin bekannt. Weniger bekannt ist, wodurch diese intensive Bauphase ausgelöst wurde und wie in knapp einem Jahrzehnt soviel gebaut werden konnten. Zwischen 1925 und 1932 entstanden in unserer Stadt fast 11.000 neue Wohnungen!

Das damalige Magdeburger Modell des Sozialwohnungsbaus ist auch aus heutiger Sicht interessant: Gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaften - seit 1921 im „Verein für Kleinwohnungswesen G.m.b.H“ zusammengeschlossen - erhielten von der Kommune Bauland im Erbbaurecht und zinsgünstige Darlehen. Damit vermochten sie ein beeindruckendes Bauprogramm umzusetzen.

Beeindruckend, jedoch nicht unumstritten, war auch die architektonische Gestaltung der neuen Siedlungen. Eingebettet in reichlich Grün brachten die Reihenhäuser ihren Bewohnern Licht, Luft und Sonne. Mit den avantgardistischen Fassaden kehrte die Farbe zurück ins Stadtbild und provozierte heftige Kontroversen.

Verbunden ist die Phase des Neuen Bauens vor allem mit dem Namen Bruno Taut. Obgleich der berühmte Architekt - er war zwischen 1921 und 1923 Stadtbaurat - nur wenige seiner Ideen in Magdeburg umsetzen konnte, bereitete er mit der Neustrukturierung der städtischen Bauverwaltung das Fundament für den großflächigen Siedlungsbau. Johannes Göderitz, Carl Krayl und Konrad Rühl setzten das Begonnene fort.



Die während der Weimarer Republik entstandenen Siedlungen sind bei den Magdeburgern noch immer sehr beliebt. Sie zu erhalten und nach modernen Wohnansprüchen zu gestalten, ist eine Aufgabe der Gegenwart. Vor diesem Hintergrund schreibt die vorliegende Dokumentation nicht nur die Baugeschichte Magdeburgs fort, sondern illustriert den Denkmalwert der Siedlungen des Neuen Bauens. Zudem wird manche historische Parallele deutlich, denn damals wie heute war Magdeburg eine Stadt im Umbruch. Auch das macht die zwanziger Jahre so überaus interessant.

Dr. Willi Polte
Oberbürgermeister



1 Titel der Broschüre des Stadterweiterungsamtes (Fotomontage X. SCHAWINSKY, 1930)

GELEITWORT

Im Jahre 1983 rief Karl-Heinz Hüter mit seiner Schrift „Neues Bauen in Magdeburg“ (1) die umwälzenden Ereignisse auf dem Gebiet der Architektur in unserer Stadt in den 20er und Anfang der 30er Jahre in das Gedächtnis zurück. Architekten, Bauingenieure, Denkmalpfleger, Kunsthistoriker und interessierte Bürger begannen, sich verstärkt für diese Zeit zu interessieren. Eine Epoche, die nicht nur „Neues Bauen“ hervorbrachte, sondern auch Bemerkenswertes z. B. für das Gesundheits- und Schulwesen leistete. Die Beschäftigung mit dieser Zeit, in der die Stadt ein sozialdemokratischer Magistrat regierte, wurde insbesondere nach der historischen Wende im Osten Deutschlands Anregung für neu zu Schaffendes, aber auch für die Erhaltung überkommener Siedlungen, Gartenstädte oder Geschäftsbauten. Die gründliche Beschäftigung mit den Arbeiten der Architekten TAUT, GÖDERITZ, KRAYL, GAUGER, RÜHL u.a. war angesagt. Die dazu erforderliche Überlieferung fand sich im Stadtarchiv Magdeburg.

Das dort vorhandene Archivgut, hervorgegangen aus der Tätigkeit der Stadtverwaltung Magdeburg über

mehrere Jahrhunderte, oftmals mit wenig Aufmerksamkeit bedacht, wurde zur spannenden Materie. Dort befanden sich die Akten der städtischen Hochbauverwaltung und der Baupolizei mit einem zeitlichen Umfang von 1817 - 1952 mit teilweise großer Aussagekraft. Sie enthalten Zeichnungen und Pläne von Bruno TAUT, seinen mit Konrad RÜHL geschaffenen Generalsiedlungsplan aus dem Jahre 1923 (2) mit Stadterweiterung, den Vorortsiedlungen und Industriegebieten. Aus den Akten geht die Korrespondenz TAUTs mit berühmten Architekten seiner Zeit, wie Walter GROPIUS, Erich MENDELSON, J.J.P. OUD hervor (3) oder wie er sich bemühte, seine Ideen von der Einbeziehung der Farbe in die Architektur umzusetzen.

Die in der Grafikabteilung des Hochbauamtes entstandene Bildersammlung mit ca. 36.000 Glasnegativen ist eine wertvolle Ergänzung der Aktenbestände. Mit dieser Sammlung kann das alte, unzerstörte Magdeburg bis zum Anfang unseres Jahrhunderts erlebbar gemacht werden. So ist es möglich, den Breiten Weg mit seinen zahlreichen Barockbauten in seiner Gesamtheit darzu-

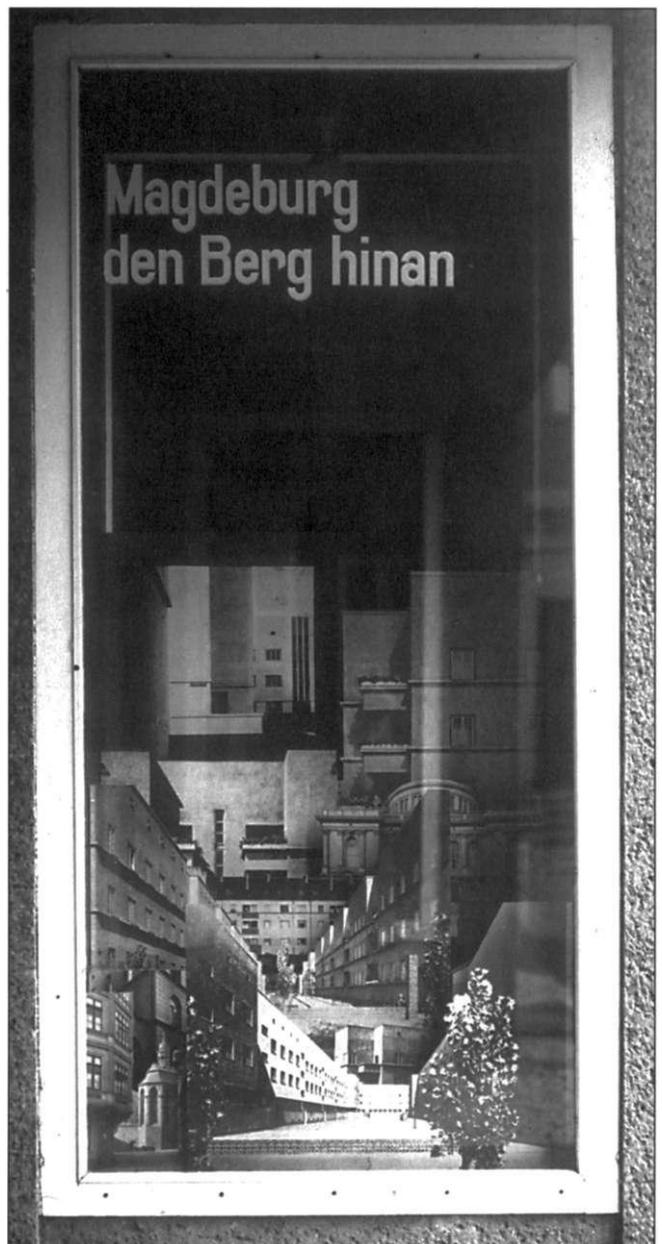
stellen (4). Talentierte Fotografen wie Xanti SCHAWINSKY, der von 1929 - 1931 in Magdeburg wirkte, und Paul VOHLEITNER haben darin ihre Spuren hinterlassen. Stadtbaurat Johannes GÖDERITZ hatte SCHAWINSKY zum Leiter der neu eingerichteten Grafikabteilung des Hochbauamtes berufen. SCHAWINSKY, der seit 1924 Schüler des Bauhauses in Weimar und Dessau gewesen ist, war für diese Aufgabe besonders gut gerüstet. Ca. 300 Negative, die sich im Besitz des Stadtarchivs befinden, haben vermutlich in ihm ihren Urheber. Da sie nicht gekennzeichnet sind - er fertigte sie im Auftrag seines Arbeitgebers an - können sie nicht hundertprozentig zugeordnet werden. SCHAWINSKYs Bilder zeichnen sich durch Lebendigkeit aus. Sie sind aktionsbetont, seine Aufnahmetechnik ist von besonderem Reiz.

Die im Bestand enthaltenen Architekturfotos stammen vom bereits erwähnten Paul VOHLEITNER (1896 - 1949). Seit 1926 war er beim Magistrat als „photographischer Hilfsarbeiter“ tätig. In einer Beurteilung über ihn heißt es: „seine Fotos sind künstlerisch ausgeführt... Sie stehen den Leistungen erster Berufsfotografen in künstlerischer Leistung nicht nach“ (5). Wer den Fotobestand des Stadtarchivs kennt, kann diesem Urteil nur zustimmen. Die Mitarbeiter der Grafikabteilung fotografierten daneben Lage- und Bebauungspläne, Gebäudeteile, Grünanlagen, Modelle von Häusern, Friedhofsanlagen (z. B. den geplanten und nicht ausgeführten Westerhüser Friedhof) sowie Innenausstattungen von Wohnungen, die vermitteln, welche Vorstellungen die damals tätigen Architekten wie z.B. Carl KRAYL vom Wohnen hatten (6). Günstig für das Stadtarchiv und andere Forscher ist, daß sie auch Dokumente, z. B. Originalzeichnungen Otto von Guericke ablichteten, die heute, weil Kriegsverlust, nicht mehr vorhanden sind.

Der Kranz von Siedlungen, der um Magdeburg im besprochenen Zeitraum entstand, war von dem Gedanken geprägt, einen sozialen Wohnungsbau zu schaffen. Mehrere gemeinnützige Wohnungsbauvereinigungen hatten sich bereits 1921 mit dem Magistrat zum „Verein für Kleinwohnungswesen GmbH“ zusammengeschlossen. Sie hatten bis 1928 4.580 Wohnungen gebaut (7). Die Planung und fachliche Anleitung dafür war vom Magistrat ausgegangen. Durch das Wirken dieser Vereine entstanden die Curie-Siedlung, die Anger-Siedlung, die Siedlung Cracau, die Beims-Siedlung, Siedlungen in Fernersleben und Westerhüsen, um nur einige aufzuzählen. Widerspiegelt wird die Tätigkeit des „Vereins für Kleinwohnungswesen G.m.b.H.“ in den Akten der Baupolizei, heute Bauordnungsamt. Der Verein übernahm die Beschaffung von Krediten und auch die Bauleitung. Zu den Aufgaben der Baupolizei gehörten die Genehmigungen von Bebauungsplänen, Durchsetzung der örtlichen baupolizeilichen Vorschriften, die

Genehmigung von Einzelbauten, die Beaufsichtigung von Bauten und ihre Durchführung, sowie die Abnahme der Bauten.

Der Bestand enthält Sachakten zu baulichen Angelegenheiten. Man könnte sie als „Generalia“ bezeichnen. Die Hauptmasse des Bestandes, die etwa 2.000 laufende Meter und einen Zeitraum von ca. 1840 bis 1989 umfaßt, bilden die „Spezialia“, die Bauakten zu einzelnen Häusern mit Schnitten, Ansichten, Rissen, statischen Berechnungen und teilweise auch Lageplänen. Viele der darin vorhandenen Zeichnungen sind von einzigartiger Schönheit. Hier zeigt sich, daß Archivgut auch gleichzeitig Kulturgut ist. Die Akten enthalten daneben



2 *Reklameschaufenster der Stadthalle
(Gestaltung X. SCHAWINSKY, 1930)*



3 Ausstellung Deutsche Woche 1931 (Geschäftswagenumzug)

Schriftwechsel, wie Bauanträge, Genehmigungen, Auflagen, Bauabnahme-Protokolle. Sie wurden 1981 dem Stadtarchiv übergeben. Der historische Wert der meisten dieser Unterlagen steht außer Zweifel. Sie sind eine wesentliche Ergänzung der Bestände des Hochbauamtes und der Baupolizei, die mit einer Überlieferung von insgesamt 29,25 lfm nicht gerade sehr üppig ist.

Die Häuser- oder Grundstücksakten haben neben dem historischen Wert auch einen noch nicht erloschenen praktischen Wert. Sowohl von den Historikern, Architekten als auch Bauleitern, Juristen und Rechtsträgern werden die Akten stark benutzt: jährlich ca. 16.000 Aktenbenutzungen (8), was ihrem Erhaltungszustand nicht dienlich ist. Die Möglichkeit, die Zeichnungen an Ort und Stelle zu kopieren, würde hier Abhilfe schaffen.

Nicht nur Bestände der Bauverwaltung sind für die Erforschung des Magdeburger „Neuen Bauens“ relevant. Wichtig sind auch die Unterlagen der Stadtverordneten, die seit 1832 im Archiv vorhanden sind. Am 15. Januar 1832 wurden im Saal der Seidenkrämerinnung (Börse am Alten Markt) 30 Stadtverordnete gewählt (9).

Mit der Einführung der Städteordnung war das Instrumentarium geschaffen, die städtische Selbstverwaltung durchzusetzen. Diese Aufgabe oblag den gewählten Stadtverordneten. Für die Zeit der Weimarer Republik sind Protokolle der Stadtverordnetenversammlung (bis 1933 zu ihrer Auflösung durch die Nationalsozialisten) vorhanden, daneben Protokolle von Beigeordneten-, Dezernenten- und Magistratsbesprechungen, sowie Drucksachen. Im Bestand befinden sich Akten über Bauangelegenheiten, Sanierung der Altstadt, Stadterweiterung, Erwerb von Festungsgelände, Ausstellungsgelände, Stadthalle usw.; Personalakten von führenden Leuten der Stadtverwaltung u.a.m. Ihr Studium ist also für die Darstellung des „Neuen Bauens in Magdeburg“ unerlässlich. Vom Personalamt ist eine große Anzahl von ca. 12.500 Personalakten überliefert. Daraus können Hinweise zu den einzelnen Architekten oder höheren Magistratsbeamten - ihre Ausbildung, ihren beruflichen Werdegang usw. - entnommen werden. Ihre Benutzung kann allerdings nur unter strenger Beachtung der Festlegungen des Datenschutzes erfolgen.

Neben relevanten Akten der Garten- und Friedhofsverwaltung, des Schlacht- und Viehhofes, des Ausstel-

lungsamtes usw. müssen unbedingt die archivischen Sammlungen erwähnt werden. Sammlungen, die nicht wie die Bildersammlung aus einer Registratur, nämlich der des Hochbauamtes, entstanden sind, sondern zur Ergänzung der Bestände angelegt wurden. Eine wichtige Sammlung ist die von Karten und Plänen. Sie ist aus Ankäufen, Schenkungen und Beilagen zum Adreßbuch entstanden oder wurde Kassationsschriftgut entnommen. Ihr zeitlicher Umfang reicht von 1509 bis 1994. Sie umfaßt zum heutigen Zeitpunkt 892 Exemplare. Die Karte von 1509 ist allerdings nur eine Kopie. Die Originale beginnen um 1550. Pläne (Zeichnungen) gibt es z. B. zu den Ausstellungsanlagen auf dem Rotehorn, zur Stadthalle, zu Sportanlagen, zum Zitadellengelände, Entwürfe für die Bebauung des Zitadellengeländes, zum Strombrückenzug, und zur Festung, um nur einige aufzuzählen. Sie umfassen etwa den Zeitraum von 1925 bis 1940. Pläne aus früherer oder späterer Zeit wurden bei der Aufzählung nicht beachtet (10).

Zeitungen sind eine wichtige historische Quelle. Die im Stadtarchiv vorhandenen Zeitungen, insbesondere die Magdeburgische Zeitung und der General-Anzeiger sind in die Forschungen einzubeziehen. Die Magdeburgische Zeitung ist von 1717 bis 31. August 1944 und der

General-Anzeiger vom 3. Quartal 1883 bis zum April 1941 vorhanden. Beide Zeitungen befassen sich mit den wesentlichen Ereignissen aus Politik, Wirtschaft, Kultur usw. in- und außerhalb Magdeburgs. Insbesondere das Wirken von TAUT, sein Kampf um eine farbige Architektur, aber auch Kritik an seinen Vorstellungen findet in den genannten Zeitungen seinen Niederschlag in den Jahren 1920 bis 1924. Das gleiche trifft natürlich auch für solche Bauten wie die Stadthalle, die Hermann-Gieseler-Halle oder das Gebäude der AOK zu. Allein sieben Artikel zur Stadthalle haben wir in unserer Stadtgeschichtskartei zur Stadthalle für das Jahr 1927/28 registriert. Diese Zahl garantiert allerdings nicht für Vollständigkeit.

Eine wichtige Quelle ist das Magdeburger Amtsblatt (1924 - 1933). Das Amtsblatt enthält die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen, Anträge der einzelnen Fraktionen sowie Aufsätze und Berichte von Fachleuten, überwiegend aus der Stadtverwaltung, zu allen Problemen des Kommunalwesens. Mit dem Amtsblatt soll übergeleitet werden zu einer weiteren wichtigen Sammlung des Stadtarchivs: zur Handbibliothek. Es handelt sich um eine Präsenzbibliothek mit 15.858 Bänden. Das Sammlungsgebiet sind Magdeburgica und



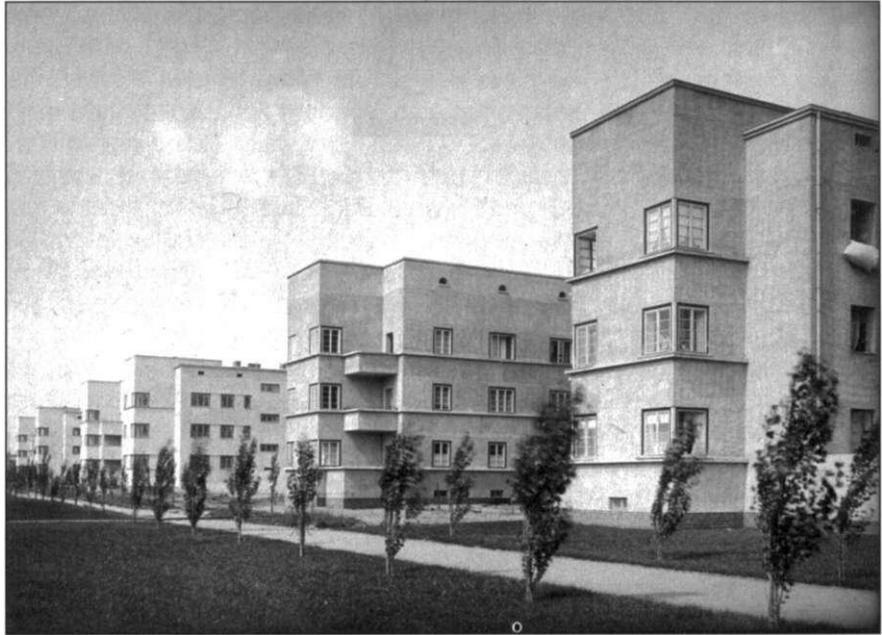
4 Sommerreportage (Foto: X. SCHAWINSKY, 1930)

Nachschlagewerke der verschiedensten Art. Die Bibliothek enthält auch eine Reihe alter Drucke, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen und die Blüte des Magdeburger Buchdrucks in dieser Zeit und später dokumentieren.

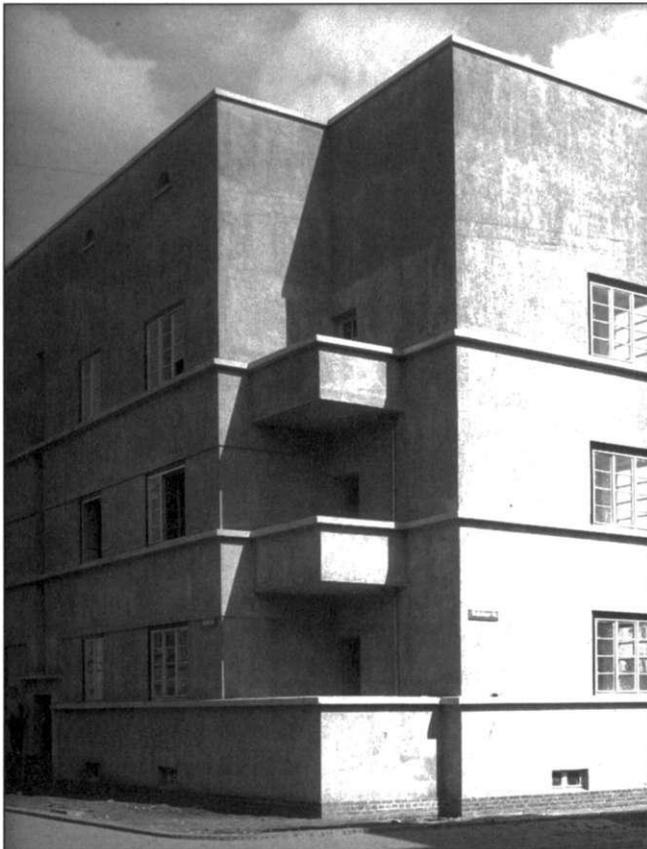
Archive besitzen in der Regel auch Nachlässe. Im Zusammenhang mit der Erforschung der Baugeschichte Magdeburgs ist der Nachlaß des ehemaligen Oberregierungsbaurates Albert WILKE erwähnenswert, der allerdings noch nicht erschlossen ist.

In dieser Einleitung konnten nur einige Hinweise zu den mehreren hunderttausend Akteneinheiten des Stadtarchivs gegeben werden. Die Archivalien sind überwiegend Kartei- oder findbuchmäßig erschlossen. Allerdings kann der Archivar nur vermittelnd wirken. Er kann nicht den Inhalt eines jeden Dokumentes kennen. Die vom Stadtplanungsamt initiierte Schriften-

reihe kann bei genauer Angabe der unveröffentlichten Quellen wesentlich zur weiteren Erschließung der Archivbestände beitragen und späteren Forschern die Arbeit erleichtern.



5 Siedlung Große Diesdorfer Straße (heute Beims-Siedlung), Kopfbauten 1926



6 Beims-Siedlung, Weferlinger Straße 1926

Ingelore Buchholz

Leiterin des Stadtarchivs Magdeburg

Anmerkungen

(1) Hüter, K- H: Neues Bauen in Magdeburg, In: *Form und Zweck*, Berlin, 15/1983, Heft 2

(2) Vgl. *Negativsammlung Nr. 2935 u. 3315*, der Plan ist nur als Foto vorhanden

(3) Vgl. *Rep. 35 Ha 18*, fol 76, 128, 142

(4) Vgl. Buchholz, I., *Der Breite Weg - Magdeburg, Geschichten einer Straße*, Magdeburg 1990

(5) Vgl. *Personalakte Paul Vohleitner*, PA 6996, fol. 14.21

(6) Vgl. *Negativsammlung Nr. 1448, 1456*

(7) Vgl. *Schriften der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar 44, Stadtentwicklung und Wohnungsmilieu, Soziologische Studie Teil II - Magdeburg Stadtzentrum - Hasselbachplatz - Hermann-Beims-Siedlung*, Weimar 1987, S. 189

(8) *Statistisches Jahrbuch - Das Jahr 1993 in Zahlen*, Magdeburg 1993, S. 74

(9) *Magdeburger Bürgermeister*, Magdeburg 1992, S. 22

(10) Vgl. *Findbuch Kartensammlung*

(11) Vgl. *Personenkartei unter dem Schlagwort TAUT*

VORWORT

„DIE STADT DES NEUEN BAU- WILLENS" - ZEITGENÖSSISCHE UND AKTUELLE IDENTITÄT VON MAGDEBURG

Auf einem überlieferten Foto aus dem Jahre 1930 ist unter dem Schriftzug „Neues Bauen in Magdeburg" eine Collage aus expressiv erscheinenden Gebäuden, wie dem Kohlebunker auf dem Schlachthofgelände und dem Apparatehaus des Gaswerkes, aus dem Stahlskelett der im Bau befindlichen Ausstellungs- und Kongreßhalle, einem Fertigteilwohnhaus und den Arbeiter einer Großbaustelle zu finden (vgl. Abb. 1). In einer Vitrine der Ausstellungshalle auf dem Rotehorngelände wurden Ende der 20er

Jahre unter der Überschrift „Magdeburg den Berg hinan" Fotos aus der Siedlung an der Großen Diesdorfer Straße (heute Hermann-Beims-Siedlung, vgl. Abb. 5-7) zu einem dynamisch wirkenden Bild zusammengefügt (vgl. Abb. 2). Diese und zahlreiche andere überlieferte Abbildungen aus dem Stadtraum in den späteren

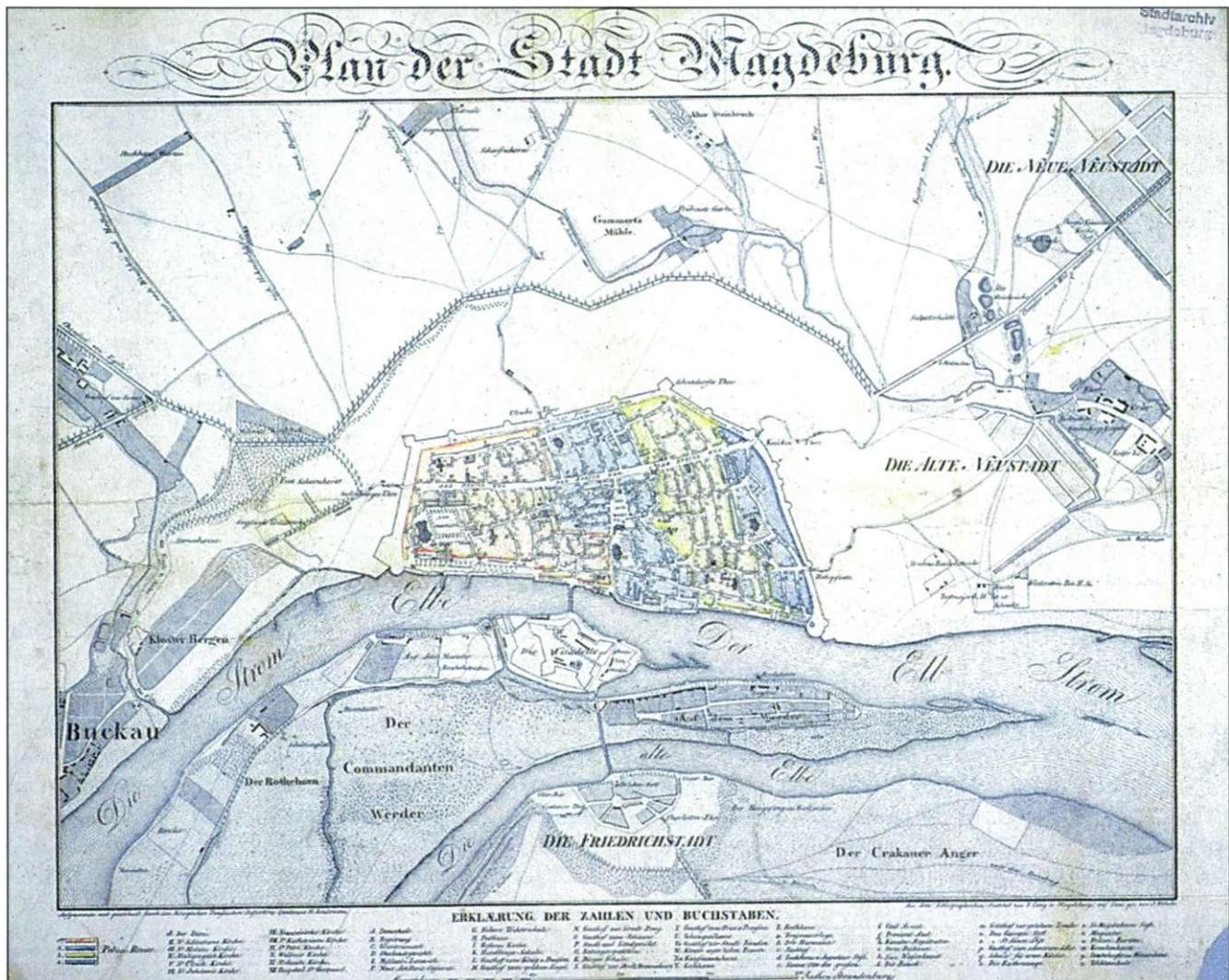
20er Jahren, aber ebenso die zeitgenössischen Schriften und Plandokumente zeugen von einem stadtgestalterisch, planungsgeschichtlich und sozial-historisch interessanten Kapitel der Magdeburger Stadtentwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, das derzeit in vielen Facetten untersucht, diskutiert und betrachtet wird.



7 Beims-Siedlung, Calvörder Straße 1994



8 Blick auf die Elbe, 1928



9 Plan der Stadt Magdeburg 1822 (Im Verlag der Kreuzerschen Buchhandlung)

Trotz der katastrophalen Situation nach dem ersten Weltkrieg, der Weltwirtschaftskrise, Hunger und Armut wurde mit dem Luxus der 20er Jahre geworben und lief das kulturelle Leben auch in Magdeburg weiter. Besondere Akzente wurden im Bereich der Malerei (Expressionismus), der Schauspielkunst und der Architektur gesetzt

Der Titel eines 1927 von dem damaligen Stadtbaurat Johannes GÖDERITZ verfaßten Aufsatzes in einer Publikation des Magistrats: „MAGDEBURG - DIE STADT DES NEUEN BAUWILLENS“ steht für eine Epoche des Umbruchs und Neubeginns der Stadtentwicklung von Magdeburg nach dem I. Weltkrieg und in der Zeit der Weimarer Republik. GÖDERITZ verwies in seinem Beitrag auf das Gedankengut des neuzeitlichen Städtebaus, die Anfang der 20er Jahre konzipierte Erweiterung der Stadt auf 700.000 Einwohner, für die neue und gesündere Wohnverhältnisse zu schaffen waren, und auf das besondere Verdienst des 1921 nach Magdeburg zum Stadtbaurat

„Bei diesen vom städtischen Hochbauamt entworfenen und ausgeführten Bauten herrschte das Bestreben, die Aufgabe im Geiste unserer Zeit zu erfassen und sie so zu lösen, daß das Bauprogramm auf die einfachste Art restlos erfüllt werden konnte, die Bauweise nach dem heutigen Stand der Technik die rationellste wurde und schließlich die Bauformen als Ergebnis aus Zweck, Material und Konstruktion den immer allgemeingültiger werdenden ästhetischen Anschauungen unserer Epoche entsprächen.“

Zitat von Johannes Göderitz
aus „Magdeburg, die Stadt des neuen Bauwillens“.

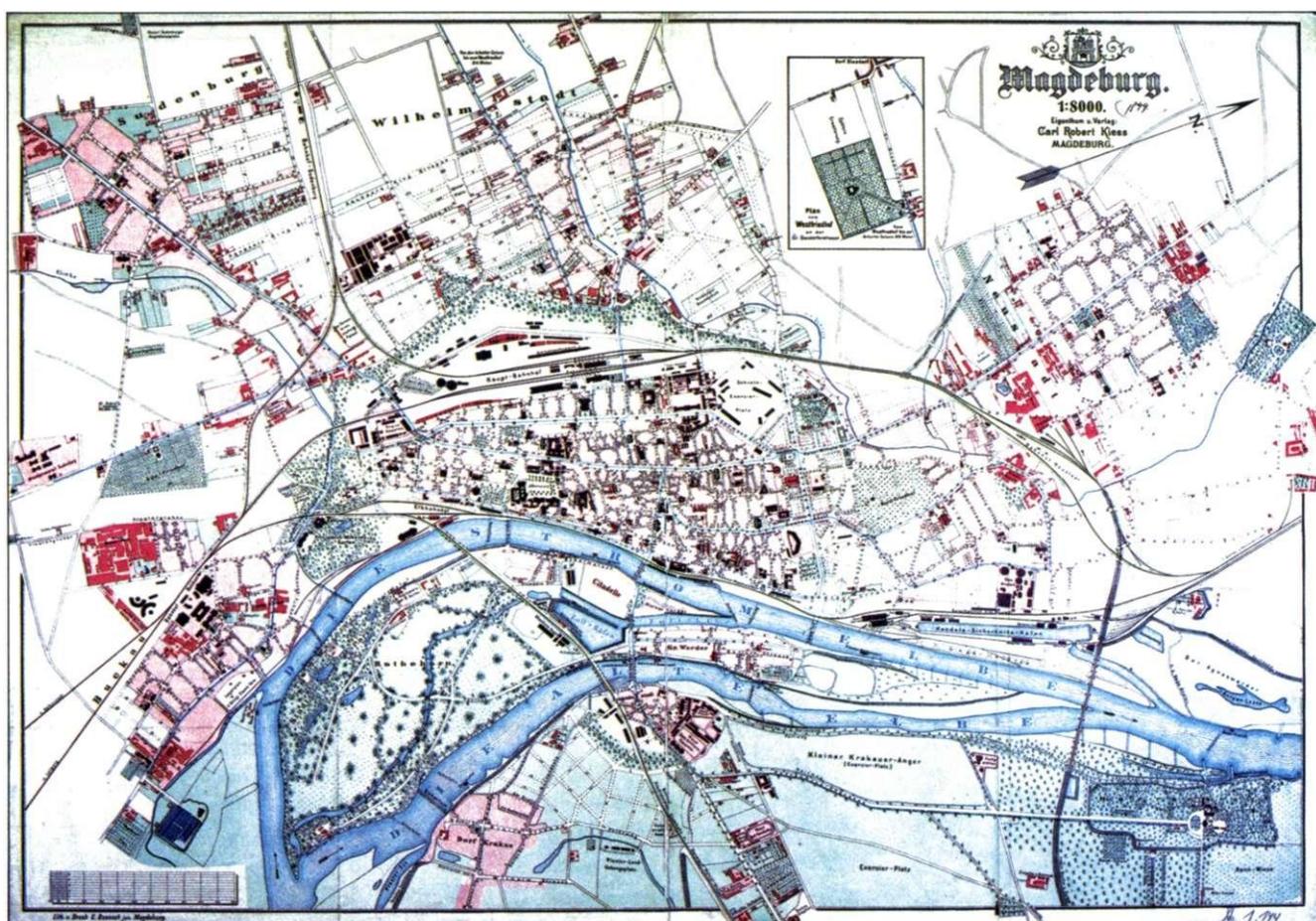
berufenen Architekten Bruno TAUT. Zu seinen entscheidenden Taten gehörten die Einrichtung eines Stadterweiterungsamtes, die Erarbeitung eines Generalsiedlungsplanes und die Initiierung einer Auseinandersetzung über

moderne Architektur, Stil und Baugesinnung. Der von Johannes GÖDERITZ formulierte NEUE BAUWILLE bezog sich auf die Ausführung städtischer Bauvorhaben und die Entwicklung der Siedlungsarchitektur.

Die Ausprägung der städtebaulichen Moderne, die Auseinandersetzung um planerische Leitbilder für die gesamte Stadt, ihre Erweiterungsgebiete in Form ausgedehnter Siedlungen, die Konzeption für neue, durch Genossenschaften oder gemeinnützige Wohnungsunternehmen errichtete Wohnanlagen oder Einzelprojekte wurden von begabten und mutigen Architekten und Planern einer in den 20er Jahren jungen Generation getragen, die sich mit dem Überlieferten und der konkreten Stadtentwicklung ihrer Zeit auseinanderzusetzen hatten. Sie fanden in der selben Stadt auch ihren Widerpart und um erlebten zwischen den Jahren 1918, 1923/24, 1929/30 und dem Jahr 1933 tiefgreifende wirtschaftliche, kulturelle, soziale und schließlich auch politische Umbrüche, so daß sie mit dem Erfolg ebenso wie mit dem Fragment oder der gravierenden Veränderung ihrer Konzepte und Pläne umgehen mußten. Nach ihren Leitbildern und Arbeitsergebnissen soll mit der vorgelegten Studie genauer gefragt werden.

Blickt man noch einmal auf die Magdeburger Elbpartie, wie sie ein Foto aus dem Jahr 1928 wiedergibt (vgl. Abb. 8), so erkennt man zwischen dem frühgotischen Dom und dem damals gerade fertiggestellten Turm auf dem Ausstellungsgelände am östlichen Ufer vor allem das Bild einer alten, vom Industriezeitalter geprägten Stadt. Sie hatte seit dem frühen 19. Jahrhundert, wo sie nach zweimaliger Zerstörung zur stärksten preußischen Festung ausgebaut worden war, und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in verschiedenen Urbanisierungsschüben eine Entwicklung zur Großstadt vollzogen, die von planungsgeschichtlich und bauhistorisch interessanten Prozessen begleitet wurde, die mit der Siedlungsentwicklung in der Weimarer Republik Fortsetzung und einen Höhepunkt zugleich erlebten.

Vor dem Eisenbahnzeitalter beschränkte sich Magdeburg auf die eng gezogenen Mauern der Altstadt mit den Festungsanlagen und den noch weit außerhalb liegenden napoleonischen Neugründungen der Neuen Neustadt und der Sudenburg. Die ersten Industrieansiedlungen in Buckau hatten 1820 (vgl. Abb. 9) noch nicht stattgefunden und die gesamte Altstadt gliederte sich in ganze vier Polizeibezirke.



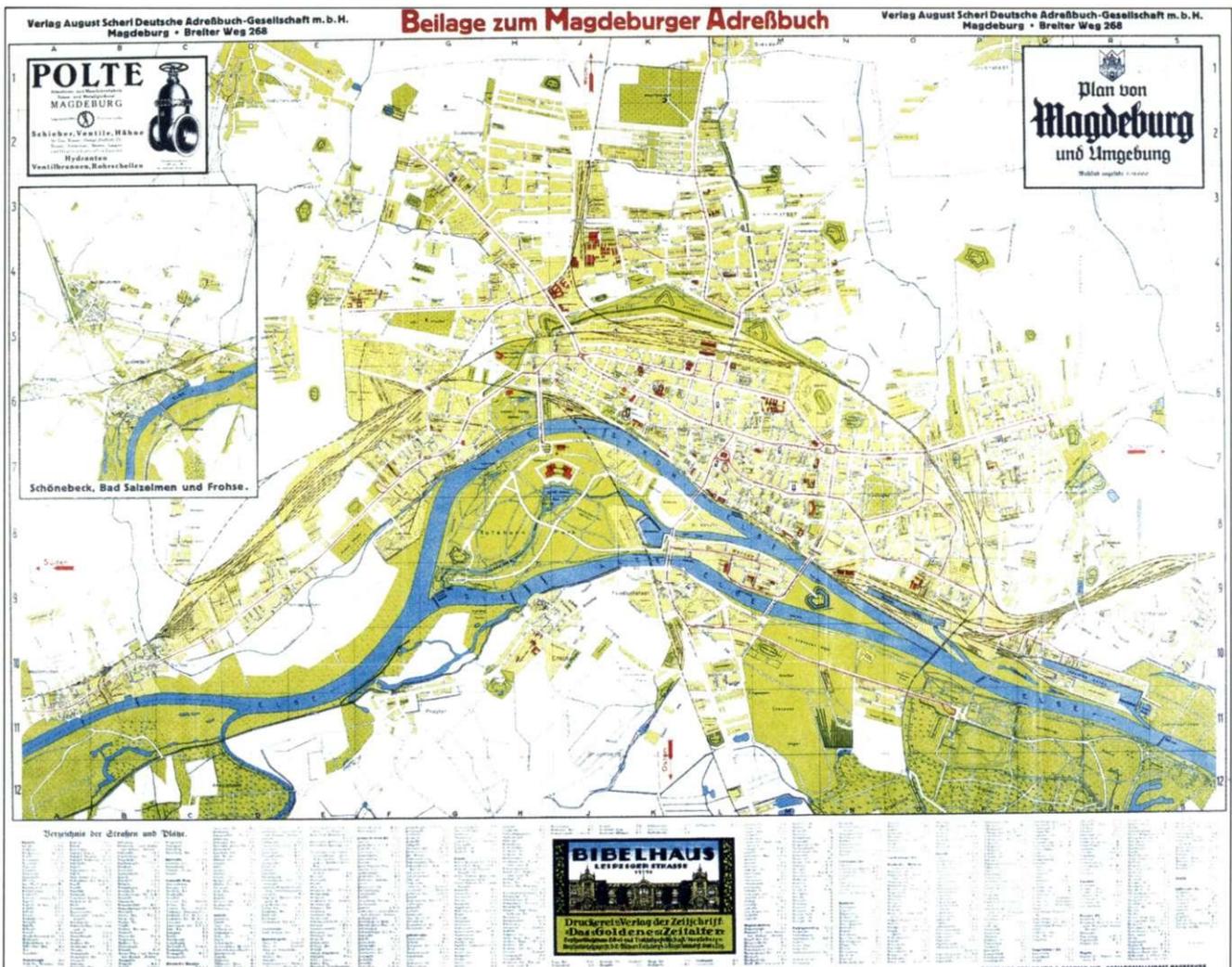
10 Magdeburg 1899, Verlag Karl-Robert KIESS

Ende des 19. Jahrhunderts hatte Magdeburg bereits mehrere Urbanisierungsschübe erlebt (vgl. Abb. 10), z.B. den Um- und Ausbau des inzwischen in verschiedene Richtungen verzweigten Eisenbahnnetzes oder die Standortfindung wichtiger neuer städtischer Infrastruktureinrichtungen und öffentlicher Bauten wie dem Bahnhof, dem Schlachthof, Kasernen, Schulen oder größeren Parkanlagen und Grünflächen. Die Stadt hatte sich durch umfangreichen und fortschreitenden Miets- hausbau, für den mittlerweile die lange freigehaltenen Schußfelder der Festung vor den ehemaligen Toren in Betracht kamen, ausgedehnt, so daß die Alte und Neue Neustadt, Sudenburg und die westlich gelegene Wilhelmstadt zu Magdeburg gehörten und eine Besiedelung und Stadtentwicklung auf der Ostseite der Elbe einsetzte.

Um den I. Weltkrieg (vgl. Abb. 11) hatte sich die Stadt insbesondere in nördliche und südliche Richtung durch die Ansiedlung der Metall- und Lebensmittelindustrie entlang der Bahnlagen und des alten Hafens bzw. der

Elbe weiterentwickelt, so daß ehemalige Dörfer, wie Rothensee, Fermersleben, Salbke und Westerhüsen bereits als Vororte in die Struktur der gewachsenen Stadt integriert wurden. Noch immer dominierten Festungs- und Militäranlagen verschiedene Stadtbereiche. Die Altstadt zeigte bereits deutliche Merkmale einer Citybildung. In dieser zum Ende des I. Weltkrieges bestehenden städtischen Situation und Struktur setzten die Planungskonzepte nach den von Bruno TAUT eingebrachten und von Johannes GÖDERITZ in besagtem Artikel zum Neuen Bauwillen beschriebenen Erkenntnissen des neuzeitlichen Städtebaus der Moderne ein. Dieser mußte sich mit den überlieferten Strukturen von mehreren Urbanisierungswellen, den Wohnverhältnissen in den engen Altstadtquartieren und spekulativ entstandenen Mietshausvierteln sowie der Standortverteilung großer und wachsender Industriebetriebe auseinandersetzen.

Eine Karte von 1927 (vgl. Abb. 12) vermerkte die ersten Siedlungsentwicklungen unter den veränderten Bedin-



11 Plan von Magdeburg mit Vororten 1916



12 Plan von Magdeburg und Umgebung 1927

gungen der Weimarer Republik, in der die Stadt sozialdemokratisch regiert wurde. Sie fanden sich vor allem in der Peripherie der Stadt und auf 1916 noch mit alten Fluchtlinien belegten Teilbereichen der Wilhelmstadt. Außerdem wurde die Stadt inzwischen mit den eingemeindeten Vororten in ihrer Gesamtheit zwischen Rothensee im Norden und Westerhüsen im Süden, Diesdorf im Westen und Cracau im Osten dargestellt. Das Siedlungsband Frohse - Schönebeck in südliche Richtung hatte offenbar den Status von Vorstädten erreicht und war in das Magdeburger Straßenbahnnetz eingebunden. Auf dem Gelände im Rotehornpark befand sich inzwischen das zur 1927 stattgefundenen Theaterausstellung gerade erst fertiggestellte Hallen- und Turmgebäude mit der Friedrich-Ebert-Brücke über die Elbe.

Bei einer Bevölkerungszunahme um ein Drittel hatte sich die städtische Fläche zwischen Jahrhundertwende und den zu Ende gehenden 20er Jahren mehr als verdoppelt, was vielleicht die Dimension gesamtstädtischer Planungsansätze, wie sie zu diesem Zeitpunkt im Magdeburger Stadterweiterungsamt erarbeitet wurden, verdeutlichen kann.

Ein Blick auf die Stadtstruktur Ende der 30er Jahre (vgl. Abb. 13) zeigt, in welchem Maße sich innerhalb eines knappen Jahrzehnts über das Jahr 1933 hinweg die Stadterweiterungs- und Siedlungsgebiete noch einmal entwickelt und vervollständigt hatten und wie sich damit auch die generelle Stadtstruktur in ihrem Verhältnis zwischen City, Industrieblöcken und Wohngebieten im hier untersuchten Zeitraum insgesamt veränderte und welchen Anteil daran vor allem die verschiedenen Phasen der Siedlungsentwicklung zwischen Jahrhundertwende und den 30er Jahren hatte, die Gegenstand der vorgelegten Untersuchung sind.

Betrachtet man vor einem solchen Hintergrund der Stadtentwicklung in der ersten Phase des Industriezeitalters die Ergebnisse der historisch kurzen Epoche der 20er Jahre im heutigen Stadtraum, so hat sich in Magdeburg das Neue Bauen mit einiger Vehemenz in das Gesicht der Stadt eingetragen. Auf Grund der Personenkonstellation entwickelte sich eine Planungskultur, die Magdeburg in den Vergleich mit Städten, wie Frankfurt/Main, Hamburg oder Berlin stellt.

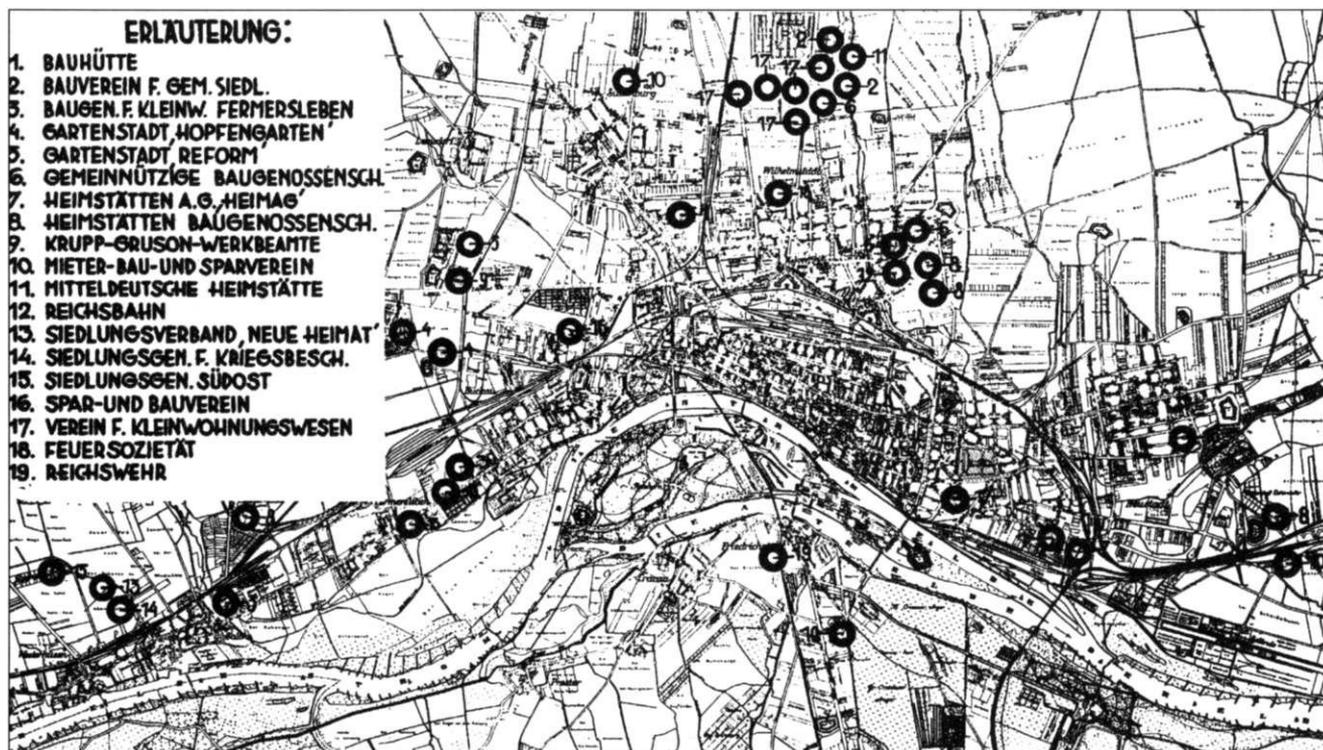
Insbesondere unter dem Blickwinkel der in Magdeburg mittlerweile bereits zweimal umgebrochenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erscheinen sowohl die gebauten Zeugnisse, als auch das als Erbe und Moment heutiger städtischer Identität anzusehende geistige Gut dieser Zeit einer besonderen Würdigung wert. Das meint die Bewahrung und Pflege der überlieferten Gebäude und Siedlungsstrukturen genauso wie die Frage nach ihren Entstehungsbedingungen und Zeitumständen in den 20er Jahren. Die Erinnerung an das Schaffen von Bruno TAUT durch eine Ausstellung in Magdeburg sind deshalb Anlaß, nach den Spuren seines Wirkens und nach dem Gesamtbild der Stadt Magdeburg in einer beinahe 60 Jahre - also zwei Generationen - zurückliegenden Zeitepoche zu fragen.

Zur Siedlungsgeschichte von Magdeburg in den 20er Jahren existieren zahlreiche Einzelgutachten, Bestandsbeschreibungen für die Untere Denkmalschutzbehörde und Publikationen, die entweder schon erschienen oder in Vorbereitung sind. Für die Beantwortung stadtstruktureller Fragestellungen und die Begründung denkmalpflegerischer Zielstellungen zum Bestand der Siedlungen wurde eine Gesamtbetrachtung und Zusammenfassung in geeigneter Form gebraucht, die den Erkenntnisstand, das verfügbare Material und den Blick auf den heutigen Zustand der baulichen Zeugnisse zwischen Jahrhundertwende und dem Ende der Weimarer Republik wiedergibt und diskussionsfähig macht.

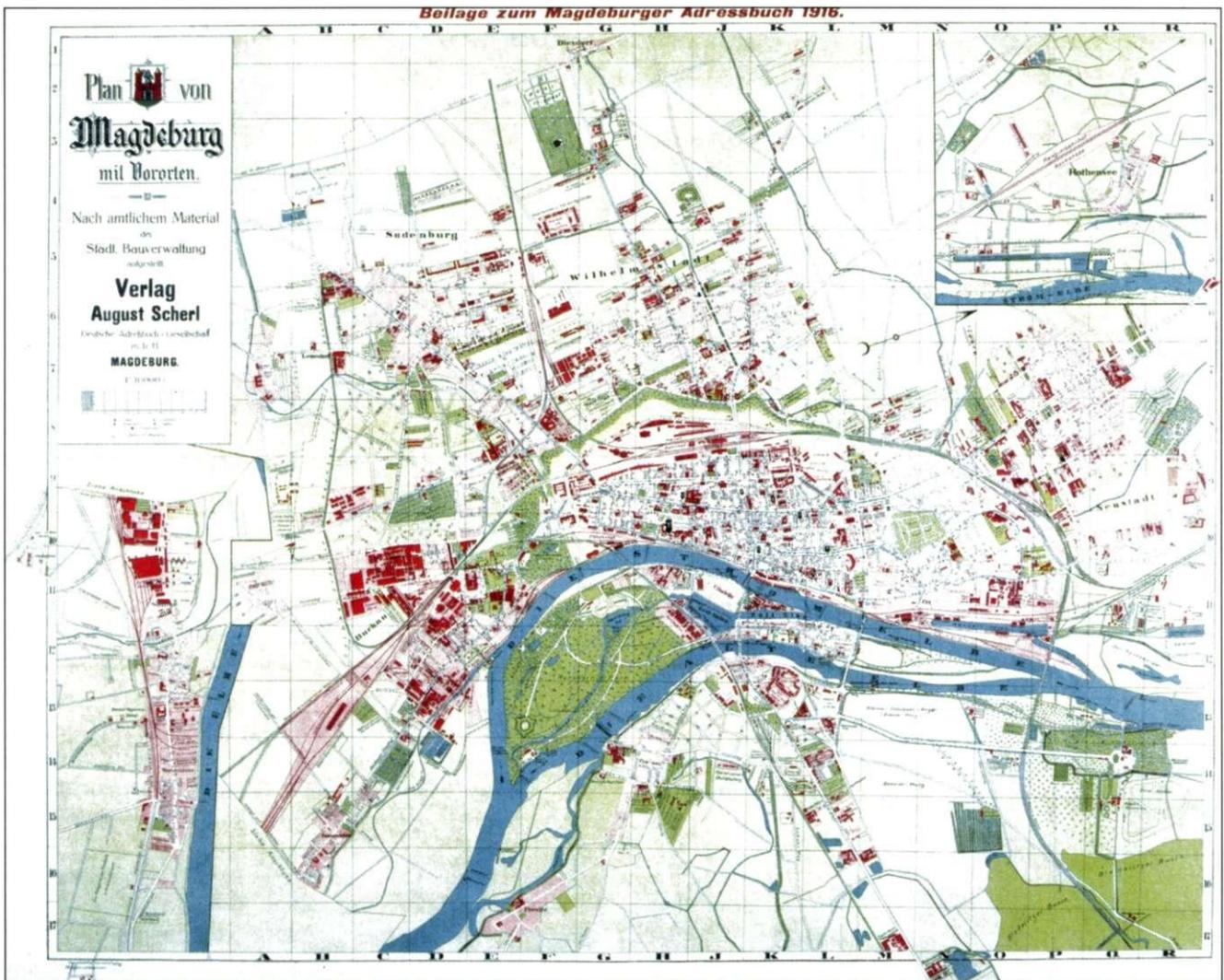
Damit ist ein Thema umrissen, das man unter der Fragestellung: „Entwicklung einer neuen Wohnweise in der Stadt zwischen privatem Mietshausbau und verstaatlichter Wohnungsproduktion“ betrachten kann.

Die vorgelegte Studie bezieht sich deshalb in ihrem Überblickscharakter auf den Zeitraum zwischen dem I. und dem II. Weltkrieg (man könnte auch sagen: „Die Zwischenkriegszeit“) und betrachtet die Planungs- und Baugeschichte der 20er und frühen 30er Jahre (Weimarer Republik) genauer. Deshalb finden sich in der Übersicht zu den untersuchten Siedlungsbereichen und Bauten die wichtigsten Projekte der Magdeburger Wohnungsreformbewegung, die bereits vor dem I. Weltkrieg entstanden oder begannen, und es wurden auch die Siedlungsbereiche in einem Überblick erfaßt, die nach 1933 unter veränderten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen errichtet wurden. Damit sollen Kontinuitäten und Brüche in der Stadtentwicklung vor allem im Bezug auf den genossenschaftlichen, öffentlich geförderten und von gemeinnützigen Unternehmen getragenen Wohnungs- und Siedlungsbau herausgearbeitet werden.

Gleichzeitig sollte damit der Hintergrund realer Stadtentwicklung für die besonderen Leistungen der Architekten und Planer des Neuen Bauens verdeutlicht werden. Betrachtet man z.B. den TAUTschen Generalsiedlungsplan von 1923 oder den unter der Leitung von Johannes GÖDERITZ erarbeiteten gesamtstädtischen



Die mit öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen nach ihrer Lage im Stadtgebiet (Kartierung um 1930)



13 Plan von Magdeburg und Umgebung 1938

Bebauungsplan im Bezug auf die realisierten Abschnitte und ihren Anteil im heute existenten Wohnungsbestand (vgl. Karte im Kap. 5), so umfassen die zwischen 1919 und 1932 gebauten Wohnungen etwa eine Zahl von 13.600. Bezogen auf die Baujahre 1933 bis 1945 weisen aktuelle Statistiken einen Bestand von ca. 16.000 Wohnungen² aus. Hier wird bereits deutlich, welchen Anteil die Zeugnisse des Neuen Bauens oder zumindest in diesem Zeitraum entstandene Wohnungen ausmachen und in welchem Maße sie deshalb einer besonderen Würdigung und denkmalpflegerischen Behandlung bedürfen. Neben ihrer Bedeutung als Gebäudesubstanz haben sie eine stadtstrukturelle Dimension und stadtbildprägende Funktionen.

Das vorgelegte Gutachten zur Gesamtbetrachtung der Siedlungsentwicklung stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist ein erster Versuch, sich dem Thema aus stadtplanerischer, sozial-räumlicher und architektonischer Sicht zu nähern und eine Bestandsaufnahme in der heu-

tigen Stadtstruktur vorzunehmen, die auf die Zeugnisse des Neuen Bauens hinweist. Diese sollte mit den Quellen, Dokumenten, historischen Materialien und Belegen, wie sie dem Stadtplanungsamt Magdeburg vorliegen und wie sie vor allem im Stadtarchiv zu finden sind, in Verbindung gebracht werden. Insgesamt stellt die Arbeit einen Schritt dar, das verfügbare Material zu erfassen, zu erschließen und einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Das meint einen Beitrag zur Diskussion über die Identität von Magdeburg als „Stadt und Schauplatz der Moderne“ für ein Stück Imagebildung und als Hilfe zur Geschichtsvermittlung vor Ort. Es ist ein Informationsangebot für Bürger, Verwaltungsmitarbeiter, Genossenschaften und interessierte Gäste der Stadt.

In einem ersten Teil werden die planungsgeschichtlichen Aspekte des betrachteten Zeitraumes in groben Zügen geschildert, das ehemalige, von Bruno TAUT eingerichtete Stadterweiterungsamt als Institution vorgestellt, die wichtigsten zeitgenössischen Planungsdo-

kumente aus den 20er Jahren wiedergegeben und die im Stadterweiterungsamt entwickelten Siedlungs- und Wohnungskonzepte kommentiert. Die in Siedlungsbe- reiche, Einzelobjekte und eine Auswahl kommunaler und öffentlicher Bauten gegliederte Übersicht der beiden letzten Kapitel beruht auf Rechercheergebnissen vorliegender Gutachten und eine weitgehende Be- standserfassung durch das Büro für urbane Projekte in Zusammenarbeit mit einem Fotografen, die in der ak- tuellen Stadtkarte von Magdeburg und als Bildreporta- ge festgehalten wurden. Die dabei gewählte Gliederung soll sowohl den historischen Prozeß der Siedlungsent- wicklung, als auch die Differenziertheit seiner Spuren und Zeugnisse im heutigen Stadtgrundriß zum Ausdruck bringen. Damit verbindet sich das Ziel, den Siedlungs- und Gebäudebestand aus denkmalpflegerischer Sicht im Detail und im Bezug auf das zu bewahrende und behutsam weiterzuentwickelnde Stadtbild insgesamt zu betrachten und entsprechend damit umzugehen.

Zur Verdeutlichung der unterschiedlichen städtebau- lichen Strukturen und Gebäudetypen, die sich unter dem Thema „Siedlungsentwicklung der Zwischenkriegszeit“ zusammenfassen lassen, wurden ausgewählte Beispi- le genauer untersucht und beschrieben, die in der Fol- ge typologische Wandlungen, sozial-räumliche Differen-



zierungen und jeweils wirksame wirtschaftliche, politi- sche und ästhetische Leitbilder bzw. dahinterstehende Bauaufgaben und Bauherreninteressen repräsentieren.

Die im Anhang beigefügte relativ ausführliche Übersicht zu Dokumenten des Stadtarchivs und Publikationen zum Thema soll auf die empirische Basis für Forschun- gen hinweisen, wie sie in Magdeburg zugänglich ist.

Angesichts der Vielfalt dieser Rechercheergebnisse fällt es nicht leicht, den Begriff des „Neuen Bauwillens“ al- lein nur auf die Architektur oder Formensprache im Sin- ne eines Baustiles zu reduzieren. Dieser läßt sich am ehesten noch an den durch die Stadt selbst beauftrag- ten Bauausführungen kommunaler oder öffentlicher Gebäude ablesen, zumal diese aus den Händen weni- ger Architekten stammen. Im Bezug auf die Entwick- lung der Siedlungsstrukturen und Wohnformen könnte man sich auf die Begriffe „städtebauliche Moderne“, entweder „funktionalistische“ oder „traditionalistische Architektur“ u.a. verständigen.

Wesentliche Stadterweiterungen des heutigen Struk- turplanes der Stadt Magdeburg präzisieren die Gedan- ken und die ganzheitlichen Betrachtungen von Bruno TAUT und Johannes GÖDERITZ. Der Generalsied- lungsplan von 1923 hat nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil, er ist aktueller als je zuvor.

*Iris Reuther
Eckhart W. Peters*

**STÄDTISCHE
BÜHNEN
MAGDEBURG**

**DER SPIELZEIT
1925-1926**

**HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT MAGDEBURG
THEATER- UND ORCHESTER-VERWALTUNG**

**MAX BECK VERLAG
LEIPZIG 1925**

¹ vgl. GÖDERITZ, J.: *Magdeburg, die Stadt des Neuen Bauwillens*. - In: *Deutschlands Städtebau*. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Magdeburg. - Dari-Verlag Berlin, 1927. - S. 26 ff.

² Angaben aus dem Stadtplanungsamt Magdeburg nach einer Statistik von 1988

1. WOHNUNGSFRAGE UND GEMEINNÜTZIGER WOHNUNGSBAU



14 Oberbürgermeister Hermann BEIMS
(Amtszeit 1918-1931)

Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in den 20er Jahren vollendete die im späten 19. Jahrhundert bereits einsetzende politische Auseinandersetzung um die Reformierung des großstädtischen Wohnungsbaus und die Lösung der Kleinwohnungsfrage. Insbesondere die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hatten diese Diskussion mitgetragen und nutzten nach der Novemberrevolution auf der kommunalen Ebene die Chance, die über Jahrzehnte verfolgten Ansätze für den gemeinnützigen Wohnungsbau zum Gegenstand städtischer Politik zu erheben.

In Magdeburg konnte die Sozialdemokratie auf eine lange Tradition zurückblicken, bevor sie 1919 zum bestimmenden Faktor im Stadtparlament wurde und an der Spitze des Magistrats von diesem Zeitpunkt an der Sozialdemokrat Hermann BEIMS (1863-1931) stand, der in seinem Amt einen gewichtigen Beitrag zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und des Neuen Bauens leistete.

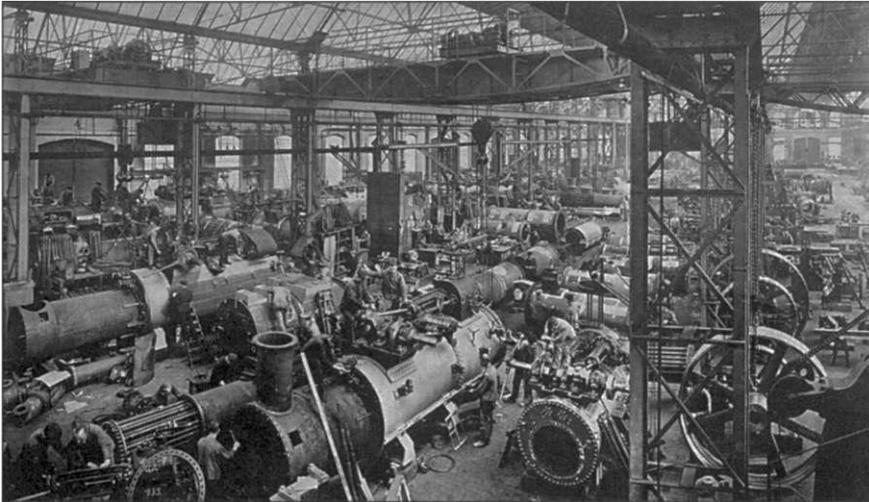
Eine nur kurze Amtszeit war seinem Nachfolger Ernst REUTER (1889-1953) beschieden, der ab 1931 die Geschicke der Stadt in einer krisenhaften Zeit in der Hand behalten mußte, bis ihn im März 1933 die Nationalsozialisten absetzten.

In zahlreichen überlieferten Äußerungen und Schriften bekannte sich der Politiker BEIMS zur Wohnungsfrage und ihrer kommunalpolitisch zu tragenden Lösung:

„Der Weltkrieg hat dieses wichtige Gebiet menschlichen Schaffens von Grund auf revolutioniert. Wohnungsstil, Wohnungswirtschaft, Wohnungssiedlung und nicht zuletzt der Städtebau zeigen ein völliges Umstellen der alten Gewohnheiten und eröffnen so viele gute und völlig neue Gestaltungen, daß man unsere Epoche als die Zeit des „Neuen Bauens“ ansprechen muß. Wenn für den privatkapitalistischen Kleinwohnungsbau der Vorkriegszeit die Spekulation auf Gewinn allein bestimmend war, und wenn damals ohne Rücksicht auf die in diesen Wohnungen hausenden Menschen jede hygienische Förderung unterdrückt wurde, so hat der gemeinnützige Wohnungsbau von heute ganz andere Ziele: bei allem zwingend notwendigen Streben nach Wirtschaftlichkeit steht ihm das Wohlbefinden der Mieter voran. Die neue Wohnung soll die Ansprüche auf Gesundheit, auf Wohlbefinden, auf Sonne, gesunde Luft, auf gute Kinderspielplätze und Grünanlagen befriedigen. Und nun konnten trotz hoher Kapitalzinsen, trotz gestiegener Baukosten und trotz aller Erschwerungen die Baugesellschaften, die Gemeinden usw. zeigen, wie ein gesundes Bauen durch Bodenvorratswirtschaft, durch Baumaterialienwirtschaft und durch gute Organisation sich siegreich durchsetzen konnte.“



15 Oberbürgermeister Ernst REUTER
(Amtszeit 1931-1933)



16 Maschinenfabrik der Fa. Wolf in Buckau, um 1900

Nicht ohne Grund wurde die erste Magdeburger Großsiedlung in der Wilhelmstadt an der Diesdorfer Straße bereits kurz nach dem Tode des Bürgermeisters 1931 in Hermann-Beims-Siedlung umbenannt.

Die Wohnungsfrage der minderbemittelten und bedürftigen Schichten hatte sich im Zuge der Industrialisierung und Urbanisierung der Stadt Magdeburg vergleichbar wie in anderen Großstädten entwickelt. Etwa 1880 erreichte die städtische Bevölkerung die Grenze von 100 000 Einwohnern und Magdeburg gehörte seitdem zu den ca. 30 deutschen Großstädten.

Insbesondere die Ansiedlung und das Wachstum der Magdeburger Metall- und Maschinenindustrie (vgl. Abb. 16) führte zwischen 1885 und 1890 zu einer regelrechten Bevölkerungsexplosion, die trotz umfangreichen Mietwohnungsbaus und einer extremen Verdichtung der Altstadt das Wohnungsproblem verschärfte. Um den I. Weltkrieg hatte sich die Einwohnerzahl durch Eingemeindungen und weiteren Zuzug wiederum erweitert, so daß etwa 280.000 Menschen in Magdeburg lebten. Die in den späteren 20er Jahren erfolgte Industrieansiedlung auf dem Gelände des Hafens und in Rothensee im Nordraum der Stadt (vgl. Abb. 17) vergrößerte die Bevölkerung noch einmal (vgl. Abb. 18).

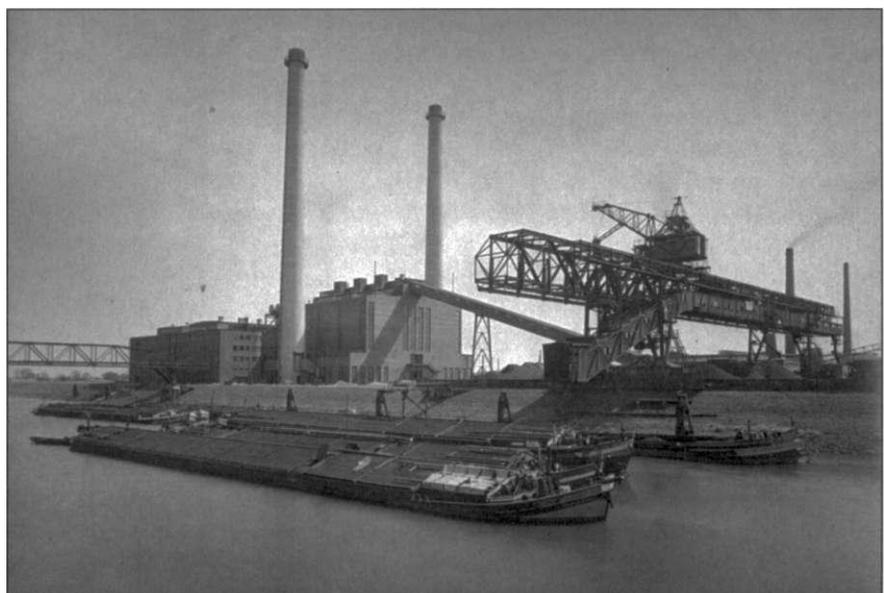
Die Stadt Magdeburg ist aus 12 ursprünglich selbständigen Gemeinden zusammengewachsen. Den Kern bildete die Altstadt mit der Friedrich- und der Wilhelmstadt, umgeben von den Vorstädten, Neu-

stadt, Sudenburg und Buckau. Der Stadtteil Wilhelmstadt entstand in den 1890er Jahren auf dem ehemaligen Stadtfeld. Die Vororte Rothensee, Diesdorf, Lemsdorf, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Cra-cau und Prester wurden zwischen 1908 und 1926 eingemeindet. 1928 kamen die ehemaligen Gutsbezirke Zipkeleben und Biederitz zu Magdeburg, so daß bei der Volkszählung am 16. Juni 1933 auf diesem Territorium 306.894 Einwohner ermittelt wurden².

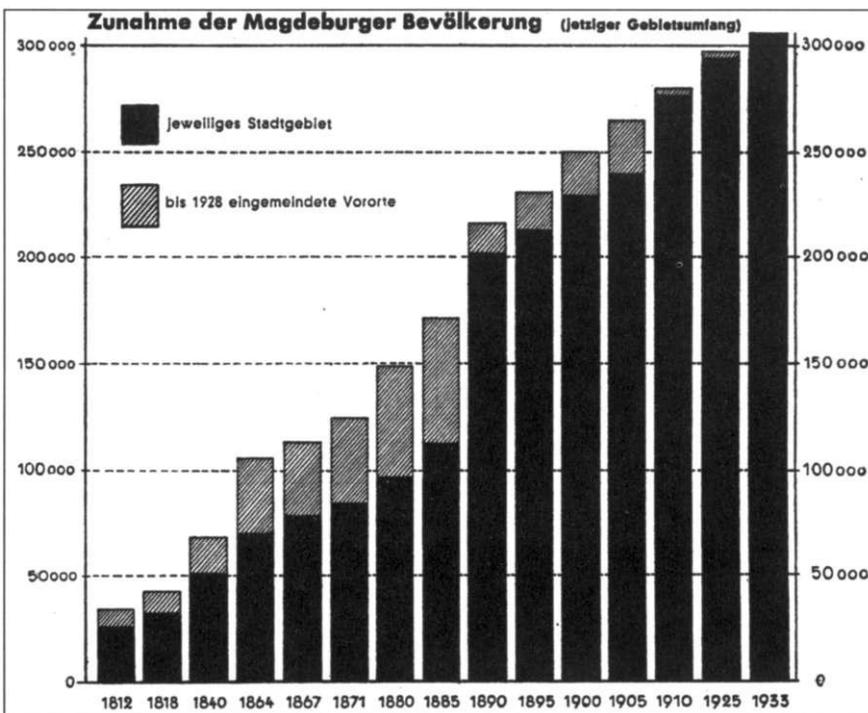
Vor allem die Überbelegung der Altstadt und die Gebiete um den Haselbachplatz und Buckau mit ihrer dichten Miethausbebauung trugen dazu bei, daß Magdeburg kurz vor dem I. Weltkrieg eine Behausungsziffer von 31,08 Einwohnern pro Wohngebäude³ aufwies und damit neben Berlin und Dresden als eine der am dichtesten bebauten deutschen Großstädte galt.

In fast allen größeren Städten nahm vor dem I. Weltkrieg der Reinzugang an Wohnungen bedrohlich ab, weil bei zwar ansteigender Konjunktur der Jahre 1910-14 das verfügbare Kapital in die Industrie statt in den Wohnungsbau floß und vor allem die Herstellung von Kleinwohnungen sich für private Unternehmer nicht mehr rechnete⁴.

Die wachsende Wohnungsnot nach dem I. Weltkrieg, die eine hier untersuchte Siedlungsentwicklung von Magdeburg auslöste, ergab sich neben dem Ausblei-



17 Großkraftwerk MIKRAMAG im Industriegelände Rothensee, 1931



18 Aus: Statistisches Jahrbuch 1935

ben an Wohnungsbauten während der Kriegs- und Inflationsjahre aus der Neuwohnungsnachfrage heimgekehrter Soldaten und der bis 1936 prognostizierten Haushaltsgründung von geburtenstarken Jahrgängen nach der Jahrhundertwende, die der Krieg nicht dezimiert hatte⁵. Der Mehrzugang an Wohnungssuchenden resultierte aus dieser Bevölkerungsverschiebung und der weiteren Zuwanderung von Arbeitskräften.

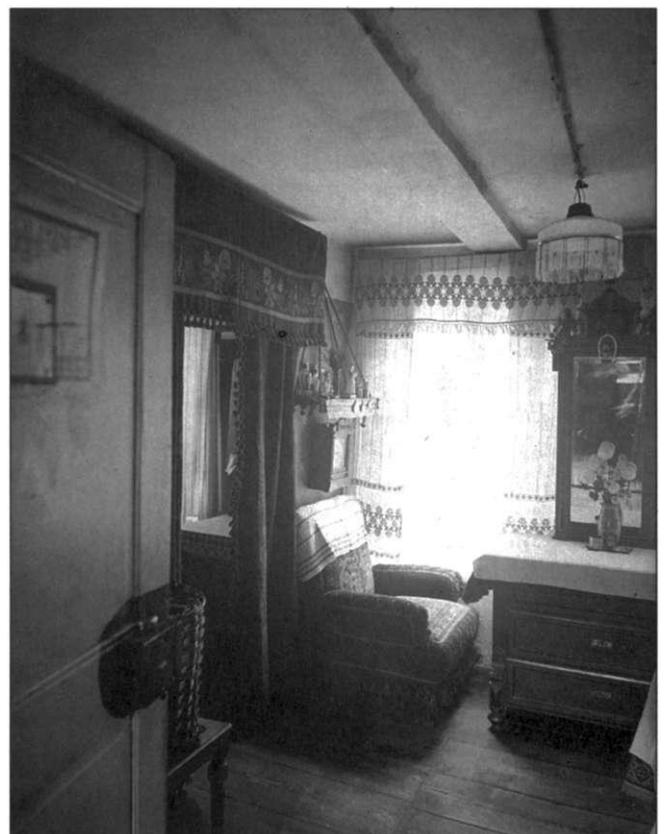
Die Notlage auf dem Wohnungsmarkt und den eklatanten Fehlbetrag hatte die Reichswohnungszählung 1927 für Magdeburg auf 8.600 Wohnungen oder Haushaltungen beziffert, die durch Wohnungsbau höchstens auf 7.000 sank und durch Abgänge und Sanierungsprobleme in der Altstadt über das Ende der Weimarer Republik hinaus verstärkt wurde oder latent erhalten blieb.

Die Wohnungsnot zwang die Reichsregierung mit dem Ende des I. Weltkrieges zu verschiedenen Gesetzen und Regelungen, die einer „Zwangswirtschaft“ gleichkamen. Nach einer 25-jährigen Debatte erfolgte am 28.3.1918 die königliche Unterschrift unter das Preußische Wohnungsgesetz, das eine staatliche Wohnungsaufsicht verfügte. Diesem Gesetz folgte die Einsetzung eines Preußischen und Reichskommissars für Wohnungswesen am 27.5.1918, am 11.8.1919 der Erlass des Reichssiedlungsgesetzes, am 12.5.1920 das Reichsheimstättengesetz, am 24.3.1922 das Reichsmietengesetz (das die Mieten auf dem Vorkriegsstand einfrore), am 1.6.1923 das Reichsmieterschutzgesetz und nach der Inflation am 14.2.1924 die 3. Steuernotverordnung des Reiches und die Einführung der sog.

„Hauszinssteuer“ auf bebauten Grundbesitz, die den Kommunen Finanzmittel zur Unterstützung gemeinnützigen Wohnungsbaus in die Hand gab.

Bereits vor dem I. Weltkrieg hatten in Magdeburg, als Reich, Staat und Kommune noch nicht direkt eingriffen, Genossenschaften die Initiative für den Kleinwohnungsbau ergriffen. So entstanden verschiedene gemeinnützige Wohnungsbau-genossenschaften. Die älteste, der Spar- und Bauverein, wurde bereits 1892 gegründet, es folgten 1900 der Mieter-Bau- und Sparverein, 1908 die Gartenstadtgenossenschaften „Reform“ und „Hopfengarten“ und die Baugenossenschaft für Kleinwohnungen Fernersleben im Jahre 1912. Die Bautätigkeit dieser Genossenschaften brachte es mit sich, daß die Erstellung von Kleinwohnungen in Magdeburg in

die Hände gemeinnütziger Unternehmen übergang, deren Anteil am gesamten Bauvolumen vor dem I. Weltkrieg bereits 20% ausmachte.



19 Wohnung Apfelstraße 3, aufgenommen 1928



20 Obdachlosensiedlung am Klusdamm, 1935 aufgenommen

Nach dem I. Weltkrieg wurden diese bereits erfahrenen Unternehmen die eigentlichen Träger des Kleinwohnungsbaus, entweder als Baugenossenschaften oder Verein, der auf Spareinlagen, finanzielle Beiträge der Mitglieder und Selbsthilfe setzte, oder als Wohnungsbaugesellschaft der öffentlichen Hand und verschiedener Unternehmen, wie Post, Bahn oder Stadt, die durch Darlehen Unterstützung gewährten, und schließlich als Wohnungsbaugesellschaften der Gewerkschaft, wie z.B. die in Magdeburg ebenfalls tätige GAGFAH.

Die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen trugen zu großen Teilen den Wohnungsneubau, für den öffentliche Mittel in Form der Hauszinssteuerhypotheken - durchschnittlich etwa 3.000 bis 4.000 RM pro Wohnung - oder Anteile aus einem staatlichen Fürsorgefonds bereitgestellt wurden. Die entscheidende Leistung der Stadt bestand darin, daß sie ihre Grundstückspolitik in den Dienst des Wohnungsbaus stellte. Das Baugelände wurde für geschlossene Siedlungsgebiete den Baugenossenschaften entweder zu Selbstkosten als Eigentum zur Verfügung gestellt oder in Erbpacht übergeben. In einem solchen Falle erhielten die Genossenschaften Rohbauland zu einem Zinssatz, der wesentlich unter dem Zinsbetrag lag, den die Stadt selber für ihre Anleihen zum Erwerb der betreffenden Grundstücke bezahlen mußte. So kaufte die Stadt Magdeburg z.B.

aufgelassene Fabrikanlagen, wie das Bancksche Gelände in der Neustadt (vgl. Abb. 21), wo der Verein für Kleinwohnungswesen den ersten Abschnitt seiner großen Wohnsiedlung errichtete. Schließlich wurden auch die Kosten für die Straßenbauten nur gering verzinst, um Mietpreise und Kosten der Genossenschaften niedrig zu halten. Insgesamt wurden nach dem I. Weltkrieg bis zum Jahre 1929 etwa 4.450 Wohnungen durch Genossenschaften auf Erbbaugelände errichtet und 3.484 Wohnungen auf an die Genossenschaften günstig veräußertem Gelände gebaut⁶.

Während im Jahre 1914 die damals bereits aktiven Genossenschaften

etwa 2,5% der Wohnungen besaßen, so erhöhte sich der Anteil von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen 1930 mit insgesamt 11.950 Wohnungen auf 13% des Gesamtbestandes, wobei zu diesem Zeitpunkt etwa 90% aller erstellten Wohnungen aus genossenschaftlicher Hand stammten⁷. Die gemeinnützige Bautätigkeit Magdeburgs kam zu ihrer verhältnismäßig starken Stellung, weil aus den sechs existierenden Genossenschaften 1919 eine lose Vereinigung, 1920 ein eingetragener Verein und 1921 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, der „Verein für Kleinwohnungswesen“ gebildet wurde. Sein langjähriger Geschäftsführer war der sozialdemokratische Stadtverordnete Wilhelm PLUMBOHM (vgl. Abb. 23).



21 ehemalige Bancksche Villa in Neustadt, 1929 von der Stadt erworbenes Gelände



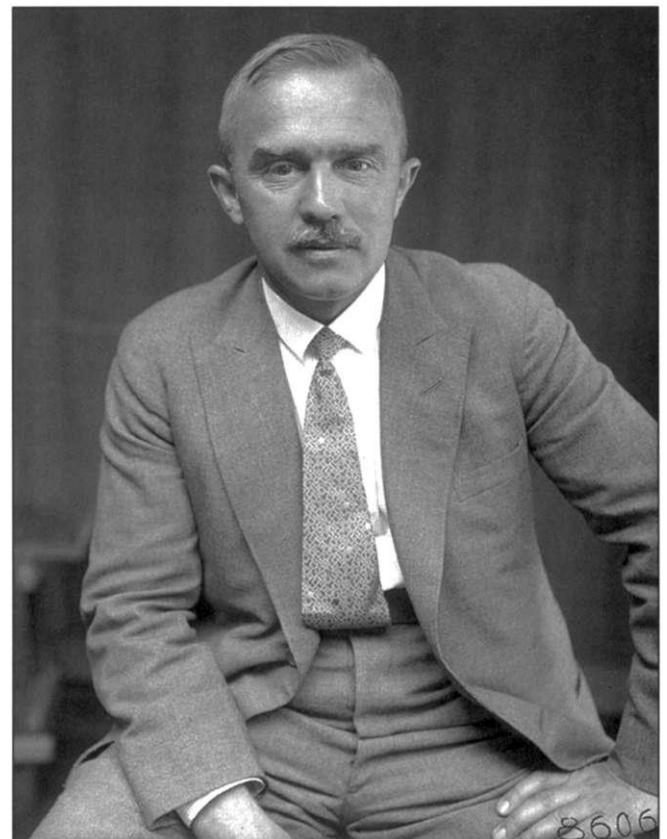
22 Titelblatt des Organs der Deutschen Wohnungsfürsorge vom 15. Juni 1929

Bei der Umbildung zur G.m.b.H. wurden der Stadt Magdeburg 51 % der Anteile überlassen. Die Baugenossenschaften erhielten im Aufsichtsrat die Mehrheit, während der Stadt der Vorsitz zugesprochen wurde. So wurden die Geschäftsgrundsätze der Genossenschaften und die wohnungspolitischen Ziele der Stadt gleichermaßen berücksichtigt.

Die Stadt Magdeburg legte vor dem Hintergrund verfügbarer Hauszinssteuermittel enorme Bauprogramme (jährlich bis zu 2.000 Neubauwohnungen) auf, die von den Genossenschaften nicht selbst verwirklicht werden konnten. So entwickelte sich innerhalb des Vereins für Kleinwohnungswesen eine Arbeitsteilung: Der Verein baute die erste Großsiedlung an der Diesdorfer Straße und übernahm im folgenden den Bau der großen Siedlung in der Neustadt und Teile der neuen Siedlung in Brückfeld (Cracau), die Genossenschaften entwickelten kleinere Siedlungsgebiete und Wohnanlagen. 1930 betrug der Anteil der durch den Verein selbst erstellten Wohnungen 2.320, während die anderen Genossenschaften fast 8.000 Wohnungen errichtet hatten.

Innerhalb des Zusammenschlusses erfüllte der Verein für Kleinwohnungswesen verschiedene Aufgaben. Hierzu gehörte auf Grund seiner Kreditwürdigkeit bei der städtischen Sparkasse und den Landesbanken oder Versicherungen z.B. die Finanzierung von Zwischenkrediten für die einzelnen Genossenschaften. Außerdem unterstützte der Verein für Kleinwohnungswesen alle Bauvorhaben durch die günstige Materialbeschaffung bei Magdeburger Betrieben oder eingeführten Unternehmen. Er unterhielt bis 1930 eine eigene Ziegelei in der Neuen Neustadt (auf dem aufgelassenen ehemaligen Betriebsgelände wurde ab 1935 der zweite Abschnitt der Neustädter Großsiedlung durch den Verein für Kleinwohnungswesen errichtet), hatte ab 1928 Bezüge zu einer anderen Ziegelei in Heyrothsberge und erwarb 1929 das dortige Hartsteinwerk, das grundlegend modernisiert wurde.

Darüber hinaus betrieb der Verein für Kleinwohnungswesen ein eigenes Baubüro, das von Paul WAHLMANN (geb. 1887) zwischen 1921 und 1933 geleitet wurde und aus dessen Händen zahlreiche Bauprojekte des Vereins oder auch Beratungsleistungen für Genossenschaften stammten. Der Verein für Kleinwohnungswesen übernahm die Verwaltung von Wohnungen mit relativ geringem Aufwand und PLUMBOHM berichtete



23 Stadtverordneter PLUMBOHM, Geschäftsführer des Vereins für Kleinwohnungswesen

1930 in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Wohnungswirtschaft“ von der Bildung einer Mietergemeinschaft als kritisches, dem Genossenschaftsgedanken erwachsenes Potential im Verein für Kleinwohnungswesen⁸. Diese Mietergemeinschaft beteiligte sich an der Wohnungsverwaltung und durch eingezahlte freiwillige Beiträge konnte 1930 in der Hermann-Beims-Siedlung die erste Wohlfahrtseinrichtung mit einer Zentralwäscherei, einem Kinderheim sowie einem Verwaltungsgebäude errichtet werden.

Um 1930 verschärften sich die finanziellen Bedingungen des Wohnungsbaus und in einem Reichswohnungszusatzprogramm wurde bereits auf die Reduzierung der Wohnflächen und die Optimierung von Bauvorhaben durch Einfachstwohnungen gedrängt. So wurde im Geschäftsbericht des Vereins für Kleinwohnungswesen von 1928/29 festgestellt, daß die große Zahl der immer noch Wohnungssuchenden, die das städtische Wohnungsamt belasteten, in der Mehrheit leistungsschwach seien und einer genossenschaftlich nicht ohne weiteres organisierbaren Schicht von Arbeitslosen angehörten⁹. Soweit die Genossenschaften diesen Bedarf nicht decken konnten, mußte der Verein für Kleinwohnungswesen einspringen und versuchen, entsprechende Wohnungen zu erstellen.

Nach 1933 und einer politischen Gleichschaltung des Vereins sollte sich diese Prognose als richtig erweisen. Der Verein für Kleinwohnungswesen wurde schließlich maßgebender Bauträger des Volkswohnungsbaus im Dritten Reich und Institution zur Durchsetzung wohn-

nungs- und bevölkerungspolitischer Zielstellungen; er baute vor allem die mehrgeschossigen Wohnanlagen und Siedlungsteile (siehe Kapitel 5).

Hierfür hatte der faschistische Staat entsprechende Regelungen getroffen. Das Gesetz zur „Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten“, das die Regierung Hitlers infolge des Ermächtigungsgesetzes ohne parlamentarische Entscheidung am 22.9.1933 erließ, zielte auf eine Verhinderung spekulativer Parzellierung durch eine systematische Überwachung des Umgangs mit Grund und Boden. Es hatte im übrigen bereits in der Weimarer Republik entsprechende Entwürfe zu einem Reichsstädtebaugesetz gegeben, gegen das sich Kommunalpolitiker im Interesse der Selbstverwaltung der Städte verwahrt hatten; u.a. 1926 auch Conrad RÜHL in Magdeburg mit dem Verweis auf das in die Verantwortung der Kommune übernommene Siedlungswesen und den Städtebau¹⁰. Unter dem 1934 eingesetzten Reichskommissar G. FEDER wurde schließlich - ebenfalls als reines Ermächtigungsgesetz - das Gesetz über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens (Siedlungsordnungsgesetz vom 3.7.1934) verabschiedet. Darin wurden dem Reichswirtschaftsminister die Regelung von Maßnahmen zur Überwachung und Ordnung des gesamten deutschen Siedlungswesens eingeräumt¹¹. Unter diesem Vorzeichen verlorener kommunaler Selbstbestimmung der Stadtentwicklung muß der Siedlungs- und Wohnungsbau von Magdeburg nach 1933 gesehen werden. Seine genauere Untersuchung soll späteren Arbeiten vorbehalten bleiben.

⁸ BEIMS, H.: Der DEWOG-Tagung zum Gruß. - In: *Wohnungswirtschaft*. - Berlin 7(1930)22. - S. 420

⁹ vgl. *50 Jahre Magdeburger Statistik*. - S. 16

¹⁰ vgl. EBERSTADT, R.: *Handbuch des Wohnungswesens*. - S. 167

¹¹ siehe hierzu ENGERS, M.: *Die gemeinnützige Bautätigkeit in Magdeburg*. - In: *Wohnungswirtschaft*. - Berlin 7(1930)22. - S. 426

¹² siehe hierzu HEUER, H.: *Zehn Jahre Wohnungsbau in Magdeburg*. - In: *Magdeburger Amtsblatt* 1930. - S. 8

¹³ ebenda, S. 9

¹⁴ vgl. PLUMBOHM, W.: *Der Verein für Kleinwohnungswesen*. - In: *Wohnungswirtschaft*, a.a.O., S. 430

¹⁵ ebenda, S. 432

¹⁶ vgl. VFK: *Die gemeinnützige Bautätigkeit in Magdeburg 1928-1930*. - S. 4

¹⁷ vgl. RÜHL, C.: *Stadterweiterungspläne*. - In: *Magdeburger Amtsblatt* 1926. - S.502

¹⁸ vgl. ISTEEL, W.: *Steuerung der Siedlungs- und Raumentwicklung*. - In: *Bauen im Nationalsozialismus*. - S. 242

2. STADTERWEITERUNG ALS PLANUNGSPROBLEM UND BAUAUFGABE

2.1. ZUR PLANUNGSGESCHICHTE ZWISCHEN JAHRHUNDERTWENDE UND DEM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

Stadterweiterung erwies sich in der wachsenden Industriestadt Magdeburg und deren Metamorphose von der Festungsstadt im 18. und 19. Jahrhundert zur Mietskasernenburg um die Jahrhundertwende und vom Austragungsort des Neuen Bauens in den 20er Jahren zum Wirtschaftsschwerpunkt Mitteldeutschlands in den 30er Jahren immer als PLANUNGSPROBLEM und BAUAUFGABE gleichermaßen.

Im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik fanden in Deutschland grundlegende Veränderungen auf den Gebieten von Städtebau und Wohnungspolitik statt, die vor allem die baulich-räumliche Entwicklung der Städte und die Umstrukturierung der kommunalen Verwaltungen betrafen. Es erfolgte ein Wechsel vom privatwirtschaftlichen und zu spekulativen Zwecken realisierten zum öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Ausgehend von regional differenzierten einzelnen Mietshäusern auf eigenen Parzellen läßt sich ein typologischer Wandlungsprozeß hin zu baulich und

funktionell vernetzten Siedlungen auf zusammenhängenden Grundstücksflächen beobachten, so daß aus dem durchgebauten, nach Gesetzen der Grundrente strukturierten Baublock ein reformierter, einheitlich gestalteter Block oder eine Addition freistehender Gebäudezeilen wurde. Von der Formsprache kaiserzeitlicher Wohnarchitektur mit historistischen Stilmerkmalen finden sich Übergänge bis hin zu vereinfachten traditionellen oder rationalen Gebäudetypen und Fassaden. Die Wohnungsfrage für die minderbemittelten Schichten - die politischen Klassen thematisierten sie als Wohnungsfrage der Arbeiter - wurde mit dem Ziel der Schaffung bezahlbarer Kleinwohnungen zum Gegenstand allgemeiner staatlicher und städtischer Wohnungspolitik erhoben.

In ihrer Komplexität verkörpern diese Entwicklungen einen Transformationsprozeß, der vor allem auf der kommunalen Ebene stattfand und mit Veränderungen der Planungskultur einherging. Fragt man nach diesem



25 Plan von Magdeburg 1871 mit nicht ausgeführtem Entwurf der Stadterweiterung



26 Baugebiete der Stadt Magdeburg zur Bauordnung 1909

mehrdimensionalen und dramatischen Umbruch in Wohnungspolitik und Städtebau zwischen Jahrhundertwende und den 1930er Jahren, so sind die drei politischen Epochen (Kaiserzeit, Weimarer Republik, Drittes Reich) durch einen diskontinuierlichen Prozeß verbunden¹. Bei näherem Hinsehen lassen sich folgende Abschnitte herausfinden, die den Wandel charakterisierten, dessen bauliche Ergebnisse die Siedlungsentwicklung von Magdeburg bestimmten:

In einer **FORMATIVEN PHASE** des späten Kaiserreiches zwischen 1900 und 1914 gewannen Reformansätze und Wohnungspolitik einen höheren und ersten praktischen Stellenwert, weil Wohnungsbauprojekte bereits von neuen Eigentümern unter dem Vorzeichen von Gemeinnützigkeit realisiert wurden.

In der **KRIEGSPHASE** 1914-1918 kam der Wohnungsbau zum Erliegen und die administrative Wohnungspolitik gewann im Range eines nationalen Ausgleichs an Boden.

In der ersten **NACHKRIEGSPHASE** 1919-1924 geriet der praktisch schon begonnene soziale Wohnungsbau bis auf Notwohnungen und Selbsthilfeansätze in den Schatten des Inflationsbooms der Industrie und infrastruktureller Großprojekte, wobei die sozialstaatliche Regulierung der Wohnungsnot aufrechterhalten wurde und Planungskonzepte bis hin zu visionären Aussagen über Stadterweiterung möglich wurden.

Dann begann zwischen 1924 und 1930 die **HOCHPHASE** der Wohnungsproduktion in der Weimarer Republik, die schließlich ein verändertes, real erlebbares und sozialstaatlich legitimes Klima städtischer Kultur her-

vorbrachte, das reflektiert und publiziert werden konnte.

Die wirtschaftliche und politische **KRISEPHASE** 1931-1933 schlug allmählich auf den Wohnungsbau und seine Planungsprinzipien durch, so daß neben quantitativen Ergebnissen auch die Qualitätsmaßstäbe verfielen.

In der historisch betrachtet erneuten **VORKRIEGSPHASE** 1933 - 1938/39 erfuhren Wohnungspolitik und Siedlungsentwicklung eine staatliche Regulierung, die letztlich einer wirtschaftlichen und wehrpolitischen Unterordnung kommunaler Interessen gleichkam.

In dem umrissenen historischen Prozeß entwickelten sich Institutionen, Instrumentarien und Leitbilder, die von Personen getragen wurden, die den Prozeß der Stadtentwicklung initiierten, beeinflussten und reflektierten. Deshalb sollen an dieser Stelle vier Phasen der Stadtentwicklung von Magdeburg zwischen der Jahrhundertwende und dem Ende der Weimarer Republik exemplarisch an vier Personen festgemacht werden, die jeweils als Stadtbauräte die Geschichte der Planung und der Baupolitik in der Hand hielten und in ihrer Position entsprechende Entwicklungsstufen verkörperten.

INDUSTRIALISIERUNG UND REGULIERUNG DER WACHSENDEN STADT: Stadtbaurat O. PETERS (1850-1927)

Als der Geheime Baurat O. PETERS als 34-jähriger am 23.10.1884 das Amt eines Stadtbaurates antrat, setzte der bereits erwähnte massive Urbanisierungsschub durch umfangreichen Mietshausbau in den 1890er Jahren gerade allmählich ein. Etwa 10 Jahre zuvor waren infolge der 1873 vorgesehenen Eröffnung des neuen Bahnhofes westlich der Altstadt die ersten Stadterweiterungspläne erstellt worden (vgl. Abb. 25). Durch einen Kaufvertrag des damaligen Oberbürgermeisters HASSELBACH über das südliche Festungsgelände war die Stadt in den Besitz veräußerbarer Erweiterungsflächen gekommen, die es durch Fluchtlinienpläne und baupolizeiliche Bestimmungen zu regulieren galt. 1874 hatte Magdeburg die erste Baupolizeiverordnung verabschiedet und ein Jahr später regelte das Preußische Gesetz betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften (Fluchtliniengesetz) vom 2. Juli 1875 die Einteilung von Bauland in öffentliche Straßen und privaten Grund,

für den es polizeiliche Regeln einzuhalten galt. Hierfür konnte die Gemeinde offizielle Bebauungspläne erlassen und ortstatuarische Festsetzungen treffen.



24 Geheimrat Baurat
Otto PETERS

Die Entwicklung der ersten Mietshausgebiete in der Altstadt, Neustadt, Sudenburg und der Wilhelmstadt führten nach Aufhebung der Rayonbestimmungen zu extremen Baudichten und einer der Entwicklung des Berliner Mietshaus vergleichbaren Gebäudetypologie.

1887/89 - also bereits zur Amtszeit von O. PETERS - wurde die Magdeburger Baupolizeiordnung neu gefasst. In einem ersten Teil forderte sie die generelle schriftliche Bauerlaubnis, ein zweiter Teil formulierte genaue Bauvorschriften (insbesondere Hofgrößen, Abstände, Gebäudehöhen und polizeiliche Forderungen zur Baukonstruktion) und in einem dritten Teil war die polizeiliche Überwachung von Bauvorhaben geregelt worden.

Die Mietshausstadt entwickelte sich nicht einheitlich und bereits Anfang der 1890er Jahre konnten dichter bebaute Arbeiterviertel in der Nähe wachsender Fabrikareale und bessere Wohngebiete in den günstigeren städtischen Lagen unterschieden werden. Darauf reagierte die städtische Bauverwaltung durch die Mitte der 90er Jahre eingeführte BAUZONENPLANUNG, die den sich abzeichnenden sozialräumlichen Differenzierungsprozeß sanktionierte und Industrieflächen von unterschiedlich dicht zu bebauenden Wohnflächen abgrenzte. Dabei spiegelten sich die konkreten topographischen, wirtschaftlichen und stadtstrukturellen Verhältnisse in der 1896 eingeführten Magdeburger Bauzonenordnung wieder, wo z.B. differenzierte Hofgrößen festgelegt wurden. Der Bauzonenplan von 1909 (vgl. Abb. 26) stellte schließlich eine

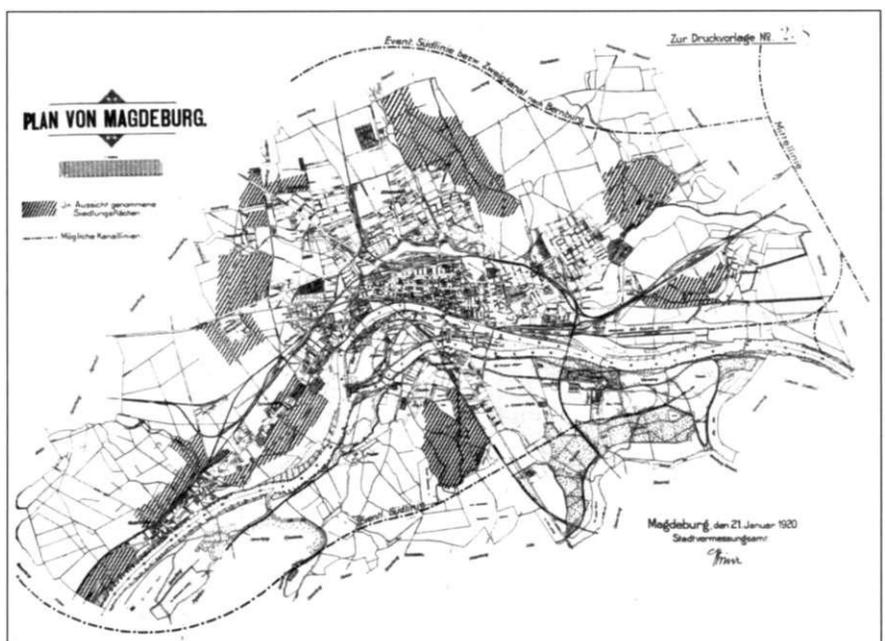
vervollkommnete Fassung dar, in der vor allem die Entwicklung des Elbhafens dokumentiert ist und die Bebauung mit Bauwich als erster Schritt für die Wohnungsreformkonzepte und die Gartenstadtidee baupolizeilich verankert wurde.

Der Geheime Baurat O. PETERS hatte sich vor allem um die Hafenplanung verdient gemacht und griff die seit der Jahrhundertwende diskutierten Pläne für einen Mittelland-Kanal in seinem um den I. Weltkrieg formulierten Stadtentwicklungskonzept auf. Als er am 23. Oktober 1920 als Magistratsangehöriger und Stadtbaurat ausschied, lag ein im Stadtvermessungsamt gefertigter Plan von Magdeburg vor, der neben den vollständigen Fluchtlinienplänen aus dem 19. Jahrhundert in Aussicht genommene Siedlungsflächen - offenbar für Gartenstadtkonzepte wie z.B. die bereits entstandenen Teile von „Reform“ und „Hopfengarten“ - und die diskutierten Linienführungen für das Kanalprojekt enthielt (vgl. Abb. 27).

Neben den Planungskonzepten verwies O. PETERS in einem 1922 von ihm veröffentlichten Aufsatz auf zahlreiche repräsentative kommunale Bauvorhaben, die ihn als Vorsitzenden des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege kennzeichneten.

Seine Prognose für die städtebauliche Entwicklung von Magdeburg nach dem I. Weltkrieg las sich in etwa so:

„Nachdem die Einverleibung der Vororte Magdeburgs vollzogen war, stand ein ausreichend großes Gelände für die Stadterweiterung zur Verfügung. Die Aufstellung eines, das gesamte städtische Gelände umfassenden



27 Stadterweiterungsplan 1920

Generalbebauungsplanes wurde beizeiten in Aussicht genommen, aber nur in ganz allgemeinen Zügen, da immer wieder neue Gesichtspunkte hinzutraten, die der Berücksichtigung unterzogen werden mußten. So ist denn, was ja bei jeder werdenden Großstadt in gleicher Weise der Fall ist, von der Feststellung eines eigentlichen „Generalbebauungsplanes“ nicht zu reden, wenn schon ein solches Idealbild vor dem Beginn des Weltkrieges bis in die damals gültigen Einzelheiten hinein tatsächlich gefertigt, vorgezeigt und genehmigt war, das aber, zumal unter den Nachwirkungen der furchtbaren Kriegszeit, nur ganz allmählich - wenn überhaupt - die Verwirklichung entgegenreifen kann.

Mit der Fertigstellung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals wird zweifellos eine außerordentliche Entwicklung Magdeburgs in die Wege geleitet werden, da dessen Schlußpunkt die Provinzial-Hauptstadt als bedeutendster Abschluß der wichtigsten Wasserstraße Norddeutschlands zu bilden berufen ist. Es ist anzunehmen, daß der aus Schifffahrt, Handel und Industrie zu erwartende Aufschwung Verhältnisse schaffen wird, denen das gegenwärtige Stadtgebiet voraussichtlich keineswegs gewachsen, geschweige denn in weiterer Zukunft irgendwie zu genügen imstande ist.

Die Frage des Anschlusses des Weser-Elbe-Kanals ist natürlich von der allergrößten Bedeutung für die weitere bauliche Entwicklung der Stadt, und in dieser Beziehung schweben die endgültigen Entscheidungen noch in der Luft. Die Stadt hat sich entschieden für den Anschluß der Kanallinien im Norden ausgesprochen bei ROTHENSEE, wo der Einmündung in den städtischen Industriehafen mittelst kurzen Zweigkanals die geringsten Schwierigkeiten entgegen stehen; die Hauptlinie soll etwas weiter nördlich unter Ausführung einer Kanalbrücke die Elbe überschreiten. Dagegen wurde ein SÜDLICHER Anschluß von den zahlreichen Freunden der SÜDLINIE vertreten, die den unmittelbaren Schiffsverkehrsverkehr von Braunschweig, Bernburg, Egel, Ascherleben usw. her unter Ausführung eines Umgehungskanals bei Magdeburg wünschten.... Man ersieht schon hieraus, daß die Aufstellung eines das ganze Stadtgebiet umfassenden Bauungsplanes für Groß-Magdeburg nur unter Berücksichtigung der zukünftigen Verhältnisse der Gestaltung der neuen Wasserwege zu denken ist. Davon ist die Heranführung der Eisenbahn-Anlagen und Verkehrsstraßen zu den Umschlagplätzen, Lagerstrecken, Fabriken auf beiden Ufern des Kanals, weiterhin natürlich auch die Besiedelung zu Wohnzwecken für die Arbeiter abhängig. Der früher aufgestellte Plan ist unter ganz anderen Voraussetzungen des bisherigen, auch gegenwärtig noch gar nicht zu übersehenden Bedürfnisses entstanden, muß also einer gründlichen, erst nach Lösung oder Ausreifung der noch schwebenden Fragen und Entwürfe zu bewirken-

den Umarbeitung wiederholt unterzogen werden. Es sind tatsächlich vorläufig nur Bilder geschaffen, das Gelände der Wilhelmstadt, als zutreffend für die nächste Zukunft, zwecks Festlegung der Wohnhaus-Bebauung, insbesondere mit den in jetziger Zeit so wichtig gewordenen Siedlungs-Anlagen, erachtet werden dürfen.“

UMBRUCH UND AUFBRUCH NACH DEM I. WELTKRIEG: Stadtbaurat Bruno TAUT (1888-1938)



28 Stadtbaurat Bruno TAUT

Etwa ein halbes Jahr nach dem Abschied seines Vorgängers wurde am 17.3.1921 der Berliner Architekt Bruno TAUT - ebenfalls gerade 34 Jahre alt - in das Amt eines Stadtbaurates eingeführt. Für dieses Amt hatten sich insgesamt 35 Bewerber gefunden und TAUT wurde schließlich mit 39 zu 32 Stimmen gewählt und auf 12 Jahre Amtszeit verpflichtet.

Der Schüler von Theodor FISCHER und dem Städtebautheoretiker Theodor GOECKE hatte bereits Erfahrungen mit einem eigenen Architekturbüro gesammelt und sich in Magdeburg beim ersten Bauabschnitt für die Gartenstadt „Reform“ eingeführt. 1918 gehörte Bruno TAUT zu den Gründern verschiedener Architektenvereinigungen, wie der von ihm initiierten „Gläsernen Kette“ und er war zugleich Vorsitzender des Architektur-Ausschusses im 1918 gebildeten Arbeitsrat für Kunst.

Diesem jungen, begabten und sogar literarisch tätigen Mann oblag es, in Magdeburg die bereits erkannten Stadtentwicklungsprobleme der Nachkriegszeit tatsächlich in ein tragfähiges Planwerk zu überführen und vor allem die Verwaltung so umzustrukturieren, daß diese

Erde herumtritt, so kann es passieren, dass die Erde davon platt wird, und am Ende geht die Platttheit auf uns selbst über. Jede praktische und konstruktiv richtige Lösung entsteht intuitiv, ihre Wurzel lässt sich nicht blosslegen; sie ist 'das Kind im Manne'. Danach müssen auch phantastische Arbeiten aus einer gewissen Reife entstehen, die unter dem Ueberdruck elementarer Ereignisse ihre Gestaltung suchen. Diese Arbeiten ('Alpine Architektur', 'Auflösung der Städte', 'Weltbaumeister', 'Stadtkrone') sind als ein Ventil gegen den Ueberdruck feindlicher geistiger Kräfte anzusehen."

Nach einer Beurlaubung für wissenschaftliche Arbeiten und Vortragsreisen verließ Bruno TAUT Anfang 1924 Magdeburg auf eigenen Wunsch. Seine Positionen zur Stadtentwicklung hielt er im Februar 1924 in einer Monatsschrift „Der Harz“ fest:

„Die Linie der baulichen Entwicklung Magdeburgs ist, wie gesagt, vollkommen klargelegt; es ist sogar selbstverständlich, daß Magdeburg in den nächsten Zeiten diese Entwicklung verwirklichen muß, ganz gleich, ob das Trägheitsgesetz sich mehr oder minder stark auswirkt und die Realisierung auf längere oder kürzere Zeit hinausschiebt. Die geographische Lage Magdeburgs, seine naturgesetzlich bestimmte Lage als vorherrschender Industriepunkt Mitteldeutschlands, wird einmal zu einer sehr intensiven Bautätigkeit treiben, und diese Kräfte werden auch die Gestaltung herbeiführen, welche die einfache Darstellung der Funktionselemente zum Kennzeichen hat.

Gegenüber einem Lande wie etwa Holland hat die deutsche Architektur noch ungeheuerere Aufgaben nachzuholen; ein Blick in die gegenwärtige Bautätigkeit dieses kleinen Nachbarstaates zeigt, wie sich unsere Zeit mit allen unseren Gedanken und Inhalten ganz anders und neuartig wie ein frischer Quell bilden muß. Diese wird in Deutschland, wo die Verhältnisse nicht bloß materiell, sondern auch kulturell schwieriger liegen, doch eines Tages auch geschehen, und daß es in Magdeburg verhältnismäßig leicht geschehen kann, dafür liegen die besten Voraussetzungen vor. Die Stadt trägt das Gepräge einer alten Kulturstadt, doch sind diese überlieferten Bauten nicht so bestimmend in ihrer Erscheinung, daß sie der Stadt einen Museumscharakter geben, der allzusehr die Freudigkeit des Neuschaffens hemmen kann. Im Gegenteil erscheinen im ganzen gesehen die historischen Reste mehr nur als Splitter, das Stadtgebilde selbst zerstreut sich ziemlich regellos in das Land hinein und der eigentliche Organismus des späteren Magdeburg kann sich leicht bilden, unbeschwert durch hemmende Festlegungen städtebaulicher und sonstiger Natur. Die Stadt wird ihre Tendenz verwirklichen können, einmal eine Stadt zu sein, welche wirklich an der Elbe liegt.... Diese Gedanken sind

in ihrer Richtungslinie in Magdeburg nicht mehr zu beseitigen, und aus dieser Tatsache ergibt sich der notwendige Schluß, daß die Realisierung ganz gleich ob früher oder später, selbstverständlich ist. Die Gestaltung dieser Gedanken ist ebenfalls vorbereitet, im wesentlichen mehr als das, sie liegt schon zum großen Teil fertig vor, und es wird bei der Realisierung lediglich auf die Führung ankommen, auf ihre Festigkeit und Klarheit, ob das spätere Stadtgebilde so rein und unverfälscht entsteht, wie einmal das mittelalterliche Stadtgebilde Magdeburgs entstanden ist."

STÄDTEBAULICHE MODERNE UND ARCHITEKTUR DES FUNKTIONALISMUS ZWISCHEN AUFSCHWUNG UND KRISE: Stadtbaurat Johannes GÖDERITZ (1888-1978)



31 Stadtbaurat Johannes GÖDERITZ

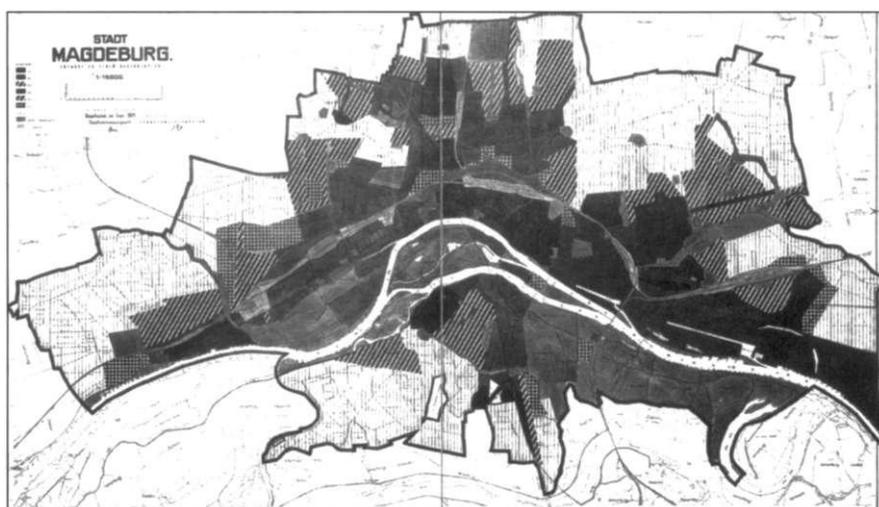
Noch 1921 holte der gerade gewählte Stadtbaurat Bruno TAUT den gleichaltrigen Johannes GÖDERITZ in das im Aufbau befindliche Stadterweiterungsamt. 1923/24 übernahm GÖDERITZ das Dezernat der Hochbauverwaltung und 1927 auch noch das Dezernat für Stadtplanung und Stadtentwicklung.

Diesen Zeitraum kennzeichnete eine überaus intensive Phase baulicher Entwicklung, an der Johannes GÖDERITZ in vielfältiger Weise beteiligt war. Als Architekt entwarf er zahlreiche kommunale Bauten und prägte damit den Ruf der „Stadt des Neuen Bauwillens“.

Gleichzeitig verlagerte sich der Wohnungsbau, nachdem er zwischen 1919 und 1924 fast zu 90% Kleinhäuser betroffen hatte, wieder auf mehrgeschossige

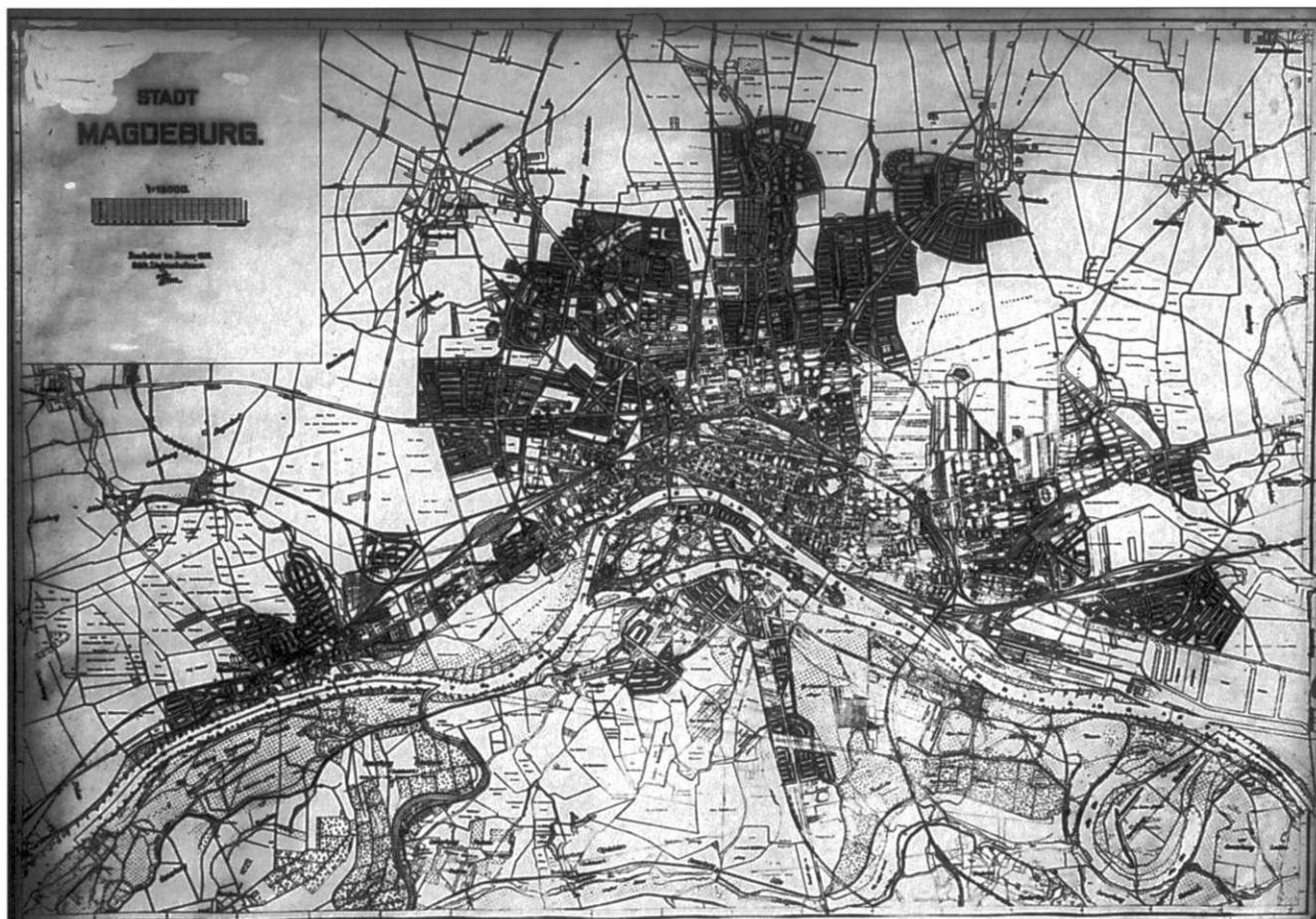
Wohngebäude in mehr oder weniger geschlossener Randbebauung. Daran knüpften sich im Zuge der ersten realisierten Magdeburger Großsiedlung und neuer genossenschaftlicher Wohnanlagen die städtebaulichen Strukturvorstellungen und Gestaltungsprinzipien der zugrundeliegenden Bebauungspläne, deren Forderungen auf das Konzept der Einzelwohnungen zurückgeführt wurden. Das betraf Himmelsrichtungen, Straßen- und Gartenanlagen, Freiräume für alle Altersgruppen und eine differenzierte Ausnutzungsziffer, die auf eine klar umrissene Gebäudetypologie des sozialen Wohnungsbaus -

entweder als Zeile mit Spännerwohnungen oder als Kleinhäuser - abzielte. War es zu Amtszeiten von Bruno TAUT noch das Bild der alten Stadt, was den Hintergrund planerischer Tätigkeit abgab, so erlebte Johannes GÖDERITZ die Materialisierung von Ideen des Neuen Bauens und Wohnens.



Entwurf für einen Bauzonenplan, 1925

Die Stadt Magdeburg veränderte sich durch die Entwicklung der Verkehrsanlagen und Infrastrukturen, wie den Bahnhöfen in Buckau und Rothensee, der Präzisierung zur Hafenerweiterung, der Neuanlegung von Brücken, der Strom-, Gas- und Wasserversorgung usw.. Alle diese Momente städtischer Entwicklung mußten



33 Generalsiedlungsplan, 1928

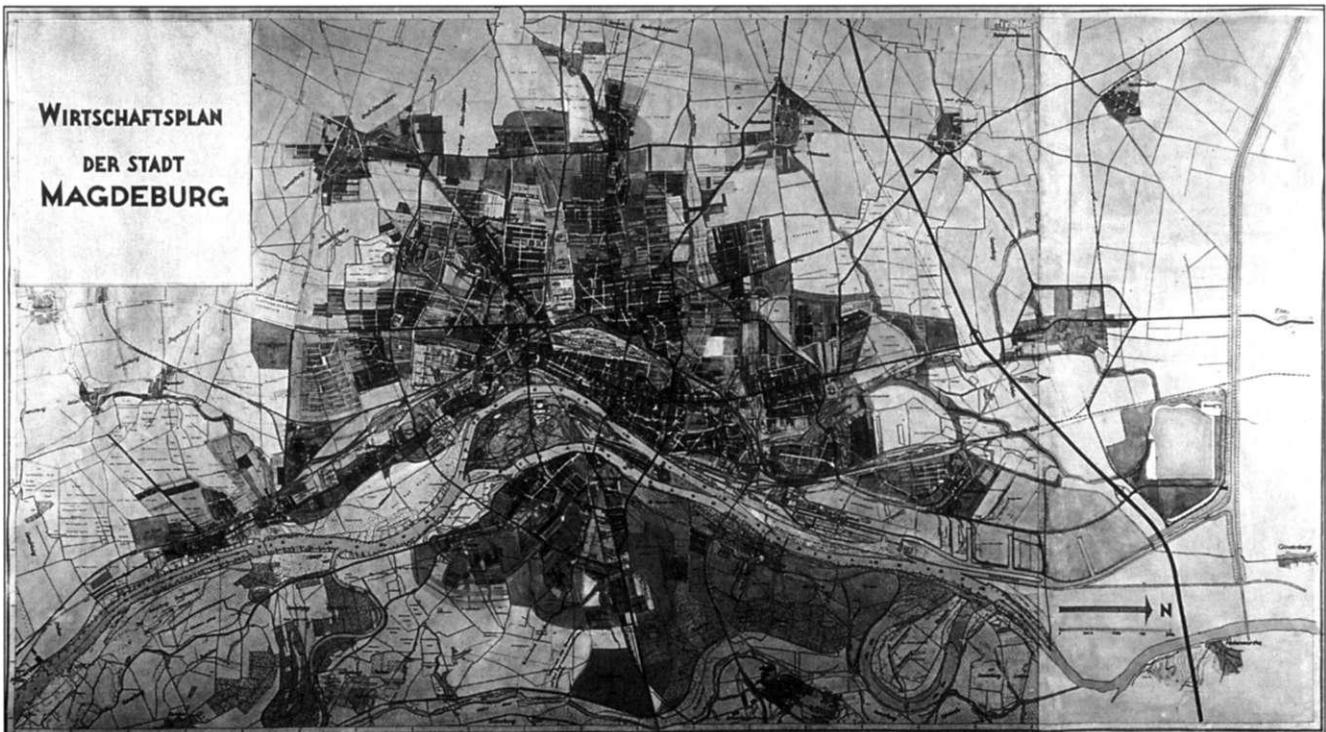
innerhalb weniger Jahre in Planungsdokumente und entsprechende rechtliche Instrumentarien, wie die 1928 neu gefaßte Bauordnung der Stadt, überführt werden (vgl. Kap. 3). Es ist das Verdienst von Johannes GÖDERITZ und dem Stadterweiterungsamt, daß aus dem Gedankengut des Generalsiedlungsplanes handhabbare Planungsaussagen entstanden. So wurde bereits 1925 der erste Entwurf für einen neuen Magdeburger Bauzonenplan vorgelegt (vgl. Abb. 32), der parallel zur Arbeit am Generalsiedlungsplan präzisiert wurde, welcher 1928 in einer endgültigen Fassung (vgl. Abb. 33) als Strukturplan die städtebauliche Entwicklung der neuen Wohngebiete, der Altstadt-sanierung, der Zitadellenbebauung und der Kanalführung vorzeichnete. Auf seiner Basis wurden verschiedene Beipläne entwickelt.

Dieses faszinierende baukünstlerische und städtebauliche Leitbild für eine ganze Stadt hat der Architekt GÖDERITZ an verschiedenen Stellen erläutert und beschrieben, u.a. in einem 1930 veröffentlichten Artikel „Das entfestigte Magdeburg“:

„Die Wandlung, die sich in Magdeburg in den letzten zehn Jahren vollzogen hat, ist in der Geschichte der Stadt, wie sich schon jetzt erkennen läßt, so bedeutend und so einschneidend, daß man fragen muß, wie dies überhaupt möglich war. ... Und so kann man wohl sagen, daß das, was im Städtebau und im Wohnungsbau wirtschaftlich und sozial notwendig war, hier zu

einem besonderen Erfolge geführt werden konnte, weil eine geistige Bewegung damit verbunden war, ja vielleicht als eigentliche Triebfeder angesehen werden kann. ... So entstand der im Jahre 1927 abgeschlossene Generalsiedlungsplan für das ganze Stadtgebiet, der nicht nur den augenblicklichen Zustand, sondern darüber hinaus auch die mögliche Entwicklung etwa der nächsten drei bis vier Jahrzehnte berücksichtigt. Da die politischen Grenzen des Stadtgebietes weiter gezogen sind, als es die für die Besiedlung in Frage kommende Fläche erfordert, ist zunächst ein Außengebiet ausgeschieden, in dem planmäßiges Bauen überhaupt noch nicht stattfindet. Die Gliederung des Planes für das Baugebiet führte nun zu einer Verfeinerung der Bestimmungen - selbstverständlich immer im Rahmen der beschränkten gesetzlichen Möglichkeiten - sowohl über die Art der Ausnutzung in Bezug auf die Höhe der Bebauung und die Inanspruchnahme der Fläche. ...

Bei der Wahl der Baustellen für den in den letzten Jahren durchgeführten Wohnungsbau waren neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch städtebauliche maßgebend. Die Möglichkeit, durch geschlossene Wohnanlagen für eine spätere Zukunft beispielgebend zu wirken, dürfte nicht ungenutzt vorübergehen. Die Einheitlichkeit großer Komplexe entspricht ja nicht nur wirtschaftlichen Anforderungen, sondern auch stadtbaukünstlerischen Wünschen. Es soll unbedingt erreicht werden, daß auch in normalen Zeiten später



35 Wirtschaftsplan 1937

ganz allgemein von der Einzelhausbebauung zur gleichzeitigen Errichtung ganzer Seiten und Baublocks übergegangen wird. Diese Frage der Wirtschaftlichkeit bei städtebaulichen Fragen wird natürlich besonders wichtig, wenn es sich um einheitliche Großbaustellen handelt, deren wirtschaftliche Bedeutung heute ja nicht mehr bestritten wird.¹⁶

**VEREINIGTE BAUVERWALTUNG UND NATIONALSOZIALISTISCHE SIEDLUNGSPOLITIK:
Stadtbaurat Julius GÖTSCH (geb. 1887)**



34 Stadtbaurat Julius GÖTSCH

Nach der Amtsenthebung von Johannes GÖDERITZ im Juni 1933 durch die Nationalsozialisten fand eine weitgehende Umstrukturierung der städtischen Bauverwaltung statt, die zu einer Vereinigung des in den 20er und 30er Jahren getrennten Hochbau- und Tiefbauamtes führte⁷ und wodurch eine politische Gleichschaltung wesentlicher Verwaltungsbereiche ermöglicht wurde. In dieser Situation wurde der seit den frühen 20er Jahren bei der Stadt angestellte Stadtbaurat Julius GÖTSCH in die verantwortungsvolle Position der Vereinigten Bauverwaltung berufen, wobei sicher sein politischer Hintergrund ausschlaggebend war.

In Anknüpfung an die Notverordnungs- und Siedlungspolitik der Krisenjahre 1931-33 und die bereits Ende der 20er Jahre begonnene Wirtschafts- und Landesplanung war dieser Teil der Verwaltung für die Umstrukturierung der Stadt Magdeburg als wirtschafts- und wehrpolitischer Schwerpunkt und Standort in Mitteleuropa zuständig. Der Verwaltungsbericht von

1937 betonte die Zusammenarbeit mit entsprechenden Parteidienststellen.

Der in der Amtszeit von Julius GÖTSCH vorgelegte Wirtschaftsplan für die Stadt Magdeburg (vgl. Abb. 35) beschrieb in Abänderung des Bebauungsplanes vor allem im Bezug auf neue und ganz anders strukturierte Siedlungsgebiete das Leitbild solcher Ziele. Der Plan enthielt die konzipierten Großsiedlungen Lindenhof und Milchweg, den Ausbau von Rothensee und anderer Wohngebiete, die vor allem den Stammarbeitern und anzusiedelnden Arbeitskräften für kriegswichtige Betriebe und Bauprojekte zur Verfügung gestellt werden mußten. Außerdem vermerkte er die inzwischen begonnene Reichsautobahn Berlin-Hannover, den Flugplatz östlich der Elbe und das präzierte Mittellandkanalprojekt.

Der Blick auf die im Kapitel 5 untersuchten Siedlungen und Wohnanlagen soll in diesem Zusammenhang nicht auf eine reine Bestandsaufnahme im Sinne der Kontinuität von Stadterweiterung in der Weimarer Republik reduziert werden. Ihre Konzeption und Realisierung stand in Verbindung mit dem Ausbau der Stadt Magdeburg als Zentrum der Rüstungsindustrie und Standort der Deutschen Wehrmacht. Leitbilder und Zielstellungen des gemeinnützigen Wohnungsbaus hatten sich damit im Vergleich zu den 20er Jahren erheblich geändert.

2.2. DAS STADTERWEITERUNGSAMT 1921-33 UND SEINE WIRKUNGSFELDER



36 *Architekt und Dezernent
Johannes GÖDERITZ*

Unter dem Druck der Wohnungsnot entstand in Deutschland ein „Neues Wohnen“ konstatierte Albert GUT 1928 in einer umfänglichen Veröffentlichung des Deutschen und Preussischen Städtetages⁸. Zugleich würdigte er den Wohnungsbau in der Zeit nach dem I. Weltkrieg als eine Leistung der Gemeindeverwaltungen, die innerhalb weniger Jahre eine organisatorische und personelle Umstrukturierung bewältigten, die mit der Erneuerung von Arbeitsinhalten,

Leitbildern, Instrumentarien und Formen der Einflußnahme auf Prozesse der Stadtentwicklung und des Siedlungswesens einhergingen. Etwa um 1912 begann in verschiedenen deutschen Kommunen der Übergang von einer sporadischen planerischen Vorbereitung der Siedlungsvorhaben in den traditionellen Verwaltungsbereichen des Bauwesens zu einer systematischen Einrichtung von Stadterweiterungsämtern, die von qualifizierten Beamten getragen wurde. Sie vollzogen in oder mit ihrer Person und ihrem Wissen einen Paradigmenwechsel über Vorstellungen und Regulative der Stadterweiterung. Waren es bis zum I. Weltkrieg vor allem ingenieurtechnische und baupolizeiliche Instrumentarien, die den administrativen Einfluß auf den überwiegend von privater Hand und zur rentablen Geldanlage realisierten Wohnungsbau ausmachten, so verantwortete die „öffentliche Hand“ ab 1918/19 aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen des Staates und der Kommunen heraus neben der juristischen Überwachung auch die Finanzierung und bauliche Realisierung von Wohnungsbauvorhaben. Hierfür waren neben planungswissenschaftlichen Erkenntnissen vor allem historisch neue Qualifikationen sowie interdisziplinäre Arbeitsformen von beteiligten Verwaltungsbeamten notwendig. Aus dem Ingenieur für Verkehrs- und Tiefbauwerke und dem Baupolizist ging der Städtebauer und Planer hervor, der neben technischen Begabungen auch künstlerische Fähigkeiten eines Architekten und Kenntnisse in Volkswirtschaft, Verwaltungstechnik und Gesetzgebung bzw. -handhabung brauchte, um Planungsgedanken für den gemeinnützigen Siedlungsbau zu formulieren und durchzusetzen.

Bereits vor dem I. Weltkrieg war als Erfahrung innerhalb der Bauverwaltungen deutlich geworden, daß die Fluchtlinienplanung in Verbindung mit Baupolizeivorschriften zu „Mindesthofgrößen“ und „Höchstgeschoßhöhen“ die Zelle der Siedlungsentwicklung, den städtischen Baublock überfrachtet und erstickt hatte⁹. Deshalb hatte sich um die Jahrhundertwende unter dem Einfluß sozialökonomischer und künstlerischer Erkenntnisse der BEBAUUNGSPLAN in Weiterentwicklung der bloßen Fluchtlinienplanung als geeignetes Instrumentarium zur Gestaltung städtischer Erweiterungsflächen herausgestellt. Städtebauwettbewerbe hatten hierfür programmatische und theoretische Ansätze geliefert. Das betraf auch zwei in Magdeburg 1912 durchgeführte Wettbewerbe für Baublöcke an der Walter-Rathenau-Straße und an der Königsborner Straße, für die ganz unterschiedliche Bebauungskonzepte im Spektrum zwischen strenger Blockrandbebauung bis zu aufgegliederten Blockrändern und integrierten Platzanlagen vorgeschlagen wurden.

Da vor allem in den wachsenden Groß- und Industriestädten der Bedarf an neuen Siedlungsgebieten nicht auf Teilbereiche beschränkt blieb, sondern die gesamte Stadtfläche in ihrer historischen und durch die Industrialisierung und Urbanisierung geprägten neuen Struktur betraf, so vervielfältigten und veränderten sich die Anforderungen an die gesamtstädtische Koordinierung der Entwicklung durch Verkehrs- und Infrastrukturplanung. Insbesondere die Baulanderschließung für den Wohnungsbau blieb kein Straßen- und Leitungsbau, sondern wurde im weiteren Sinne funktionelle und gestalterische Siedlungsplanung und im Bezug auf die Gesamtstadt und ihr Weichbild schließlich GENERALSIEDLUNGSPLANUNG.

Die in den Kommunalverwaltungen praktizierte Planung der Stadterweiterung basierte nach dem I. Weltkrieg im wesentlichen auf drei verschiedenen Ansätzen: der „klassischen Linie“ als Fortsetzung von gesetzlichen Regularien und einer Netzplanung für Verkehr und Infrastruktur, der „künstlerischen Linie“ oder „Stadtbaukunst“ mit räumlichen und gestalterischen



37 *Stadtbaumeister
Gerhard GAUGER*



38 Architekt Erich FREESDORF

Ansprüchen nach historischen oder typologischen Leitbildern, wie sie etwa die Planungen für Wien oder Paris hervorgebracht hatten, und schließlich der „ökonomischen Linie“ als Regulierung von Bebauung über den Bodenpreis. Alle drei Entwicklungslinien hatten sich in ihrem Einfluß zur Stadtentwicklung auf das Wohnen konzentriert¹⁰ und sind als Indikatoren für die

Veränderung städtischer Verwaltungsstrukturen anzusehen. Conrad RÜHL hat 1926 in einem Aufsatz den allgemeinen Prozeß des Paradigmenwechsels in der Planungskultur auf die Situation in Magdeburg Anfang der 20er Jahre bezogen:

„Die letzten 50 Jahre vor dem Krieg hatten viel städtebauliche Arbeit, viel praktische Versuche und eine schnell sich entwickelnde Spezialisierung und Differenzierung der stadtbau technischen Einzelgebiete gebracht. Daraus entstanden bald, da der zusammenfassende übergeordnete Ausgleich fehlte, Meinungsverschiedenheiten und Richtungen, zumal die Ergebnisse der praktischen Arbeit trotz einer der Menge nach noch nie dagewesenen Leistung unbefriedigend erschienen. Die Stadthygiene, die Aesthetik des Städtebaus, der Verkehr machten sich den Vorrang streitig. Die Auseinandersetzungen der Fachleute drangen in weite Kreise durch die bedeutsamen Städtebauwettbewerbe und Städtebauausstellungen von Berlin und Düsseldorf. Aber dann kam der Krieg und mit ihm ein völliger Stillstand an Stelle des bis dahin rasenden Entwicklungstempes. Allerdings ein Stillstand nur in der praktischen Ausführung, nicht in der theoretischen wissenschaftlichen Erforschung. Im Gegenteil, noch nie war so viel über städte-



39 Architekt Willi ZABEL

bauliche Fragen gesprochen und gedruckt wie in der Nachkriegszeit. Lehrbuch über Lehrbuch erschien. Städtebauliche Abhandlungen fanden mit gewisser Regelmäßigkeit in der Tagespresse Platz. Eine Akademie für Städtebau entstand und die Vorbereitung eines umfassenden Städtebaugesetzes erregte die Anteilnahme weitester Kreise. Der Gründung von städtebaulichen Lehrstühlen und Seminaren an den Hochschulen entsprach die Einrichtung städtebaulicher Aemter bei den Gemeinden. Die Aufstellung von generellen Siedlungsplänen wurde selbst für kleinere Gemeinden zur Selbstverständlichkeit. Eine Zeit der theoretischen Besinnung, der wissenschaftlichen Verarbeitung, der praktischen Versuche, der Organisierung der künftigen Arbeit, kurzum der Stadterweiterungspläne war angebrochen. ... Auch in Magdeburg ist die Zeit der Ruhe nicht ungenutzt verstrichen. In dem einige Jahre nach dem Kriege neu gegründeten **Stadterweiterungsamt** hat zuerst eine Fülle vorbereitender Arbeit geleistet werden müssen.

ZUR STRUKTUR

Innerhalb der Verwaltung der Stadt Magdeburg wurde um den I. Weltkrieg eine Veränderung des Hoch- und Tiefbauamtes vorgenommen, die schließlich zur Einrichtung eines Stadterweiterungsamtes führte. Dieser Prozeß soll im folgenden skizziert werden, soweit er sich aus den vorliegenden Dokumenten rekonstruieren ließ.

Bereits 1911 erfolgte auf Initiative des Stadtbaurates a.D., O. PETERS, eine Loslösung des städtischen Tiefbauwesens aus dem allgemeinen Baudezernat und die Einrichtung eines selbständigen Dezernates, das mit der Vorbereitung von gesamtstädtischen Projekten und stadtstrukturell relevanten Erweiterungsplanungen der Infrastrukturnetze betraut wurde. Hierzu gehörten Überlegungen zum Umbau der Güterbahnhöfe, des Haupt- und des Buckauer Bahnhofs, die Qualifizierung der Straßenverbindungen vor allem in Ost-West-Richtung und über die Elbe hinweg, die Erschließungs- und Straßenbauarbeiten für die eingemeindeten Vororte und die Entwicklung des Hafens sowie des nördlichen Industriegeländes¹². Damit hatte sich ein Bereich der Stadtverwaltung planerisch bereits auf die Entwicklung und Erweiterung der gesamten Stadt in ihren neuen Dimensionen eingestellt und entsprechende Aufgabenfelder abgesteckt.

Nach der Übernahme des Dezernates durch den Stadtbaurat Bruno TAUT am 21.7.1921 fand eine weitgehende Umstrukturierung der Hochbauverwaltung statt¹³. Es wurden vier Abteilungen gebildet: Das Hochbauamt I bereitete die größeren Neubau- und Umbauarbeiten vor und wurde ab 1924 als Entwurfsabteilung der Hochbau-



40 Architekt Heinz MEYER (Foto von X. SCHAWINSKY auf dem Dach des Rathauses)

der Architekt Conrad RÜHL (geb. 1895), der in Karlsruhe und Berlin studiert hatte und offenbar auch mit Aufgaben der Stadterweiterung, Beziehungen zum Wohnungsamt, Verbindungen zum Verein für Kleinwohnungswesen und Bauberatungsleistungen beschäftigt war. Von ihm sind zahlreiche Beiträge über Planungskonzepte in div. Publikationen aus Magdeburg überliefert. Als enger Mitarbeiter von Bruno Taut vertrat er diesen 1923 bei einer Tagung der Freien Deutschen Akademie für Städtebau. 1928 ging Conrad RÜHL in die Landeshauptmannschaft nach Düsseldorf.

Dem Hochbauamt III und späteren Stadterweiterungsamt wurden die Angelegenheiten der Stadterweiterung, des Städtebaus und des Siedlungswesens übertragen, während das Vermessungsamt alle Katasterarbeiten und die technische Bearbeitung der Stadtpläne durchführte. Bei der Auflösung des Grundstückamtes 1924 wurden die von dieser Dienststelle zu erledigenden Arbeiten dem Vermessungsamt übertragen, das schließlich die Bezeichnung „Liegenschaftsamt“ erhielt.

Die seit dem 1. August 1923 unter dem Namen „Hochbauamt III“ arbeitende gesonderte Städtebauabteilung wurde 1923 als „Stadterweiterungs- und Siedlungsamt“ abgezweigt. Das Arbeitsgebiet umfaßte die Behandlung der Bebauungspläne und der Siedlungsfragen im Zusammenhang mit auftretendem Koordinierungsbedarf zur Grundstückspolitik, zur Baupolizei, Bauberatung und zum Gartenwesen sowie die Behandlung von Verkehrsfragen, was vielleicht den interdisziplinären Arbeitsansatz dieses neuen Bereiches der Hochbauverwaltung charakterisiert. Die Abteilung begann nach ihren Aussagen neben dem eigenen Aufbau damit, das vorhandene Material über

die bestehende bauliche Entwicklung der Stadt planmäßig zu bearbeiten, statistisch zu ergänzen und zu Unterlagen für die Regelung der künftigen Stadtentwicklung aufzubereiten. 1924 wurde der aus Köln kommende Architekt Gerhard GAUGER (geb. 1896), der an der Technischen Hochschule in Braunschweig studiert hatte, als Leiter des Stadterweiterungsamtes und Verantwortlicher für Bebauungspläne nach Magdeburg verpflichtet. Neben Johannes GÖDERITZ und Conrad RÜHL gehörte er zu den wichtigsten Köpfen der neuen Verwaltungsbereiche und vertrat die Magdeburger Ansichten und Erkenntnisse hierzu u.a. bei Städtebaukongressen 1924 in Amsterdam und 1926 in Wien sowie in zahlreichen Publikationen.

Es bleibt zu erwähnen, daß der Freund und Weggefährte von Bruno TAUT, der junge und begabte Architekt Carl KRAYL (geb. 1896), der an der Kunstgewerbeschule und an der Technischen Hochschule in Stuttgart studiert hatte, Ende 1921 als Architekt bei der Magdeburger Hochbauverwaltung angestellt wurde und dort bis Anfang 1923 mit städtebaulichen Aufgaben beschäftigt war, bis er sich mit einem Projekt zum Neubau des „Weißen Bären“ (das er gemeinsam mit dem Architekten Ludwig HOFFMANN aus Berlin und Maximilian WORM aus Magdeburg für einen privaten Bauherren entwarf) 1923 als freier Architekt niederließ. In den 20er Jahren realisierte Carl KRAYL die architektonisch anspruchsvollsten Siedlungen und Wohnanlagen im Auftrag des Vereins für Kleinwohnungswesen und anderer Genossenschaften und baute einige bedeutende öffentliche Gebäude. Außerdem beteiligte er sich in überregionalen Fachzeitschriften an der Propagierung Magdeburger Architekturleistungen im Verständnis des Neuen Bauens.

Neben Dr. Fritz KNELLER nannte Johannes GÖDERITZ auch Kurt SCHÜTZ (geb. 1884), als Absolventen der Magdeburger Baugewerkeschule, sowie Walter GÜNTER und Fritz GEISLER als Mitarbeiter des Städtischen Hochbauamtes, die an der Vorbereitung und Durchführung kommunaler Bauvorhaben beteiligt waren. Bruno TAUT verwies in seinen Veröffentlichungen über die Magdeburger Zeit auf die Mitarbeit von Erich FREESDORF (geb. 1889) und Willi ZABEL (geb. 1904). Im Jahre 1925 wurde der 1905 geborene Heinz MEYER als Techniker im Hochbauamt III (Stadterweiterungsamt) angestellt, nachdem er mit dem Abschluß der Staatlichen Magdeburger Baugewerkeschule zunächst bei den privaten Architekten Paul SCHAEFFER-HEYROTHSBERGE und Bernhard LIPPSMEIER beschäftigt gewesen war. Das 1930 von Xanti SCHAWINSKY aufgenommene Porträt von Heinz MEYER (vgl. Abb. 40) entstand im übrigen auf dem Dach des Magdeburger Rathauses. Dort hatte in den 20er Jahren im obersten Geschoß das Stadterweiterungsamt seinen Sitz.



41 Im Stadterweiterungsamt (Meyer, Querdt, Worm, Rumpf, Rohleder)

Etwa für 1924 - also mit der Einführung der Hauszinssteuer - vermerkte der in diesem Zeitraum zuständige Dezernent Johannes GÖDERITZ eine stärkere Verbindung städtebaulicher Tätigkeit mit Aspekten der Wohnungsfürsorge. Die Angaben für den genauen Zeitpunkt einer entsprechenden Umstrukturierung der Verwaltung sind in diesem Punkte differierend. Der Verwaltungsbericht teilte mit, daß im Dezember 1925 die bisherige Bauabteilung des Wohnungsamtes als Wohnungsfürsorgeabteilung dem Stadterweiterungsamt angegliedert wurde, um die auf den praktischen Wohnungsbau bezogenen Arbeiten zu erleichtern und eine organisatorisch vorteilhaftere Bearbeitung der zusammengehörenden finanziellen und technischen Fragen zu erreichen. Der Leiter der gebildeten Wohnungsfürsorgeabteilung, der Nationalökonom Dr. Gerhard WEISSER, berichtete 1926 im Magdeburger Amtsblatt, daß der sich verselbständigende Bauabteilung aus dem Wohnungsamt auf Grund ihrer engen Verbindung zu den Stadterweiterungsplänen insofern Rechnung getragen wurde, als daß im Haushaltsplan 1926/27 eine Zusammenfassung von Städtebauabteilung und Wohnungsfürsorgeabteilung zum Stadterweiterungsamt vorgesehen wurde. Dieses Amt erhielt einen eigenen Etat, in dem alle Ausgaben der Stadt zur Förderung des Wohnungsbaus zusammengefaßt waren, u.a. sogar die Mittel zum Erwerb von Wohnungsbaugelände durch das Liegenschaftsamt.

Der Wohnungsfürsorgeabteilung wurde eine „Kleinwohnungskommission“ beigegeben, die sich aus sachkundigen Angehörigen des Magistrats, Stadtverordneten und Vertretern der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zusammensetzte.

Bleibt festzuhalten, daß nach einer Übergangsphase zwischen 1933 und dem 1. Oktober 1935 die bis dato selbständige Bebauungsplanungsabteilung aus sogenannten „organisatorischen“ Gründen als Städtebauabteilung wieder dem eigentlichen Hochbauamt unterstellt wurde. Ihr langjähriger Leiter, Gerhard GAUGER, enthielt sich einer Mitgliedschaft in der NSDAP und mußte das Liegenschaftsamt übernehmen. Er sah sich mit zahlreichen Auseinandersetzungen über seine Baugesinnung in den 20er Jahren konfrontiert, die bei seiner Beteiligung an Entwürfen für den Verein für Kleinwohnungswesen zum Ausdruck gekommen war.

Weiterhin verfügte der Oberbürgermeister von Magdeburg, Dr. MARKMANN, im Zuge der einheitlichen Verwaltung der Aufgaben der Städteplanung und der Wohn- und Siedlungspolitik am 1. Januar 1936 die Angliederung des Wohnungsfürsorgeamtes an das Dezernat der Vereinigten Bauverwaltung unter Julius GÖTSCH.

Das Aufgabenprofil hatte sich im Vergleich zu den Zielstellungen der Umstrukturierungsphase nach dem I. Weltkrieg eindeutig verändert und betraf nun die „städtebauliche Disposition für die Einordnung neuer Anlagen und Industriebetriebe in den Stadtraum sowie die siedlungspolitische Fürsorge für den hierfür notwendigen Wohnungsbau“, der nicht mehr mit der Behebung von Wohnungsnotstand, sondern mit wirtschaftspolitischen Vorgaben in Verbindung gebracht wurde. Innerhalb der Bauverwaltung wurden darüberhinaus „Sonderaufgaben“ deklariert, die neben großen Infrastrukturprojekten auch die künstlerische Gestaltung der nationalen Feiertage, wie des 1. Mai als Tag der Arbeit, des Erntedankfestes und anderer Großveranstaltungen in der Stadthalle umfaßten.

ZU DEN ARBEITSGEBIETEN

Bis 1932 vermerkten die Magdeburger Adreßbücher die beschriebene Struktur der Hochbauverwaltung unter dem Dezernat von Johannes GÖDERITZ mit dem Hochbauamt I (Entwurfs- und Neubauabteilung), dem Hochbauamt II (Bauunterhaltung und Schätzabteilung) und dem Stadterweiterungsamt (Städtebau, Bebauungspläne, Bauberatung, Beratung für Siedlungsvorhaben und Landesplanung).

Dem letztgenannten Bereich kam dabei im Zusammenhang mit der planerischen Vorbereitung und Konzeption des gemeinnützigen Wohnungsbaus und der in einem überaus kurzen Zeitraum realisierten neuen Siedlungen eine besondere Stellung zu, die sich im Selbstverständnis der dort tätigen Architekten und ihren interdisziplinären Arbeitsergebnissen (vgl. hierzu auch Kap. 3 und 4) niederschlugen. Stadterweiterung wurde in Magdeburg als „Generalsiedlungsplanung“, d.h. als Arbeit im Übersichtsmaßstab verstanden, der zugleich Grundlage für die „Detailarbeit“ (den Städtebau) wurde. „Städtebau ist“ - so schrieb Johannes GÖDERITZ 1930 - „der Schnittpunkt aller Belange, die das räumliche Gebilde der Gemeinschaft formen“, so daß die Arbeit daran die eines gestaltungsbegabten Technikers sei, der damals noch

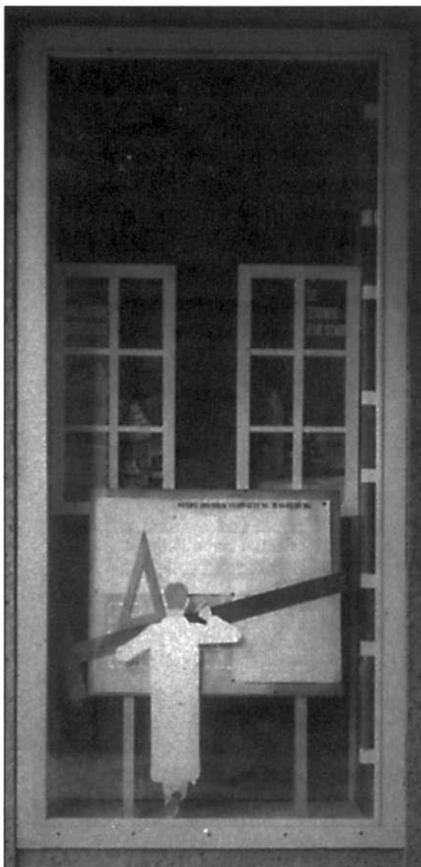
Architekt genannt wurde, für den man sich aber vielleicht einen zeitgemäßerer Namen vorstellte. Ein Blick auf die Arbeitssituationen im Magdeburger Stadterweiterungsamt der 20er Jahre (vgl. Abb. 41) und auf eine Werbeinstallation zum Thema Städtebau in einer Ausstellungsvitrine der Stadthalle im Rotehornpark (vgl. Abb. 42) mag die Attribute und Momente der Tätigkeit im Stadterweiterungsamt auf etwas plakative, aber sinnfällige Weise wiedergeben. Neben der ingenieurtechnischen Gestal-

tungsarbeit am Reißbrett und für das Detail bedurfte es bei der Entwicklung von raumgreifender Planung der intensiven Kommunikation und Abstimmung sowie der „Übersetzung“ von Planungsvorstellungen in handhabbare Vorschriften und tragfähige baupolitische Entscheidungen. Dabei wurde immer wieder auf den wissenschaftlichen Anspruch städtebaulicher Tätigkeit verwiesen und Johannes GÖDERITZ konstatierte im Gegensatz zu seinem Vorgänger Bruno TAUT, der Phantasie beschworen hatte, daß sich der Städtebau vom Gefühlsmäßigen immer mehr zur Wissenschaft entwickelt und Normen definieren muß, deren Durchführung wirtschaftlich kontrollierbar seien.

Die Arbeit am Generalsiedlungsplan und seiner Detaillierung stand deshalb mit der Neugestaltung der Bauordnung im Zusammenhang. Ein weiteres Hauptarbeitsgebiet des Stadterweiterungsamtes bildete die Aufstellung einer großen Zahl von Bebauungsplanentwürfen, die für besondere Bauvorhaben oder die Regelung von Grundstücksangelegenheiten erforderlich waren. Neben den Siedlungskonzepten (vgl. z.B. Abb. 43) kam es mehrfach zu Bebauungsplänen im öffentlichen Feststellungsverfahren, die wegen der Erweiterung von Industrieunternehmen oder auf Flächen außerhalb des Magdeburger Gemeindegebietes als notwendig erachtet wurden, weil sich hier die Ansätze und der Planungsumgriff des Generalsiedlungsplanes unmittelbar auswirkten bzw. ein relativer Baubedarf signalisiert wurde.

Darüberhinaus wurden seit Mitte der 20er Jahre die ersten Schritte getan, um im Sinne einer umfassenden Landesplanung die Mitarbeit Magdeburgs an den großen Fragen der durchgehenden Verkehrs- und Wasserstraßen innerhalb des Siedlungsverbandes für den Mitteldeutschen Industriebezirk sicherzustellen. Zunächst spielten dabei Konzepte der Heranführung des Mittellandkanals an die Stadt eine initiiierende Rolle bis schließlich Anfang der 30er Jahre umfassendere Wirtschaftplanung im Sinne von Raumordnung dieses Arbeitsgebietes charakterisierte.

Die Integration der Wohnungsfürsorgeabteilung in das Stadterweiterungsamt ermöglichte neben der qualitativen Vorbereitung von Siedlungs- und Wohnungsbauvorhaben durch Bebauungspläne und Wohnungsgrundrisse auch eine quantitative Planung des Wohnungsbaus im Sinne von Bodenpolitik und der Verteilung verfügbarer öffentlicher Investitionen durch die Hauszinssteuermittel (heute würde man sagen: „Fördermittel“). Dieses Geschäft lag damit in wenigen Händen der Stadtverwaltung und war Ausdruck einer echten Selbstverwaltung. Ausgehend von statistischen Untersuchungen zum Wohnungsbestand und der Wohnungsversorgung der ansässigen Bevölkerung wurden sowohl überregionale und staatliche Erhebungen - wie z.B. die Reichswohnungszählung 1927 -



42 Vitrine des Hochbauamtes an der Stadthalle, 1930



43 Teilbebauungsplan Wilhelmstadt 1925 aus dem Stadterweiterungsamt

als auch interne Ermittlungen für den Wohnungsbedarf vorgenommen. Diesen wurde das verfügbare Finanzvolumen aus den Hauszinssteuermitteln und dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds gegenübergestellt, so daß unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation beteiligter gemeinnütziger Wohnungsunternehmen jährliche BAUPROGRAMME zusammengestellt werden konnten, die mit den Realisierungszahlen verglichen wurden:

Jahr	WE geplant	WE realisiert	Wohnungsgröße	Hauszinssteuermittel
1924	522	252	66,98 qm	2 400 000 RM
1925	1014	428	66,49 qm	3 700 000 RM
1926	1181	1195	62,91 qm	4 500 000 RM
1927	1600	1287	66,00 qm	5 500 000 RM
1928	1600	1685		5 500 000 RM
1929	1600	1217		

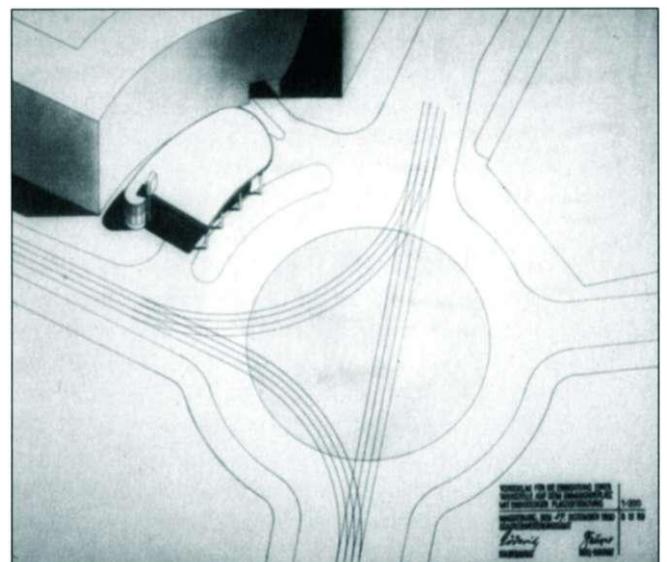
Ab 1927 ging man in den aufgestellten Bauprogrammen offenbar von etwa 1600 neuen Wohnungen jährlich aus, so daß sich die Dimensionen der präzisierten Bebauungspläne (vgl. Kap. 3) erklären lassen. Allerdings wurden um 1930 auf Grund der sich auswirkenden Wirtschaftskrise diese Programme nicht mehr erfüllt, so daß realisierte Konzepte Fragment blieben und die Wohnungsfürsorge von Zäsuren und Umorientierungen hinsichtlich des ge-

förderten Wohnungsstandards geprägt wurde.

Der Verfahrensweg gestaltete sich in der Regel so, daß vom Hochbauamt anhand des Generalsiedlungsplanes zusammen mit dem Wohnungsfürsorgeamt die potentiellen Baustellen ausgewählt wurden und dann unter Berücksichtigung der Belange in Frage kommender Baugenossenschaften die Beschaffung des Baulandes erfolgte, wobei häufig Zeitverzögerungen im Verfahren auftraten, wie Johannes GÖDERITZ berichtete.

In ganz erheblichem Maße war das Stadterweiterungsamt mit Bauberaterungen beschäftigt, die vor allem bei den Wohnungsbauten hinsichtlich der Grundrißlösungen und der architektonischen Gestaltung der Gebäude geleistet wurde. Gerhard GAUGER sah bereits 1926 nach den ersten realisierten Beispielen den Erfolg der neuen Baugesinnung in Magdeburg genau in dieser Verfahrensweise, die eine direkte Architektentätigkeit der Mitarbeiter des Stadterweiterungsamtes betraf und die als Argumentation häufig publiziert und propagiert wurde.

Außerdem wurde die Gewährung von Zuschüssen für die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen an die nachweisliche Hinzuziehung von Architekten oder die direkte Verwendung von Entwürfen aus dem Stadterweiterungsamt gebunden. Sogar bei privaten Bauvorhaben wurde den Bauherren eine Zusammenarbeit mit qualifizierten Architekten empfohlen, die vor allem bei Stadt-



44 Tankstellenentwurf Damaschkeplatz 1931



45 Reklameuhr Hasselbachplatz 1930

bildprägenden Bauten künstlerischen Ansprüchen genügen sollten. So finden sich auf zahlreichen Bauunterlagen oder Entwurf gebliebenen Projekten die Signien des Stadterweiterungsamtes und seiner Mitarbeiter. Für die in den 20er Jahren realisierten kommunalen Bauten (vgl. Kap. 6) zeichneten fast ausschließlich Johannes GÖDERITZ und seine Kollegen verantwortlich, so daß eine konsequent moderne Baugesinnung durchsetzbar waren.

Die Auseinandersetzung über eine einheitliche und angemessene Gestaltung des Stadtbildes hinsichtlich der Hausanstriche oder der Verwendung von Firmenreklame wurde bereits zu Amtszeiten von Bruno TAUT thematisiert, der das Wesen der Reklame gewissermaßen als „die für das Gehör lautlos auftretende Form des Straßenrufers oder einen Lärm nicht für die Ohren, sondern für die Augen“ charakterisierte. Mit dem Verweis auf eine von ihm schon 1921/22 schriftliche fixierte Richtlinie formulierte er Zusammenhänge zwischen den Gebäudefassaden und betreffenden Reklamegestaltungen, wobei er als existentes Rechtsinstrument das Ortsstatut der Stadt Magdeburg vom 6. Mai 1909 anführte, das in seinem § 5 die Anbringung von Reklameschildern, Schriftzügen und Schaukästen mit einer baupolizeilichen Genehmigungspflicht belegte und die eine Verunstaltung des öffentlichen Stadtbildes verhindern sollte. Allerdings sei nach TAUTs Auffassung ein polizeiliches Veto kontraproduktiv, wenn nicht Anregun-

gen zu einer besseren Gestaltung damit verbunden würden und er appellierte an die Einsicht aller nach Gestalt strebenden Kräfte.

Wenige Jahre später griff Gerhard GAUGER als Leiter des Stadterweiterungsamtes in einem Manuskript „Der Weg der Außenreklame in Magdeburg“ die Thematik wieder auf und beschrieb die Erscheinungen von massenhafter Reklame inzwischen als „Einbruch amerikanischer Wirtschaftsformen“. Er konstatierte sie als wichtigen Faktor im Bilde der Großstadt und ihrer City und empfahl die Arbeit von anerkannten Künstlern oder modernen Architekten bei der Gestaltung von stadtbildprägenden Reklameprojekten. Dabei erwähnte er einen prüfenden Beirat aus kompetenten Vertretern in der Stadt, deren Rat bei Gestaltungsvorhaben Gewicht haben sollte. In der Städtebauabteilung des Stadterweiterungsamtes hatte man sich zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach mit der Bearbeitung und Betreuung von Reklameprojekten befaßt, um durch „gutes Beispiel“ die Richtung anzugeben. Im Oktober 1929 richtete das Stadterweiterungsamt schließlich einen Entwurf zur „Einschränkung vorübergehender Reklame“ an die zuständige Baupolizei, die genaue Vorgaben über die Art, Größe und Anbringung von Flächenreklame enthielt.

Die Mittel des Stadtdesigns gewannen für die Gestaltung öffentlicher Räume Ende der 20er Jahre in Magdeburg



46 Geschäftswerbung nach Bauberatung 1930

praktische Bedeutung. Für Reklameträger, die Verkehrsführung und Typographie entstanden im Stadterweiterungsamt oder in dessen Auftrag verschiedene Entwürfe, z.B. die Konzeption von ca. 35 Tankstellen für das gesamte Stadtgebiet, beleuchtete Wegweiser von Walter DEXEL (1928-1935 Lehrer für Graphik an der Magdeburger Kunstgewerbeschule) oder von Johannes MOLZAHN entworfene Ausstellungsplakate und Schriftzüge (vgl. Abb. 44-46). In der beschriebenen Verfahrensweise zur Auseinandersetzung über gestalterische Aspekte des Stadtbildes und seiner Architektur sowie in der praktizierten Handhabung solcher Vorschläge zeigten sich die Kraft und der Einfluß von Architekten und Gestaltern des zuständigen Amtes in besonderem Maße.

LICHTBILDNEREI UND AUSSTELLUNGSWESEN

Planungsgeschichte und Architekturentwicklung der Zeit zwischen Jahrhundertwende und den 1930er Jahren sind in Magdeburg als Bild überliefert, weil fast wie ein Wunder der Negativbestand weitgehend erhalten blieb, den die Lichtbilderei des Hochbauamtes in den 20er Jahren angelegt und systematisiert hatte. Er umfaßt neben zahllosen Reproduktionen von Planfassungen und Zeichnungen vor allem Architektur fotografien und Dokumente von historisch bedeutsamen und zeitgenössischen alltäglichen Situationen in der Stadt. Die bereits vor dem I. Weltkrieg begonnene Ablichtung von repräsentativen Bauvorhaben, in Veränderung begriffenen Stadträumen und ersten Siedlungsanlagen stammte dabei zu großen Teilen von einem Fotografen ALBRECHT⁴. Die nicht genau datierbare Verstärkung der bereits existierenden photographischen Abteilung des Hochbauamtes durch die Tätigkeit des Fotografen Paul VOHLEITNER¹⁵ bewirkte schließlich den Aufbau eines regelmäßigen Bilder-



47 Fotograf ALBRECHT

dienstes für verschiedene Bereiche der Magdeburger Stadtverwaltung. Ein Rundschreiben vom 20.12.1925 mit seiner Unterschrift teilte mit, daß unter Fortsetzung einer bis dato vorgenommenen Inventarisierung bereits belichteter Platten neue Aufnahmen eingearbeitet würden und daß entsprechende Bildbestellungen über das Sekretari-

at des Hochbauamtes zu erfolgen hätten¹⁶. 1928 vermerkte der Verwaltungsbericht der Stadt Magdeburg einen Bestand von über 1000 Bildern, von denen 80 zu einer Reihe mit gedrucktem Vortrag zusammengefaßt waren, die an Schulen und Vereine verliehen wurde. Die Anfertigung von Bilddoku-



48 Fotograf VOHLEITNER

menten erfolgte häufig auf Anforderung verschiedener kommunaler Betriebe und Einrichtungen, wie .z.B. des Gaswerkes, des Krankenhauses Sudenburg oder von der Bauleitung des Großkraftherkes MIKRAMAG. Außerdem gingen in der Lichtbilderei immer wieder Bestellungen von Abzügen für Vorträge oder Artikel der Dezernenten und Magistratsbaurate ein. 1931 hatte die Lichtbilderei sogar den Auftrag, sämtliche städtische Wohlfahrtsempfänger zu porträtieren.

Es ist zu vermuten und kann in verschiedenen Publikationen¹⁷ belegt werden, daß die anspruchsvollen Architekturfotos vor allem von Paul VOHLEITNER stammen, der als Berufsfotograf den Zeiteinflüssen unterlag, so daß Vergleiche mit dem Werk seiner bekannteren Zeitgenossen zulässig sind. So können z.B. Beziehungen zu der zwischen 1926 und 28 im Bauhaus Dessau tätig gewesenen Fotografin Lucia MOHOLY angenommen werden¹⁸.

Architektur gehörte zu den ersten Objekten der Fotografie¹⁹, die bereits kurz nach ihrer Erfindung für archäologische und kunstgeschichtliche Zwecke benutzt wurde. Gegen Ende des 19. Jahrhundert entwickelte sich eine auf Amateure übergehende Tradition der Reisefotografie, deren Gegenstand in der Regel ebenfalls Gebäude oder Landschaften waren, die als Beleg für Studienzwecke und in der Architekturausbildung schließlich als Vorbild und Anregung dienten. Um die Jahrhundertwende fanden die ersten Gründungen von Bildarchiven statt, die vor allem wissenschaftlichen Zwecken oder einer systematischen Erfassung von regionalen Architekturentwicklungen und Baustilen im Sinne einer Inventarisierung dienten, wie sie z.B. die 1885 gebildete Preußische Meßbildanstalt als Wirkungsstätte von Albrecht MEYDENBAUER verfolgte. In dieser Tradition ist auch die Einrichtung der Lichtbilderei im Magdeburger Hochbauamt nach dem I. Weltkrieg zu sehen. Bis dato hatte die Architektur fotografie eine dokumentierende und fast anonyme Rolle gespielt.

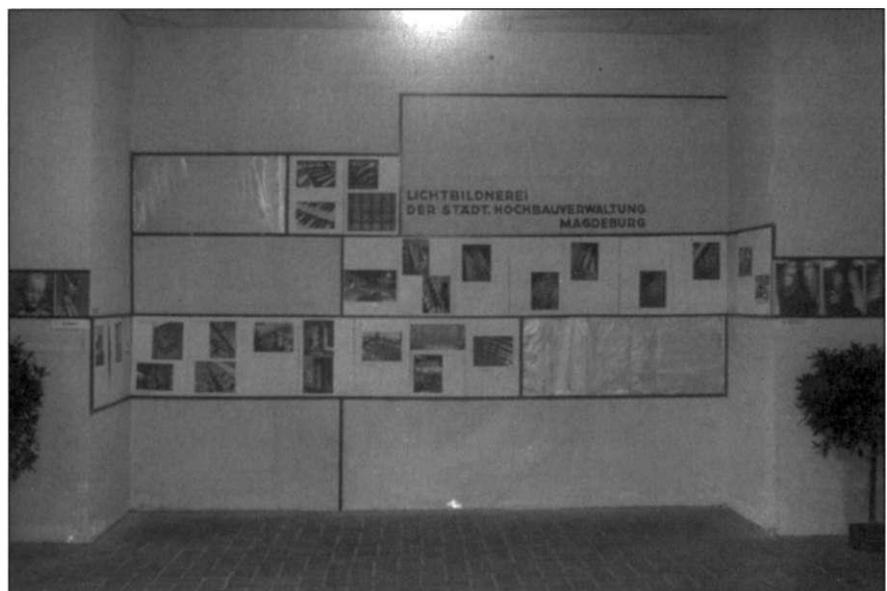


49 Aufnahme in der Rötgerstraße 1925

In den 20er Jahren fand sie zunehmend Verwendung in Zeitschriften, Büchern oder Broschüren und avancierte zum Werbemittel für Architektur und Argument für kommunale Politik. Damit erhöhte und differenzierte sich der künstlerische Anspruch an Fotografie. Für die rationale Formensprache der neuen Architektur wurden Details und Kubaturen wesentliche Bestandteile, denen Fotos zum Ausdruck verhelfen sollten. Fanden sich unter den Aufnahmen von Gebäuden vor dem I. Weltkrieg vorwiegend einzelne Gesamtansichten, so wurden von den neuen kommunalen Bauten und den ersten Siedlungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in den 20er Jahren Bildserien mit mehreren Sichten und verschiedenen Details angefertigt²⁰. Mit dem Verweis auf die ästhetischen Ansprüche an Bilder von Paul VOHLEITNER aus der Siedlung an der Großen Diesdorfer Straße schrieb der Leiter des Magdeburger Stadterweiterungsamtes Gerhard GAUGER, in einem Beitrag²¹:

„ Der typisierte und klare Inhalt der Fläche im Zusammenhang mit ihrer absolut ebenen Oberfläche ist die eigentliche Begründung für die Geradlinigkeit und geometrische Exaktheit ihrer horizontalen Aufteilung und ihrer vertikalen architektonischen Struktur. Die Nüchternheit bleibt als bändigendes Prinzip allen Wünschen der Phantasie gleichgeordnet, die in der sparsamen Verwendung der Farbe und in der gewollten - weil raumbildenden - Versetzung einzelner Hauseinheiten zu ihrem Recht kommt.... Das statische Prinzip der in sich ruhenden Wohnstraße fordert Unterstützung der geschlossenen räumlichen Wirkung. Für die formale Gestaltung war die Lösung der Proportionen, das Verhältnis von Fläche zu Öffnung, Vorsprung zu Rücksprung, obere und seitliche Begrenzung der offenen Räume die Hauptaufgabe. ... Die Bilder sollen einmal die Möglichkeit des Vergleichs mit den Formungsprinzipien geben, sollen aber außerdem in ihrer besonderen Auswahl auf die Möglichkeit der raumbildenden Kraft des Lichtes und der Schatten aufmerksam machen und auf die auch bei kubischen Baukörpern möglichen starken malerischen Wirkungen.“

Eine zeitgenössische Würdigung ihres künstlerischen Beitrages erfuhren die Magdeburger Fotografen durch die Gestaltung einer eigenen Ausstellungsboje der Lichtbildnerei des Hochbauamtes zur Ausstellung „Photographie der Gegenwart“ (vgl. Abb. 50), die als Wanderausstellung des Folkwang-Museums Essen im Februar 1929 begann und im Dezember 1929 mit einem Vortrag von Laszlo MOHOLY-NAGY zum Thema „Photo und Film der Zukunft“ in Magdeburg eröffnet wurde²². Diese Schau vermittelte Einblick in die Spezialisierung der Berufsfotografie, wo neben Architektur, Reproduktion und Porträt auch künstlerische Aspekte des „Neuen Sehens“ und



50 Koje Lichtbildnerei des Magdeburger Hochbauamtes zur Ausstellung „Photographie der Gegenwart“ 1930



57 *Porträt Xanti SCHA WINSKY 1930*

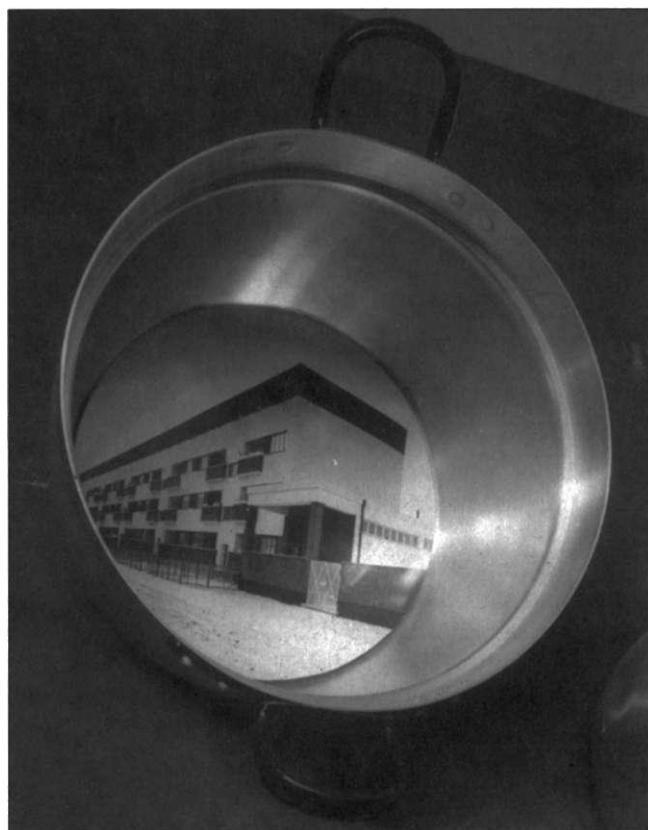
Bildexperimente eine wachsende Rolle spielten. Bleibt zu erwähnen, daß neben Paul VOHLEITNER ein freier Fotograf Rudolf HATZOLD in Magdeburg tätig war, der als offizieller Presse-Fotograf der Deutschen Theaterausstellung 1927 in seinem Briefkopf mit Industrie-, Architektur- und Innenraumfotografie warb²³. Er arbeitete häufig im Auftrag von Carl KRAYL und dokumentierte dessen Siedlungen an der Jordanstraße und auf dem Banckschen Gelände, die 1930 in der Bauwelt publiziert wurden.

Ende 1929 wurde die offenbar bereits existierende Graphische Abteilung der Hochbauverwaltung, zu der die Lichtbildnerei gehörte bzw. Zuarbeiten leistete, an das Stadterweiterungsamt angegliedert. Zu ihren Arbeitsgebieten gehörte die Herstellung von Ausstellungsmaterial über Magdeburg, die Gestaltung von Broschüren²⁴ und der laufende Bilderdienst für das Magdeburger Theater, der die graphische Bearbeitung aller mit ihm zusammenhängenden Druckerarbeiten, wie Plakate, Prospekte und eine eigene Publikation umfaßte. Diese Zeitschrift „DAS STICHWORT: Magdeburger Blätter für Bühne, Musik und gestaltende Arbeit“ erschien zwischen August 1930 und Juni 1931 in insgesamt 18 Ausgaben und beschäftigte sich als Verlautbarung der Stadt mit zahlreichen u.a. die Erneuerung des Stadtbildes und Siedlungswesens oder die Alltagskultur betreffenden Themen²⁵, zu denen vor allem Johannes GÖDERITZ Beiträge verfaßte, die mit Fotos der Lichtbildnerei illustriert wurden. Hier lassen sich Parallelen zu einer Zeitschrift „Der Kreis“ in Halle oder zu den ab Dezember 1926 erschienen Heften „bauhaus“ aus Dessau und in gewisser Hinsicht auch zu der von Ernst MAY als Stadtbaurat von Frankfurt / Main herausgegebenen überregional erscheinenden Zeitschrift „Das Neue Frankfurt“

(1926-32) / „die neue Stadt“ (1932-33) herstellen, die als Monatsschriften mit einem ähnlichen Themenspektrum und avantgardistischer Typographie und Gestaltung im Sinne kultureller Erneuerung an die Öffentlichkeit traten.

Die Arbeit der Graphik-Abteilung des Magdeburger Hochbauamtes wurde ganz wesentlich von ihrem Leiter, dem Bauhaus-Absolventen Xanti SCHAWINSKY (1904-1979) geprägt, der vom Oktober 1929 bis November 1931 als Gestalter und Fotograf hier eine äußerst intensive und ergiebige Phase seines künstlerischen Schaffens erlebte. Dem Freund von Walter GROPIUS und Schüler von MOHOLY-NAGY, Paul KLEE und Herbert BAYER sind

innovative Impulse für das Magdeburger Ausstellungswesen zuzuschreiben, die gestalterisches Neuland sowie einen virtuosen und manchmal auch erstaunlich respektlosen Umgang mit Bildmaterialien (vgl. Abb. 52) und Informationen bedeuteten, wie sie zum Ende der 20er Jahre nach einer intensiven Bautätigkeit von verschiedenen Siedlungen in Magdeburg vorlagen.



52 *Ausstellungsdetail nach X. SCHAWINSKY*



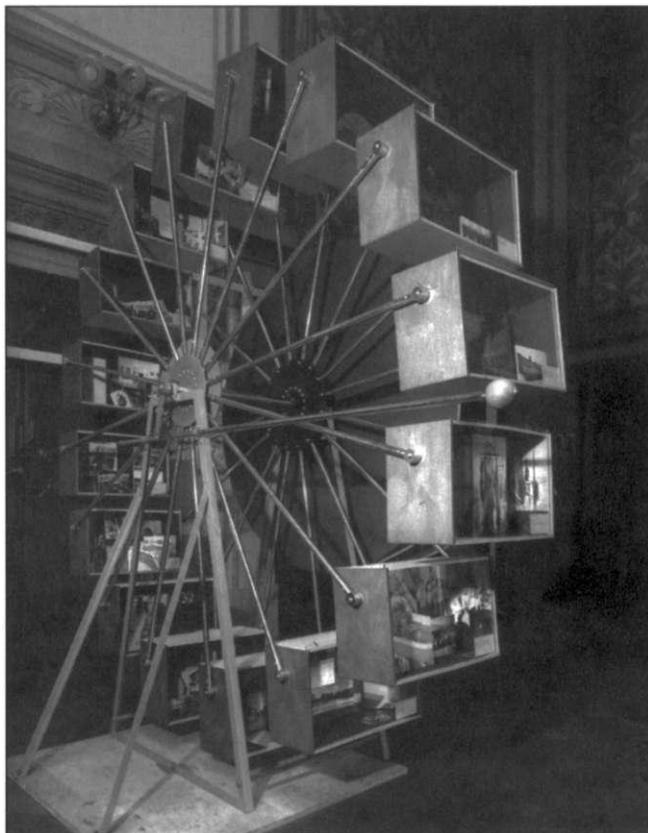
53 Werbeträger von Hochbauverwaltung und Wohlfahrtsamt 1931

angesichts der Tatsache, daß Magdeburg landschaftlich weniger bevorzugt ist als manch andere Großstadt und mit Rücksicht auf die wenig günstige Beurteilung, die das Geistesleben der Stadt zuweilen bei Außenstehenden gefunden hat - so konstatierte der zuständige Stadtrat Dr. Siegfried KLEWITZ 1929 - „mag die Behauptung überraschen, daß Magdeburg als FREMDEN- UND VERKEHRSTADT eine gewisse Bedeutung für sich beansprucht und jährlich ca. 130 000 Besucher nachweisen konnte.“¹⁶⁶

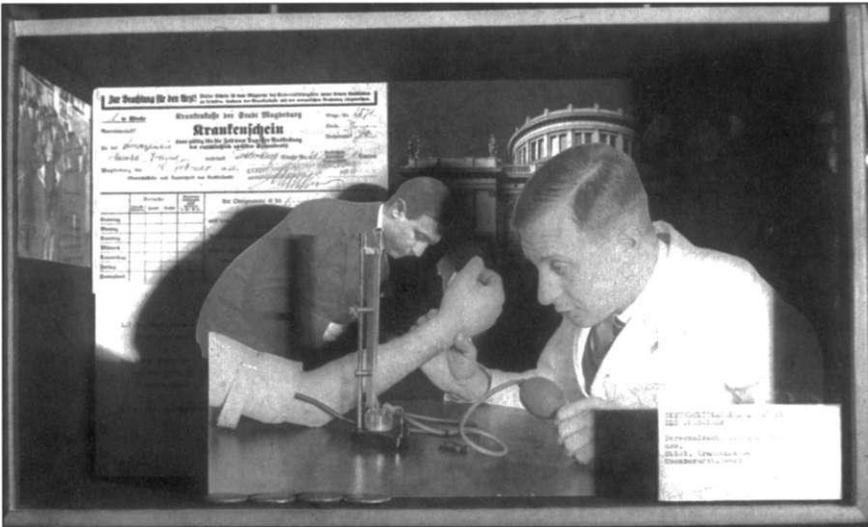
Das war vor allem durch die Existenz eines eingeführten und bereits überregional bekanntgewordenen Ausstellungsgeländes im Rotehorn-Park begründet. Schon vor dem I. Weltkrieg erfolgten hier in Fortsetzung der traditionellen Gewerbeausstellungen konzeptionelle Überlegungen für eine Ausstellung²⁷ von mitteldeutschen, auf die Preußische Provinz Sachsen bezogenen Leistungen des Gewerbe und Siedlungswesens, die 1916 präzisiert wurden. Kein Geringerer als der Architekt Peter BEHRENS hatte die ersten Pläne zur Gestaltung des Ausstellungsgeländes vorgelegt. 1919 nahm ein Carl MILLER den Ausstellungsgedanken wieder auf und brachte die Wohnungsnot der Heimkehrer und den allerorts diskutierten Siedlungsgedanken mit der Planung einer Waldkolonie nach dem Vorbild der Gartenstadt ins Gespräch. Das Projekt für 52 Kleinhäuser auf dem Kommandantenwerder kam schließlich nicht zustande. Im Auftrag der am 19.2.1920 gegründeten „Mitteidetschen Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit G.m.b.H.“ nahm ein Büro die Arbeit an einer weiteren Gesamtkonzeption auf, bis schließlich 1922 die als MIAMA bezeichnete Ausstellung zwischen Juli und Oktober statt-

fand, zu der sogar Reichpräsident HINDENBURG zu Besuch kam. Auf der Ausstellung gab es eine spezielle Abteilung „Siedlung“, an deren Vorbereitung der Kleinwohnungsausschuß der Stadt und die Mitteldeutsche Heimstätte beteiligt gewesen waren. In Regie der weiter bestehenden Mitteldeutschen Ausstellungs-Gesellschaft wurden 1925 die Ausstellung „ZUCKER“ als Präsentation der Börde-Landwirtschaft und 1927 die Deutsche Theater-Ausstellung konzipiert, die Magdeburg als Ausstellungsstadt überregional bekanntmachte. In nur wenigen Monaten wurde aus Anlaß dieser Schau nach Entwürfen von Johannes GÖDERITZ und Prof. ALBINMÜLLER eine große Ausstellungs- und Kongreßhalle sowie ein Aufsehen erregender Ausstellungsturm auf dem Rotehorn-Gelände errichtet, so daß die Voraussetzungen für die Durchführung von Großveranstaltungen in Magdeburg

gegeben waren und 1929/30 Sitzungen des Deutschen Städtetages, der Katholikentag und ein SPD-Parteitag dort stattfanden. In dieser Halle wurden zahlreiche interessante Ausstellungen durchgeführt, die sich mit den Themen Woh-



54 Werbeträger zur Hygiene-Ausstellung Dresden 1930



55 Detail (Entwurf X. SCHAWINSKY)

nungsbau und Siedlungswesen in ganz unterschiedlicher Form beschäftigt.

Nachdem 1928 noch eine Rundfunkausstellung und eine Küchenausstellung unter dem Titel „Der zweckmäßige Haushalt“ absolviert worden war, trat an die Stelle der Mitteldeutschen Ausstellungsgesellschaft das neugebildete städtische Amt für Siedlungswesen. In seiner Regie sowie unter Mitwirkung und gestalterischer Tätigkeit der Graphik-Abteilung des Hochbauamtes wurden u.a. folgende Ausstellungen veranstaltet, die teilweise als Wanderausstellungen in Magdeburg gezeigt und erweitert wurden:

DIE FRAU (1929): als Veranstaltung des Magdeburger Hausfrauenverbandes, die sich mit weiblichem Erwerbsleben, dem Haushalt und seiner Technik und der Einführung von neuen Haushaltsgeräten in den Wohnungen beschäftigte (vgl. Abb. 56);

SPARERFOLG UND EIGENHEIM (1930): als Auftrag der öffentlichen Bausparkasse und der Mitteldeutschen Landesbank, für die vor allem Statistiken aufbereitet, Grundrißbeispiele präsentiert und Gebäudemodelle gefertigt wurden, die schließlich auf anderen Ausstellungen mehrfach gezeigt werden konnten (vgl. Abb. 58);

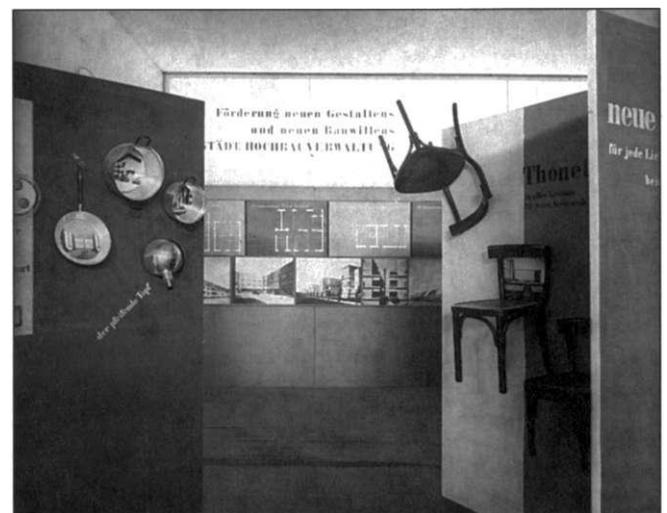
BAUTEN DER TECHNIK (1930): als Teil einer großen vom Folkwang Museum Essen konzipierten Ausstellung „Werkstoff und Werkform“ angelegt und mit Fotografien sowie Modellen von Magdeburger Industriebauten bestückt, die in den Vergleich mit Beispielen aus ganz Deutschland gestellt wurden und den Hintergrund für einen Eröffnungsvortrag von Johannes GÖDERITZ zum Thema „Konstruktion und Schönheit“ abgaben, der sich mit der Theorie des Funktionalismus und mit Aspekten rationaler Architektur beschäftigte, wie sie vor allem der Industriebau hervorbrachte (vgl. Abb. 57);

DEUTSCHE WOCHE (1931): als Präsentation von Leistungen aus Industrie und Gewerbe, zu der vom Stadterweiterungsamt die Projektbearbeitung und Ausführung für ein Musterhaus einschließlich der inneren Einrichtung übernommen worden war.

Neben den in Magdeburg veranstalteten Schauen erarbeitete die Graphik-Abteilung des Hochbauamtes Beiträge für größere Ausstellungsprojekte, die vor allem um 1930 Themen der Stadt- und Siedlungsentwicklung aufgriffen. Hierzu gehörte die Bearbeitung von umfangreichem Bildmaterial und Statistiken aus dem Magdeburger Gesundheitsamt, das 1930 auf der Hygiene-Ausstellung in

Dresden gezeigt wurde. In Regie von Xanti SCHAWINSKY entstand ein ungewöhnlicher Beitrag, der das Anliegen in eine formale Idee umsetzte (vgl. Abb. 53-55). Für alle mit dem zentralen Gesundheitsamt der Stadt zusammenarbeitenden Stellen und Abteilungen, so z.B. das Krankenhaus Sudenburg, die Rettungsstelle, die Reformschule in Rothensee oder die Eheberatungsstelle, wurden besondere Installationen entworfen, die in einem symbolisch gemeinten Riesenrad („Russenschaukel“) zusammengefügt waren.

Ebenfalls 1930/31 wurde die wissenschaftliche Abteilung der von Mies van de ROHE konzipierten großen Berliner Bauausstellung mit Material des Magdeburger Stadterweiterungsamtes beliefert, das dort in den Abteilungen „Freiflächen“, „Behebung von Wohn- und Verkehrsmißständen“ sowie „Baupflege“ gezeigt wurde²⁹. Für diese und andere Zwecke wurden umfangreiche Untersuchungen und Zusammenstellungen über die städtebauliche



56 Ausstellung „Die Frau“ 1930



57 Ausstellung Bauten der Technik 1930 (Industriegelände Rothensee)

Entwicklung von Magdeburg vorgenommen und statistisches Material über Verkehrs- und Wirtschaftsfragen sowie die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in graphische Darstellungen umgesetzt. Auf den hierzu hergestellten Bild- und Planfundus und die dabei produzierten Darstellungen und Zeichnungen konnte in den folgenden beiden Kapiteln zurückgegriffen werden, um noch einmal die Planungsgeschichte und Wohnungsbauentwicklung der 20er Jahre in Magdeburg anhand authentischer Dokumente nachzuvollziehen.

¹ vgl. dazu HOFMANN, W.; KUHN, G.: *Wohnungspolitik und Städtebau 1900-1930*. -S. 11 f.

² PETERS, O.: *Die städtebauliche Entwicklung von Magdeburg in den letzten drei Jahrzehnten*. - In: *Deutsche Bauzeitung*, Berlin 56 (1922) 52.. S. 317f.

³ vgl. Personalakte im Stadtarchiv Magdeburg

⁴ TAUT, B.: *Baugedanken der Gegenwart*. - In: *Rep. 35, Hh 6*, Stadtarchiv Magdeburg.

⁵ vgl. TAUT, Bruno: *Die bauliche Weiterentwicklung Magdeburgs*. - In: *Der Harz*, Februar 1924, S. 24f.

⁶ vgl. GÖDERITZ, Johannes: *Das entfestigte Magdeburg*. - In: *Wohnungswirtschaft*, a.a.O., S. 42111.

⁷ vgl. *Verwaltungsbericht 1937*, S. 61 f.

⁸ vgl. GUT, A.: *Der Wohnungsbau in Deutschland nach dem Weltkriege*. - S. 17

⁹ ebenda S. 64

¹⁰ vgl. KEGLER, H.: *Die Herausbildung der wissenschaftlichen Disziplin Stadtplanung*. - S.80

¹¹ RÜHL, C.: *Stadterweiterungspläne*. - In: *Magdeburger Amtsblatt 1926*, S. 500

¹² GÖTSCH, J.: *Das Tiefbauwesen der Stadt Magdeburg im letzten Jahrzehnt*. - In: *Magdeburger Amtsblatt 1930*, S. 4

¹³ Angaben im folgenden aus: *Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Magdeburg 1921-1926*, S. 41 f.

¹⁴ Unter der Nummer findet sich im überlieferten Negativbestand das Porträt eines Fotografen ALBRECHT mit einer Plattenkamera, das sich mit dem in Abb. 47 abgebildeten Fotografen

vergleichen läßt; ein anderer Beleg konnte hier nicht beigebracht werden.

¹⁵ vgl. *Verwaltungsbericht 1921-26*, S. 41

¹⁶ vgl. *Akte Rep 35, Hh 18 (Photographische Artikel und Lichtpausen)* im Stadtarchiv Magdeburg, Blatt 1

¹⁷ Im *Sammelband GUT, A.: Der Wohnungsbau in Deutschland nach dem Weltkriege*, S. 181 wird für die Abbildungen aus der Siedlung Große Diesdorfer Straße der Photograph VÖHLEITNER genannt.

¹⁸ Hinweis von Rolf SACHSSE, Bonn

¹⁹ vgl. hierzu SACHSSE, R.: *Hugo Schmölz - Fotografierte Architektur 1924-1937*, S.X

²⁰ Hier sei besonders auf die Serien zu den Schulen in Rothensee und am Westring von Johannes GÖDERITZ, zu den neuen Gebäuden auf dem Schlachthofgelände, zum Bau der Kongreßhalle auf dem Rotehorn-Gelände und schließlich auf die zwei Alben umfassende Dokumentation der Hermann-Beims-Siedlung hingewiesen.

²¹ GAUGER, G.: *Die Magdeburger Großsiedlung*. - In: *Die Wohnung*, Heft 9 1926. - S. 260 f.

²² vgl. *Magdeburger Amtsblatt 1929*, S. 861

²³ vgl. *Rep. 35, Hh 18, a.a.o., Blatt 124*

²⁴ Die *Verwaltungsberichte 1929-32* nennen u.a.: *Veröffentlichung des Stadtmtes für Leibesübungen*, *Broschüre des Wirtschaftsverbandes „Warum Magdeburg“*, *Katalog „Bauen, aber wie“ der öffentlichen Bausparkasse*, *eine Denkschrift „Die Zerstörung Magdeburgs 1631“*, *Prospekt der Mittelland-Kanal-Hafen Magdeburg A.G.*

²⁵ Hierzu gehörten die Hefte 4 (*Architektur*), 13 (*Zeitstil*), 14 (*Gartenwesen*), 17 (*Städtebau*).

²⁶ KLEWITZ, S.: *Magdeburg als Fremden- und Verkehrsstadt*. - In: *Magdeburger Amtsblatt 1929*, S. 13

²⁷ vgl. auch im folgenden SCHMIDT: *Die Geschichte der Mitteldeutschen Ausstellung Magdeburg Juli-Oktober 1922*. - *Magdeburg*, 1923. - S.8f.

²⁸ vgl. *Verwaltungsbericht 1930/31*, S. 122



58 Ausstellung „Sparen“ der Bausparkasse 1931

3. GESAMTSTADTPLANUNG IN DEN 20ER JAHREN



59 Neustadt

Eine intensive Planungsarbeit und die Beteiligung an der unmittelbaren Vorbereitung und Realisierung zahlreicher konkreter Siedlungsvorhaben ermöglichten dem Magdeburger Stadterweiterungsamt, zum Ende der 20er Jahre ein umfassendes Planwerk vorzulegen, daß die Entwicklung der Stadt für mehrere Jahrzehnte vorzeichnen sollte. In seinen Hauptaussagen wurden dabei Leitbilder zur Umstrukturierung und Erweiterung gleichermaßen formuliert. Kurz vor einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise und einem politischen Umbruch flossen hier die kommunalpolitischen Forderungen einer sozialdemokratischen Stadtregierung, die wirtschaftlichen Interessenlagen der ansässigen Industrie, die staatlich vorgezeichneten Instrumentarien und Regulative für den gemeinnützigen Wohnungsbau und nicht zuletzt die Handschriften und praktischen Erfahrungen der beteiligten Architekten und Planer ineinander. Sowohl die Themen, als auch die Richtung der aufgezeichneten Stadtentwicklung erscheinen aus heutiger Sicht wie die Zusammenfassung von Wissen und Erkenntnis einer historischen Epoche von Magdeburg, deren Nachhaltigkeit trotz geänderter politischer Verhältnisse bis weit in die 60er und 70er Jahre reichte und die in vielen Aspekten noch immer wie eine uneingelöste Vision erscheint.

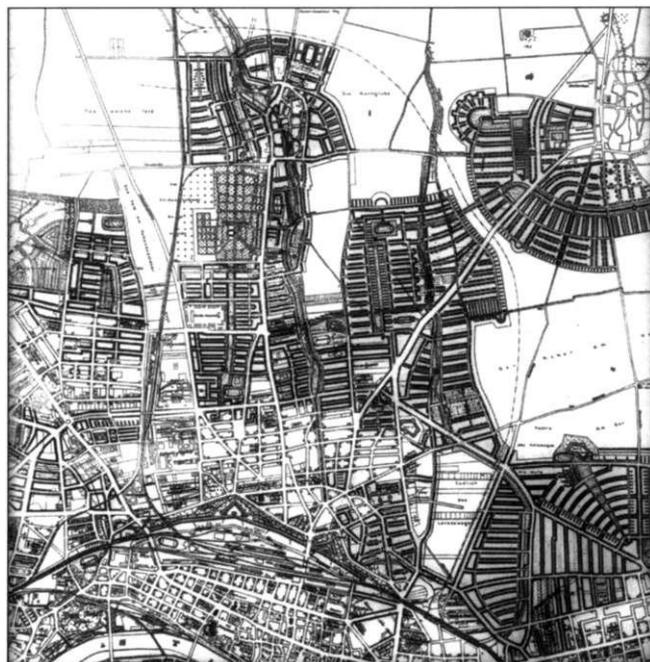
Da dieses facettenreiche Planwerk sowohl die Entwicklung des Siedlungsbaus in den 20er und 30er Jahren insgesamt, aber auch die Entstehung der untersuch-

ten Beispiele im einzelnen bestimmte, soll es an dieser Stelle mit dem Blick auf die jeweiligen Dokumente in seinen Hauptaussagen noch einmal vorgestellt werden.

GENERALSIEDLUNGSPLANUNG

(vgl. Abb. 30, 32, 59-64)

Der Generalsiedlungsplan von Bruno TAUT (vgl. Abb. 30) hatte den Flächenbedarf für die Erweiterung der Siedlungsgebiete und neue Industriestandorte beschrieben, wie er um den I. Weltkrieg deutlich und quantifizierbar wurde. Seine Aussagen zur veränderten Flächennutzung und neuen Ausdehnung der Stadt verbanden sich mit prinzipiellen Überlegungen zur Entwicklung der Magdeburger Verkehrsstruktur, so daß Hauptstraßenverbindungen in Nord-Süd- und in Ost-West-Richtung unter Ausweisung von drei Elbbrücken im Bereich der Altstadt, die Führung eines Umgehungs-kanals der Elbe sowie das Mittellandkanalprojekt im Norden der Stadt hier vorgezeichnet waren. Im existierenden Schienennetz wurde den Bahnhöfen Rothensee, Neustadt, Buckau, Sudenburg und Südost und natürlich dem Hauptbahnhof Bedeutung beige-messen. Für die Ausweisung von Stadterweiterungsflächen und Siedlungsgebieten standen drei verschiedene, in den 20er Jahren allgemein vertretene Modelle' Pate: die Gestaltung von ausgedehnten RANDZONEN an vorhandenen Wohngebieten (hier vor allem im Westen und Nordwesten der Stadt mit Sudenburg, der Wilhelmstadt und der Neustadt), die Erweiterung



60 Wilhelmstadt / Diesdorf



61 Sudenburg / Groß Ottersleben

der Siedlungsfläche an den RADIALEN DER STADT bzw. an den Ausfallstraßen und Schienenverbindungen (das betraf die Richtungen Leipzig, das Band nach Süden, die Entwicklung auf dem Ostufer und den Bereich Rothensee im Norden) und schließlich die Ausweisung von TRABANTEN- BZW. VORORTSIEDLUNGEN (hier kamen u.a. Barleben, Heyrothsberge und Biederitz in Frage).

Die Präzisierung dieses Generalsiedlungsplanes erfolgte durch die strukturelle Untersuchung von Baugebieten und Siedlungsflächen in Verbindung mit einem differenzierten Freiraum- und Grünkonzept. Für die in Frage kommenden Bereiche wurden Bebauungsvorschläge erarbeitet, die das Grundgerüst für einen zusammenfassenden BEBAUUNGSPLAN über das gesamte Stadtgebiet abgaben, der weiterhin als „Generalsiedlungsplan“ geführt wurde, aber vor allem Baustrukturen und Grünflächenelemente in den Erweiterungsgebieten darstellte. Dabei ging man im wesentlichen von geschlossen oder halboffen bebauten Siedlungen aus, die als Kombination von Hoch- und Flachbau, d.h. als mehrgeschossiger Zeilen- und als ein- bis zweigeschossiger Reihenhausbau gedacht waren. In diese Konzepte wurden bereits realisierte oder in Bebauungsplänen schon festgeschriebene Siedlungsbereiche integriert. Für die Entwicklung dieses Gesamtbebauungsplanes, der in den Abb. 59-64 in einzelnen Teilen wiedergegeben ist, existieren verschiedene Fassungen, die sich im Durcharbeitungsgrad und in der Masse ausgewiesener Siedlungsfläche unterscheiden. In einigen Bereichen sind auch Varianten oder besser: Präzisierungen der Bebauungsvorschläge feststellbar.

Eine erste, etwa für 1925 nachweisbare Fassung betrachtete das Stadtgebiet im Westen zunächst nur bis zur Gemarkungsgrenze nach Diesdorf. Sie enthält die Pläne für die späteren Strukturen der Siedlung an der Großen Diesdorfer Straße, den Westernplan, die Angersiedlung, Teile von Fermersleben und Südost und sie vermerkt die Gartenstädte Lüttgen-Salbke, Hopfengarten, Reform und Eichenweiler bereits als Bestand. Ausgedehnte Erweiterungsgebiete werden für Westerhüsen, Salbke, an der Leipziger Chaussee, zwischen Sudenburg und Ottersleben, für die Neue Neustadt, Rothensee und Cracau bis nach Prester vorgesehen. Für den Bereich nördlich der Neustadt und westlich der Straße nach Barleben existierte lediglich ein Strukturkonzept für Straßenfluchtlinien und noch kein richtiger Bebauungsvorschlag. Diese erste Fassung eines Gesamtbebauungsplanes bzw. Generalsiedlungsplanes lag auch dem Entwurf für einen Baustufenplan vom September 1925 (vgl. Abb. 32 im Kap. 2.1.) zugrunde.

Die weiterentwickelte und für den Januar 1928 datierte Fassung des Bebauungsplanes, die auch als Gesamtplan reproduziert wurde (vgl. Abb. 33 im Kap. 2.1.), beschreibt vor allem im Westen der Stadt ein viel weitergehendes Siedlungsgebiet, was auf die Eingemeindung von Diesdorf im Jahre 1925 zurückzuführen ist.



62 Neustadt / Rothensee

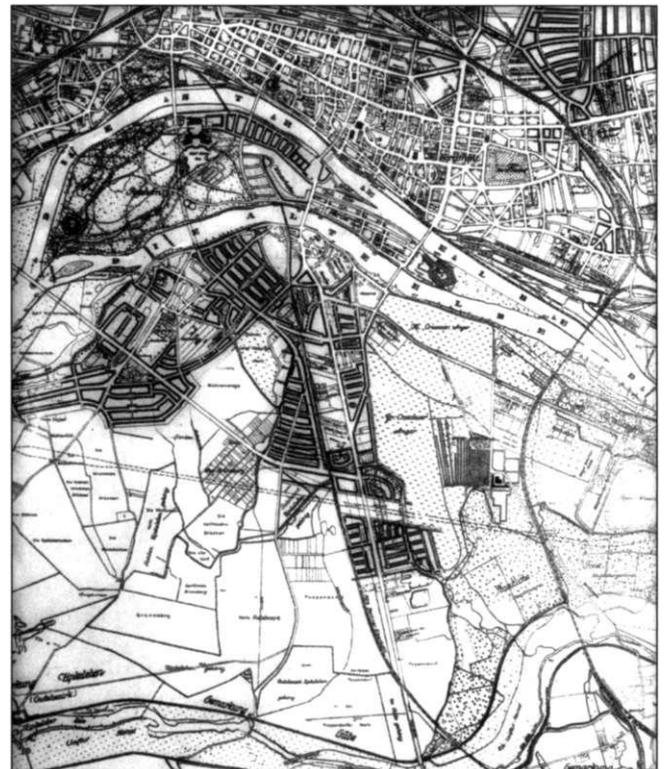
63 *Buckau / Südost*

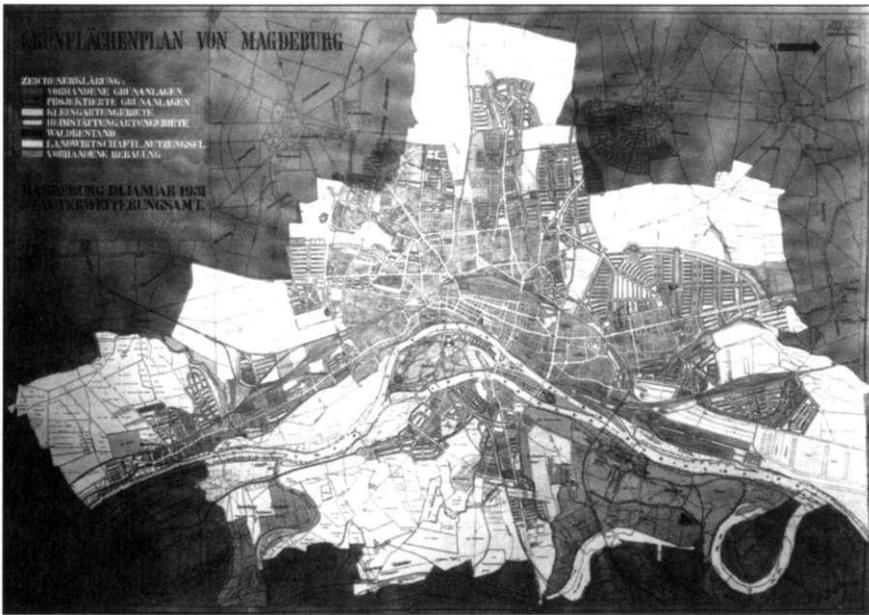
In Anknüpfung an Bebauungsstrukturen an der Großen Diesdorfer Straße wurden hier für den Landschaftsraum der Schrote und ebenso der Olvenstedter Rothe und als umfängliche Erweiterung der alten Ortskerne von Diesdorf und Olvenstedt einige interessant gegliederte ausgedehnte Siedlungsgebiete ausgewiesen, die vor allem bemerkenswerte Elemente einer Ortsrandgestaltung enthalten, bei denen typologische Vorbilder aus Frankfurt/Main eine Rolle gespielt haben könnten. An den Konzepten für den Nordraum der Stadt wurde in dieser Fassung zunächst nichts geändert. Allerdings fanden inzwischen die Erkenntnisse eines städtebaulichen Wettbewerbs für das ehemalige Zitadellengelände auf dem Ostufer und die Durchquerung der Altstadt mit einem neuen Ost-West-Straßenzug als Ausgangspunkt für eine neue Brückenverbindung südlich des Rathauses Eingang in den Generalsiedlungsplan.

Eine dritte, offenbar ebenfalls im Jahre 1928 fertiggestellte Fassung liegt nur als Reproduktion einzelner Teile (vgl. Abb. 59-64) vor, die erkennen lassen, daß vor allem an der Baukonzeption für den Nordwestraum der Stadt gearbeitet worden war. Zwischen der Sülzeniederung und dem ehemaligen Fort 6 findet sich eine Präzisierung und nochmalige Erweiterung des in Frage kommenden Siedlungsgebietes, für das hier eine regelrechte „Stadtkante“ formuliert wurde, die das alte Fort strukturell und im wahrsten Sinne des Wortes als Bastion einbezog. Außerdem wies dieser Plan eine Aus-

weitung der Siedlungsfläche südlich der Königsborner Straße aus. Mit der hier vorgetragenen baulichen Erweiterung der Stadt durch ausgedehnte Siedlungsflächen waren schließlich alle verfügbaren und für den Wohnungsbau in Frage kommenden Potentiale ausgeschöpft. Statistisch errechnete Bevölkerungsprognosen, die von Magdeburg als einer Halbmillionenstadt ausgingen, hatten ihren räumlichen Ausdruck gefunden. Imponierend bleibt, wie die Stadt in dieser Planung als Großform betrachtet und entwickelt wurde und welchen Variantenreichtum die einzelnen Siedlungselemente, ihre landschaftlichen Bezüge und räumlichen Verbindungen aufweisen. Der gestalterische Umgang mit Ausfallstraßen, die differenzierte Fassung der neuen Siedlungsränder und ihre Verzahnung mit der Landschaft oder Infrastrukturelementen, die Bezüge zu den alten Ortskernen und die stadträumliche Gestaltung von großen Blickachsen, z.B. auf den Magdeburger Dom, die Ausweisung von Grünzügen und die Öffnung bzw. Heranführung der Stadt an die Elbe zeugen von einem hohen Anspruch an raumkünstlerische Aspekte in den Dimensionen einer ganzen Stadt, die von einem vehementen Gestaltungswillen und Planungsoptimismus begleitet waren. Man stelle sich vor, was für ein Bauvolumen man Ende der 20er Jahre der öffentlichen Hand oder gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zutraute.

Diese letzte Fassung des Generalsiedlungsplanes wurde schließlich der im Oktober 1928 verabschiedeten neuen Magdeburger Bauordnung zugrundegelegt und

64 *Cracau*



65 / 1 Grünflächenplan 1931

sie gab das Maß der Wohnbauentwicklung in parallel zu den Bebauungskonzepten entwickelten Wirtschaftsplanen im Sinne von Flächennutzungs- oder regionalen Entwicklungsplänen ab.

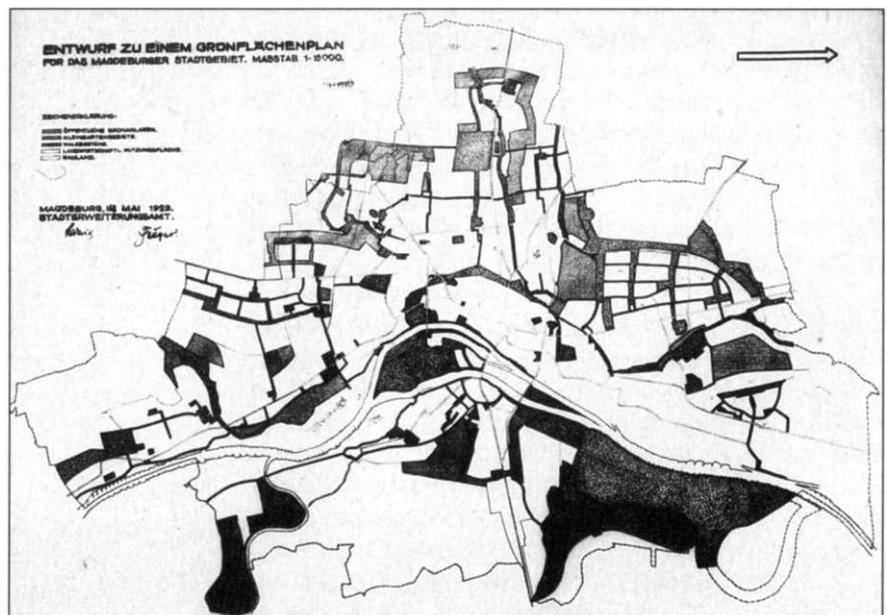
GRÜNFLÄCHENPLANUNG UND NETZPLANUNG

(vgl. Abb. 29, 65/1 und 65/2, 66)

Das Pendant zu einer durchgehenden Planung von neuen Bebauungsstrukturen bildete im Rahmen gesamtstädtischer Siedlungskonzepte die Entwicklung eines Grünflächensystems, das nach A. GUT in den 20er Jahren noch ein mehr oder weniger theoretischer Begriff war, weil hierzu eine durchgreifende und meist unrentable Grundstückswirtschaft² gehörte, die es praktisch noch nicht gab. Die Durchdringung von gebauter Stadt und Landschaft konnte in günstigen Fällen auf natürliche Gegebenheiten zurückgreifen und mußte in geeigneter Weise an vorhandene Parks, Friedhöfe, Sportplätze, Strandbäder, Grünzüge, Schmuckplätze und bereits existierende Vorgartengestaltungen in Wohngebieten anknüpfen. Bereits die Skizzenfassung zu einem Flächennutzungsplan von Bruno TAUT aus dem Jahre 1921 (vgl. Abb. 19 im

Kap. 2.1) formulierte eine Vernetzung der künftigen Siedlungsfläche von Magdeburg mit Grünzügen, die aus dem Elbbereich, den Bachläufen und einem westlich vor der Stadt gedachten Grüngürtel entwickelt wurde. Wesentliche Elemente dieses gesamtstädtischen Grünkonzepts waren die aufgelassenen Außenforts mit ihrem inzwischen herangewachsenen Baumbestand. Das Gedankengut von Bruno TAUT wurde bei der Entwicklung eines Grünflächenkonzeptes Ende der 20er Jahre aufgenommen und in die letzte Fassung des Gesamtbebauungsplanes übertragen. Neben den Außenforts waren die durch Notstandsarbeiten hergerichteten Schroteanlagen, Grünstreifen der Enckestraße, des Cracauer

Angers und planmäßige Kleingartenanlagen Ansatzpunkt für eine entsprechende Planungsarbeit im Magdeburger Stadterweiterungsamt³. Um eine Übersicht zu den bestehenden und geplanten Grünflächen innerhalb der Stadtgrenzen zu gewinnen, wurden unter diesem Aspekt sämtliche Teilbauungspläne für Siedlungen ausgewertet und in einen Gesamtplan eingezeichnet. Die auf diese Weise deutlich gewordene Zerstreuung von einzelnen Grünflächen wurde durch die Konzeption neuer Grünstreifen und -bereiche in Form von Kleingartenanlagen mit zusätzlichen Erholungsflächen, Spiel- und Sportplätzen und grünen Promenaden zu einem System vereinigt⁴.



65 / 2 Grünflächenplan 1931